

75 Jahre

Erbbau-
Genossenschaft

Kassel eG

1919-1994

75 Jahre

Erbbau-
Genossenschaft

Kassel eG

1919-1994



Cassel, den 12. März 1919

Nachdem Sie s. Zt. Ihre Teilnahme an der Gründung einer Kleinhaus-Baugesellschaft (im Erbbaurecht) in Aussicht gestellt haben, teilen wir ergebenst mit, daß die Gründung der Genossenschaft nunmehr erfolgen wird.

Wir laden Sie zu der am Freitag, den 21. März 1919, abends 8 Uhr im Saale des Gasthauses Günther, Frankfurterstraße 20 stattfindenden Gründungsversammlung hierdurch ein.

Tagesordnung.

1. Kurzer Bericht über die Entstehung der Genossenschaft und über ihre Zwecke und Ziele.
2. Besprechung des Satzungsentwurfs und Genehmigung der Satzungen.
3. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Verschiedenes

Unter Beifügung eines Entwurfs der Satzungen bitten wir gleichzeitig, den beiliegenden Anmeldungszettel ausgefüllt mitzubringen.

Interessenten aus Ihrem Bekanntenkreise sind gleichfalls zur Gründungsversammlung sehr willkommen.

Namens des vorbereitenden Ausschusses:

Diez,	Penndorf,
Stadtsekretär	Lehrer

Cassel, den 12. März 1919

Hochzuverehrer Herr Dr. J. H. von Helldorf von der Gründung
einer Kleinrenten-Versicherungsgesellschaft (im Nebenberuf) in Korbach ge-
stellt werden, wiewohl wir nachdrücklich mit, daß die Gründung der Ge-
sellschaft möglichst rasch erfolgen wird.

Wir können Sie zu dem von
Frankfurt, den 21. März 1919, abends 8 Uhr
im Lokal des Hofbräuhaus Günther, Frankfurtstrasse 20
stattfindenden Gründungsversammlung einladen.

Vorgeschichte.

1. Kurzer Bericht über die Entstehung der Gesellschaft und über
ihren Zweck und Ziel.
2. Darstellung des Tätigkeits-Entwurfes und Genehmigung der
Tätigkeiten.
3. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Anschließendes.

Unter Einwirkung eines Entwerfers der Tätigkeiten bitten
wir gleichzeitig, den beteiligten den Annahmeprotokoll vorzulegen
mitzubringen.

Interessenten und Herrn Subskribenten sind gleich-
falls zur Gründungsversammlung sehr willkommen.

Demnach sind vorbenannten Aufsichtsrat:

Piez,
Frankfurt

Penndorf,
Lafon.

INHALTSÜBERSICHT

Vorwort	9
Die Genossenschaft und ihre Wohnsiedlungen	11
Vorbemerkung	11
Tendenzen und Entwicklungen im Wohnungs- und Siedlungsbau vor und nach dem Ersten Weltkrieg	13
Die Wohnungssituation in Kassel und die Gründung der Genossenschaft	14
Grund und Boden	15
Planungen und Bauvorbereitungen	18
Die ersten Mieter	22
Die Fasanenhof-Siedlung	23
Die Riedwiesen-Siedlung	26
Finanzierung und Ertrag	37
Das Leben in den Siedlungen	40
Die Genossenschaft im Zweiten Weltkrieg	44
Der Wiederaufbau	47
Gegenwart und Ausblick	53
Hans Soeder, der Architekt der Riedwiesensiedlung	56
Erinnerungen an fast sechzig Jahre in der Ihringshäuser Straße	58
Gärten und Bäume	60
Motorisierte Menschen in naturmaher Siedlung	62
Leben in der Genossenschaft	67
Erinnerungen an die Frühzeit	68
Kindheitserlebnisse	69
An der Ecke ist was los	75
Umweltaktion mit Karren und Rädern	76
Handwerker müßte man sein	78
Der Märchen-Zaunert	79
Genossen untereinander. Aus den Akten	80
Bombennächte in der Ihringshäuser Straße	81
Fliegerangriffe und Kriegsende in den Riedwiesen	81
Die Stunde Null	82
Der Sauerkrautverein	83
Das Gymnasium in den Riedwiesen	84
Vorstand und Aufsichtsrat	87
Anhang	89
Aus den Satzungen von 1919 und 1990	91
Protokoll der ersten Mitgliederversammlung 1919	92
Zeittafel	93
Statistischer Überblick	94
Bildnachweis und Autorenübersicht	95

VORWORT

Auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken zu dürfen, ist für die Erbbau-Genossenschaft eG Kassel Anlaß zum Feiern, aber auch zur Besinnung auf ihre Entwicklungsgeschichte und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Zukunft.

Als eine der kleinsten Wohnungsbaugenossenschaften in Kassel kann und will sie mit ihren Leistungen nicht in Konkurrenz zu den großen treten. Die bescheidene Größe erlaubte ihr aber immer, den Grundsätzen genossenschaftlicher Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung treu zu bleiben. Daß so etwas wie ein genossenschaftliches Leben in unseren Siedlungen aufkommen und erhalten bleiben konnte, daß die Mitglieder sich untereinander enger verbunden wissen, als es in größeren Genossenschaften möglich ist, davon zeugen auch die Beteiligung an der Gestaltung des Festes und die Beiträge zu dieser Festschrift.

75 Jahre Erbbau-Genossenschaft sind auch Anlaß zur Rück- und damit Selbstbesinnung. Wer an die schwierigen Bedingungen denkt, unter denen die Gründer unserer Genossenschaft zu Werke gingen, wer die meist ehrenamtliche Arbeit vieler Mitglieder in all den Jahren zu würdigen weiß, für den können die angenehmen Verhältnisse, unter denen wir heute wohnen und leben dürfen, keine Selbstverständlichkeit sein. Er wird bereit sein, an ihrer Erhaltung und Weitergestaltung verantwortlich mitzuwirken.

Auch nach dem Wegfall des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen wird unsere Genossenschaft an den Grundsätzen ihres bisherigen Handelns festhalten und damit ihren Beitrag zur sozialen Sicherheit leisten. So wird sie sich der Woh-

nungsfürsorge für junge Familien mit Kindern und für unsere älteren Mitglieder mit geringem Einkommen besonders verpflichtet fühlen.

Allen, die zu dieser Festschrift mit Anregungen, Wort und Bild und redaktioneller Bearbeitung beigetragen haben, gilt unser Dank. Insbesondere danken wir unserem langjährigen Vorstandsmitglied Alfred Leiding, der aufgrund seiner genauen Kenntnis der Genossenschaft und mit dem Sachverstand des Architekten für die Festschrift eine grundlegende Aufarbeitung der Quellen und Berichte beitragen konnte.

Unser Dank gilt auch den Organisatoren und Mitgestaltern des Jubiläumsfestes sowie den vielen Mitgliedern, die durch Spenden und tatkräftige Mithilfe zum Gelingen dieses Festes beitragen.

Ein besonderer Gruß gilt den ehemaligen Mitgliedern, die mit uns zusammen unser 75jähriges Jubiläum feiern wollen.

So mögen Fest und Festschrift das genossenschaftliche Miteinander stärken und eine gute Weiterentwicklung unserer Genossenschaft fördern.

Kassel, im Juni 1994



Konrad Keil
Vorsitzender des
Aufsichtsrates



Wolfgang Erbroth
Vorsitzender des
Vorstandes

DIE GENOSSENSCHAFT UND IHRE WOHSIEDLUNGEN

Vorbemerkung

Mit diesem Beitrag soll versucht werden, für die Älteren unter uns Erinnerungen zu wecken oder wachzuhalten, den Jüngeren und den neu hinzukommenden Mitgliedern einen Eindruck von den Wünschen und Nöten der Menschen zu geben, die zur Entstehung und Entwicklung unserer Genossenschaft und ihrer beiden Siedlungen am Fasanenhof und in den Riedwiesen geführt haben.

Die Größe der Genossenschaft mit ihrer überschaubaren Mitgliederzahl ermöglicht es und fordert dazu heraus, Einzelereignisse in die Darstellung der großen Zusammenhänge einzubeziehen. Für die Bearbeitung stand umfangreiches Archivmaterial, wenn auch von höchst unterschiedlicher Brauchbarkeit, zur Verfügung. Aber auch erhebliche Lücken im Material sind zu verzeichnen. Das gilt vor allem für die Fasanenhofsiedlung. Hier sind wahrscheinlich infolge der zeitweiligen Selbständigkeit der »Abteilung Fasanenhof« Unterlagen nicht mehr in den Bestand der Genossenschaft gelangt. Die wichtigsten Quellen waren die bis zum Jahre 1954 reichende Chronik des langjährigen Vorstandsvorsitzenden Heide und die Nieder-

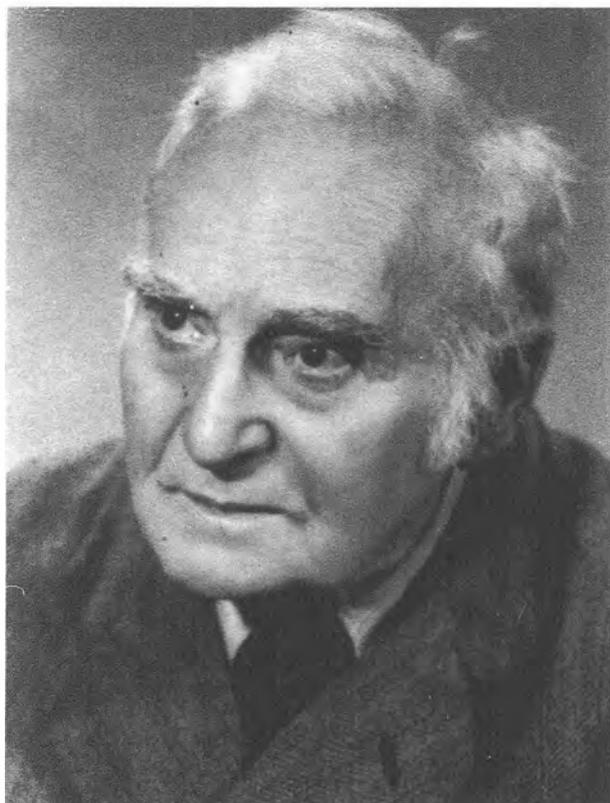
schriften der Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen sowie der Hauptversammlungen seit 1919. Soweit diese nur Ergebnisprotokolle waren, ließen sich aber Zusammenhänge und Entwicklungen zumeist aus dem sonstigen Schriftgut erkennen. Es spricht andererseits aber auch für die Flexibilität der damals Verantwortlichen, daß bisweilen die tatsächliche Ausführung von Beschlüssen nicht mit der schriftlichen Fixierung übereinstimmt.

Sehr wertvoll waren auch die Erinnerungen einiger älterer Mitglieder, die die ersten Jahre in den Siedlungen noch als jugendliche Augenzeugen miterlebt haben. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß eine Bitte um Überlassung von Bildmaterial ein unerwartet großes Echo gefunden hat. Sowohl zu den Baulichkeiten, als auch zu den Lebensumständen der Menschen, die in unseren Siedlungen eine Heimat gefunden hatten, ergaben sich interessante Erkenntnisse und Einblicke von dokumentarischem Wert.

Man kann aber über die Aufbauzeit der Genossenschaft nicht berichten, ohne der Männer zu geden-

ken, denen wir wegen ihres bewundernswerten Einsatzes zu Dank verpflichtet sind. Sie wurden oft genug, auch böswillig, angefeindet und haben unter heute nicht mehr vorstell- und zumutbaren Verhältnissen ihren Zeitgenossen, uns selbst und auch noch künftigen Generationen das Wohnumfeld geschaffen,

das uns heute so selbstverständlich geworden ist. Ihre Nennung geschieht zugleich stellvertretend für die vielen Menschen, die im Laufe der Jahrzehnte und oft über lange Zeit in ehrenamtlicher Tätigkeit in Vorstand und Aufsichtsrat oder in anderen Funktionen zu unserem Wohle gewirkt haben.



Kammermusiker Richard Probst
geb. 30.1.1873, gest. 11.10.1952
Vorstandsvorsitzender von 1924 bis 1929
Ehrevorsitzender seit 1950



Konrektor Wilhelm Heide
geb. 4.2.1879, gest. 10.4.1963
Schriftführer im Vorstand von 1924 bis 1927
Vorstandsvorsitzender von 1930 bis 1952

Kammermusiker Willy Leist,
geb. 25.12.1896, gest. 3.6.1957
Kassierer von 1927 bis 1952
Vorstandsvorsitzender von 1952 bis 1957

I. Tendenzen und Entwicklungen im Wohnungs- und Siedlungsbau vor und nach dem Ersten Weltkrieg

Die Lebensumstände der Menschen, insbesondere ihre Wohnverhältnisse zu Beginn der zwanziger Jahre, haben zum Zusammenschluß Gleichgesinnter mit ähnlichen Lebens- und Wohnbedürfnissen geführt. Die Wohnverhältnisse waren eine unmittelbare Folge der Wandlungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die großen gesellschaftlichen Umwälzungen waren durch die Ereignisse und Entwicklungen zu Beginn unseres Jahrhunderts in eine Phase geraten, die Korrekturen und Verbesserungen der Lebensbedingungen für weite Kreise der Bevölkerung zwingend notwendig machten.

Die wohnungspolitische Situation war bestimmt durch die Fehlentwicklungen der vorausgegangenen Jahrzehnte, in denen der private Wohnungsmarkt fast ausschließlich von einem gewinnorientierten Wohnungsbau bestimmt wurde. Er führte zur Erschließung neuer Wohngebiete mit vorzugsweise großen Wohnungen für das erstarkende, bemittelte Bürgertum und ging dabei am tatsächlichen Bedarf vorbei. Dieser lag zunehmend bei kleinen und mittelgroßen Wohnungen, die jedoch für die Investoren wirtschaftlich unergiebig waren.

Erstmals mußten der Staat und die Kommunen wohnungspolitische Aufgaben übernehmen. Um bei der Neubautätigkeit durch staatliche Förderung nicht erneut einer als Fehlentwicklung erkannten Wohnungspolitik Vorschub zu leisten, wurde im Jahre 1919 die Förderungswürdigkeit von Neubauten ausdrücklich auf die Flachbauweise, das heißt auf eine höchstens zweigeschossige Bauweise beschränkt. Fördermaßnahmen für das herkömmliche Bauen in Mietskasernen-Art wurden nur ausnahmsweise zugelassen, zum Beispiel zur Schließung von Baulücken innerhalb einer solchen Bebauung. Damit wurde auch den Ideen der gemäßigten Bodenreformer, die seit dem 19. Jahrhundert die Bodenspekulation durch Steuer- und Enteignungsgesetze, bei Anerkennung des Privateigentums, verhindern wollten, Rechnung getragen. Neben dem Volkswirtschaftler Adolf Damaschke (1865 – 1935), der als Lehrer in Berliner Arbeitervierteln das großstädtische Wohnungselend kennengelernt hatte, ist der Architekt und Kunstschriftsteller Hermann Muthesius (1861 – 1927) zu nennen, einer der Mitbegründer des Deutschen

Werkbundes und der Gartenstadt Hellerau bei Dresden. Dieser hatte, vom Jugendstil und englischen Vorbildern angeregt, starken Einfluß auf ein neues Wohnideal genommen.

Die Fehlentwicklung im Wohnungsbau des 19. Jahrhunderts in Deutschland beruhte auf der lange Zeit unbestrittenen Theorie, daß der Boden in den dicht bevölkerten Städten durch eine hohe Bauweise auf das äußerste genutzt werden müsse. Den Erfordernissen einer zukünftigen Verkehrsentwicklung sollte durch breite Straßen entsprochen werden. Durch die Mischung sozial unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in den Wohnquartieren sollte nicht nur das gegenseitige Verständnis, sondern auch ein sozialer Ausgleich gefördert werden.

Der Bodenwert war durch eine wilde Grundstückspekulation so erhöht worden, daß ein wesentlicher Teil der Einkommen für die Mieten, d.h. vor allem für die Verzinsung der hohen Grundstücksbelastungen, erforderlich war. Der großzügige Straßenbau, der meist noch heutigen Verkehrserfordernissen gerecht wird, hatte einen enormen Aufwand für die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur und damit hohe Anliegerkosten zur Folge. Diese begünstigten wiederum möglichst schmale und tiefe Grundstückszuschnitte.

Eine Abkehr von dieser Situation, die auch im Gegensatz zu neueren städtebaulichen Entwicklungen in England und den USA stand, mit einer Hinwendung zum Kleinwohnungsbau, stieß anfangs auf große Schwierigkeiten, da

- die Bebauungspläne und -ordnungen sowie das Hypothekewesen auf den Bau von Mietskasernen zugeschnitten waren,
- privates Bauland an den Stadträndern sich zumeist in den Händen von Spekulanten befand,
- die öffentliche Hand so gut wie gar nicht im Wohnungsbau engagiert war;
- der Erste Weltkrieg die zivile Bautätigkeit und damit auch alle praktischen Ansätze für eine Neuorientierung zunächst verhindert hatte.

Die wohnungspolitische Situation, in der breite, minderbemittelte Bevölkerungskreise keine Chance für eine gesunde und wirtschaftlich tragbare Lösung ihrer Wohnbedürfnisse sehen konnten, hatte bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Gründung von Wohnungsbau-Gesellschaften und -Genossenschaften geführt. In der Wirtschaftskrise der Jahre 1873/74 war es allerdings mit zahlreichen Zusammenbrüchen zu herben Rückschlägen für diese Ansätze gekommen. Erst nach der Neufassung des

Genossenschaftsgesetzes im Jahr 1889, die durch eine Haftungsbeschränkung der Mitglieder Erleichterungen schuf, und dann erneut nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu zahlreichen Neugründungen von Baugenossenschaften. Von diesen konnte aber wiederum nur ein Teil auf Dauer selbständig überleben.

Zwei Hauptprobleme standen den Absichten dieser Zusammenschlüsse von Bauwilligen entgegen, nämlich die Bauland- und die Kapitalbeschaffung. Soweit Baugelände verfügbar war, hatte dessen Ankauf letztlich eine mieterhöhende Kapitalverzinsung zur Folge. Einen Ausweg bot hier das Erbbaurecht, das aber für private Investoren wegen der minimalen Renditen uninteressant war. Daher vergaben im wesentlichen nur öffentliche Körperschaften Erbbaurechte im Rahmen ihrer wohnungspolitischen Zielsetzungen und Aufgaben. Erst mit der Novellierung dieses Rechts im Januar 1919 wurden im Hinblick auf die Finanzierung, vor allem für die Beleihbarkeit und die Entschädigung bei Vertragsende Verbesserungen eingeführt.

2. Die Wohnungssituation in Kassel und die Gründung der Genossenschaft

In der vorstehend geschilderten Gesamtsituation, die sowohl allgemein für das Wohnungsproblem in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg als auch im wesentlichen für die Verhältnisse in der Stadt Kassel zutraf, sahen sich die Gründungsinitiatoren unserer Genossenschaft. Die Vorbereitungen und die Gründung selbst sollen hier nur in großen Zügen nachgezeichnet werden.

Die Gründung der Genossenschaft und ihre Hauptbautätigkeit fielen in die Zeit allgemeiner großer Aktivität der Kasseler Baugenossenschaften nach dem Ersten Weltkrieg. Mit der allmählichen wirtschaftlichen Stabilisierung nach dem Ende der Inflation konnte dann der durch den Krieg zum Erliegen gekommene Wohnungsbau wieder und endlich auch unter neuen Zielsetzungen aufgenommen werden. Bereits im Kriege war der herrschende Wohnungsmangel in eine Wohnungsnot übergegangen. Für das Jahr 1920 rechnete man mit einem Fehl von circa 8 000 Wohnungen. Die Ursachen für den steigenden Bedarf waren der Zuzug von heimkehrenden Soldaten, von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den besetzten Gebieten und die rapide angestiegene Zahl von Eheschließungen. Die bis dahin in diesem

Umfang in Kassel nicht gekannte Wohnungsnot wurde zusätzlich durch den Zuzug neuer Behörden und Betriebe verschärft. Wenn sie auch nicht so groß wie in anderen Großstädten war, so gab es doch zwei bedenkliche Entwicklungen.

In den Neubaugebieten des Vorderen Westens fand eine Belegungsverdichtung in den dafür nicht vorgesehenen und nur bedingt geeigneten Mietskasernen statt. Dort waren die Mieten des freien Marktes für die mittleren Beamten und Angestellten schon bald nicht mehr tragbar.

Sehr viel kritischer waren die Verhältnisse in der Altstadt. In den baulich schon lange vernachlässigten und heruntergekommenen, unhygienischen Altbauvierteln kam es durch den massiven, anhaltenden Zuzug von Industriearbeitern und Arbeitslosen zu untragbaren Wohnverhältnissen. Auch Mieter aus anderen Stadtvierteln, die die hohen Mieten nicht mehr bezahlen konnten, suchten dort zunehmend Unterschlupf.

Man versuchte, durch Wohnungskommissare und eine rigorose Wohnraumbewirtschaftung einerseits und eine Förderung der Neubautätigkeit mit öffentlichen Mitteln andererseits dem akuten Mangel zu begegnen. Aber dieser Versuch bewirkte keinen spürbaren Abbau. Der Bedarf blieb bis über die Mitte der zwanziger Jahre hinaus konstant hoch. Der Zubau an Wohnraum wurde immer wieder durch die sich ändernden Wohnbedürfnisse kompensiert. Es fehlten vor allem Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen.

Im Jahre 1912 hatte ein Vortrag des damaligen Stadt-Oberlandmessers Jäckel vor städtischen Beamten über das Erbbaurecht und seine Vorteile für einen preisgünstigen Wohnungsbau den ernsthaften, wenn auch nicht ersten, Anstoß für die Gründung einer Baugenossenschaft städtischer Bediensteter gegeben. Diese sollte den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Gärten im Erbbaurecht ermöglichen. Dieser Wohnungstyp blieb bis über die Mitte der zwanziger Jahre hinaus das Wohnideal für gesundes, stadtnahes Wohnen. Erst die Bau- und Bodenpreisentwicklung zwang wieder zu einer Hinwendung zum Mehrfamilienhaus in mehrgeschossiger Bauweise. Dieser konnte sich auch die öffentliche Wohnungsbauförderung dann nicht mehr verschließen.

Es gab zwar schon Baugenossenschaften, die Ein- und Zweifamilienhäuser errichtet hatten, jedoch auf gekauftem Grund und Boden mit entsprechend hohen Mieten. Art und Ausführung dieser Bauten

hatten bei den städtischen Bediensteten jedoch wenig Anklang gefunden. Im Jahre 1913 hatten sich auf eine Umfrage des Gemeinde-Beamtenvereins über 100 Interessenten für die Bildung einer Kleinhaus-Baugenossenschaft gemeldet. Nachdem man auch noch Lehrer für dieses Vorhaben interessiert hatte, richtete man im August 1913 ein Gesuch auf Überlassung eines städtischen Geländes im Erbbaurecht an den Magistrat. Dieses wurde aber vom Magistrat offenbar weder bearbeitet noch beantwortet. Im Jahre 1917 sollte dann ein Arbeitsausschuß die Gründung einer Kleinhaus-Baugenossenschaft vorbereiten. Der Vorschlag, sich an eine bereits bestehende Baugenossenschaft anzuschließen, wurde nicht weiter verfolgt. Eine Versammlung der Interessenten im Juni 1918 hatte diesen Vorschlag zwar zur Prüfung gestellt, aber der Arbeitsausschuß sah darin keine realistische Chance für eine Verwirklichung der eigenen Ziele der städtischen Beamten und der Lehrer. In einer erneuten Umfrage entschieden sich etwa 110 Befragte für die Gründung einer eigenen Genossenschaft und nur eine Minderheit für den Anschluß an eine bereits bestehende.

Die Gründung erfolgte dann am 21. März 1919. Der Leiter der Versammlung, Stadtsekretär Diez, hatte die Versammelten auf die sich bietenden Möglichkeiten, aber auch die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Vorhabens hingewiesen. Von den etwa 120 Anwesenden trugen sich 103 als Mitglieder ein. Von diesen waren 55 städtische oder staatliche Bedienstete, 40 Lehrer, 8 gehörten anderen Berufen an. Der Satzungsentwurf wurde gebilligt, Vorstand und Aufsichtsrat wurden gewählt. Eine Eintragung in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Kassel wurde in der »Kasseler Allgemeinen Zeitung« vom 11. April 1919 bekanntgemacht. Bis zum Jahresende 1919 traten der Genossenschaft weitere 210 Mitglieder bei. Von diesen waren 109 städtische oder staatliche Bedienstete, 40 Lehrer, 50 hatten andere Berufe.

Die Wohngebiete der im Gründungsjahr beigetretenen 313 Mitglieder lagen zu etwa 36 Prozent im Frankfurter Viertel und der Oberneustadt, zu 22 Prozent im Bereich Altstadt, Weser- und Holländisches Tor und zu 40 Prozent im Vorderen Westen. Der Rest kam von auswärts. Diese erste Mitgliederzusammensetzung entsprach etwa der damaligen berufsständischen Bevölkerungsverteilung im Stadtgebiet.

Bei Beginn der Bautätigkeit im Jahre 1925 gehörten von den Mitgliedern des Gründungsjahres nur noch

14 der Genossenschaft an, davon 10 Bewerber für die Riedwiesen-Siedlung und 4 für die Häuser am Fasanenhof. In den Jahren bis 1924 stieg die Mitgliederzahl auf über 700 und pendelte sich später nach zahlreichen Austritten und Ausschlüssen zwischen 300 und 400 ein. Für die zunächst starken Schwankungen der Mitgliederzahl war einmal die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die Ernüchterung über nicht realisierbare Planungen ausschlaggebend. Da viele Mitglieder ihr Interesse verloren hatten und ihre Zahlungen an die Genossenschaft nicht mehr leisteten, wurden nach erfolglosen Mahnungen allein zum 31.12.1926 über 400 Mitglieder aus der Genossenschaft ausgeschlossen.

Welchen Beitrag hat nun die Genossenschaft zur Lösung der Wohnungsnot in den entscheidenden Jahren ihrer Bautätigkeit geleistet?

Die Gesamtzahl der Wohnungszugänge in Kassel betrug 5 265 Wohnungen in den Jahren 1926 bis 1930. Von diesen haben Baugenossenschaften etwa die Hälfte gebaut. Wenn auch der Anteil unserer Genossenschaft bei der Zahl der Wohngebäude etwa 8 Prozent betrug, so machte der Anteil von 165 Wohnungen nur 3 Prozent aus. Das zeigt, daß die Wohngebäude-Großbauten, da effektiver und wirtschaftlicher, weiterhin vorherrschten.

3. Grund und Boden

Nach Gründung der Genossenschaft wurden mit der Stadt Kassel erneut Verhandlungen aufgenommen, um Baugelände im Erbbaurecht zu erhalten. Zunächst wurden u.a. auf dem Gelände der Domäne Fasanenhof in der Gemarkung Wolfsanger sowie in der Gemarkung Kirchditmold in den Riedwiesen größere Flächen in Aussicht gestellt. Im Rahmen der städtischen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot versuchte die Stadt wegen der im stadtnahen Bereich hohen Grundstückspreise, Baugelände in den Randgebieten der Stadt zu erwerben und für Bauzwecke zur Verfügung zu stellen.

Das Reichssiedlungsgesetz vom August 1919, das u.a. die Auflösung von Staatsdomänen zur Bodenbeschaffung vorsah, ermöglichte der Stadt den Kauf der Domäne Fasanenhof. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß im August 1920 den Ankauf, um minderbemittelten Bevölkerungskreisen mit geringen Eigenmitteln gute Wohnmöglichkeiten in gesunder Lage zu ermöglichen. Das Gelände sollte jedoch nicht

zu spekulativen Zwecken in die Hände privater Bauherren gelangen. Laut Kaufvertrag mußte die Stadt etwa zwei Drittel des gesamten Areals für Kleinsiedlungen in weiträumiger Flachbauweise und für Schrebergärten verwenden. In das Baugelände teilten sich zunächst vier Baugenossenschaften, die hier Wohnungen vor allem in Ein- und Zweifamilienhäusern nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit bauen wollten. Da das Gelände aber noch verpachtet war, konnte es zunächst nur als Gartenland genutzt werden. Die anhaltende Material- und Geldknappheit, insbesondere aber die dann einsetzende Inflation rückten alle Bauabsichten in weite Ferne.

Im Januar 1926 wurde die Domäne Fasanenhof schließlich nach Kassel eingemeindet. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurde für die Genossenschaft in zwei Verträgen das Erbbaurecht für das Baugelände ostwärts der Ihringhäuser Allee und beiderseits der heutigen Kolitzstraße, nördlich der späteren Rauchstraße, auf 61 Jahre bestellt. Gemäß den Bestimmungen der Erbbaurechte mußten die zu errichtenden Häuser und Nebenanlagen in Baustoff und Farbe sich der für das angrenzende Baugelände vorgeschriebenen Bauweise anschließen. Vor Einholung der baupolizeilichen Genehmigung waren die Entwürfe dem Magistrat zur Zustimmung für die Baukostenzuschüsse vorzulegen.

Der erste Vertrag vom 10.6.1926, der rückwirkend mit dem 15.12.1925 in Kraft trat, betraf das Grundstück für die Häuser Ihringhäuser Straße 50 – 56, mit deren Bau bereits begonnen worden war. Er bestimmte, daß die Häuser bis zum 1.7.1926 beziehbar sein sollten. Der Nachtrag vom 27.9.1927 für die neun Hausgrundstücke an der Kolitzstraße verlangte die Fertigstellung der Rohbauten bis zum 1.7.1928. Für diese Häusergruppe durften die Arbeiten nur an Kasseler Unternehmen vergeben werden, die wiederum nur Kasseler Arbeiter beschäftigen durften. Mit einem weiteren Nachtrag vom 19.9.1936 erhielt die Genossenschaft noch einen Streifen Gartenland hinter den Grundstücken Kolitzstraße 14 - 20 im Erbbaurecht. Damit betrug die Gesamtfläche, über die die Genossenschaft, abgesehen von einer geringfügigen Abgabe zur Verbreiterung der Ihringhäuser Straße, verfügte, 9 305 m². So ist es bis heute geblieben.

Für das Siedlungsgelände beiderseits der Ihringhäuser Allee, die zu Anfang der zwanziger Jahre noch eine eichenbestandene Landstraße über freies Feld war, hatte die Stadt im Jahre 1925 einen Bebauungsplan aufgestellt. Da aber auch die anderen Bauge-

nossenschaften ihre Bauvorhaben noch nicht begonnen hatten, gab es bis dahin nur einige wenige und verstreute Bauten in diesem Gebiet.



In den Riedwiesen verfügte die Stadt südlich des Lindbergs über ein größeres Wiesengelände. Dieses hatte vor dem Ersten Weltkrieg u.a. als Pferdeweide für die Feuerwehr gedient. Ein anderer Teil war an das Husarenregiment verpachtet gewesen, so daß der Bevölkerung der Name »Husarenwiesen« geläufiger war als »Riedwiesen«. Für das städtische Gelände wurde am 16.11.1920 ein Pachtvertrag über circa 58 000 m², von denen 6 600 m² für Verkehrsflächen vorgesehen waren, zur Weiterverpachtung in Kleinfächen an Genossenschaftsmitglieder abgeschlossen. Bisher war das Gelände nur über einen unbefestigten Fahrweg von der Brunnenstraße aus entlang der alten südlichen Friedhofsgrenze, später auch von der Kirche her, weiter im Zuge der Weimersgasse, der heutigen Straße Zum Berggarten, zu erreichen. Von der Wahlershäuser Straße aus gab es einen Fußweg über Privatgelände, der etwa in Höhe des Diedichsborns auf die Weimersgasse mündete.

Zunächst mußten aber dreißig bestehende Pachtverhältnisse aufgelöst werden. Das Gelände war noch nicht baureif. Es gab weder einen genehmigten

Bebauungsplan, noch war die Straßenführung geklärt. So konnte auch dieses Gelände zunächst nur als Gartenland an Mitglieder verpachtet werden, wobei 88 Genossen Berücksichtigung fanden. Um ein arrondiertes Areal an die Genossenschaft im Erbbaurecht vergeben zu können, erwarb die Stadt noch weitere Privatgrundstücke, die innerhalb der Pachtfläche lagen oder in diese hineinragten. Die erforderlichen Umlagen zogen sich bis in das Jahr 1923 hin, da der Bebauungsplan- und Fluchtlinienplanentwurf als Grundlage wiederholt geändert werden mußte.

Am 17.12.1920 hatte die Genossenschaft im Hinblick auf die zu erwartende Entwicklung und die Pachtbelastung beim Magistrat die Anerkennung als »Gemeinnütziges Unternehmen zur Förderung des Kleingartenwesens« beantragt. Pachtüberschüsse sollten für kleingärtnerische Zwecke verwendet werden.

Im Frühjahr 1924 wurde das Gelände vermessen, wobei die einzelnen Parzellen nach Möglichkeit schon der späteren Bebauung entsprechen sollten. Danach konnte endlich die Einzäunung der einzelnen Grundstücke erfolgen. Auf diese Weise sollten auch die ständigen Felddiebstähle erschwert werden, die schon zu aktiven Selbsthilfemaßnahmen der Pächter geführt hatten.

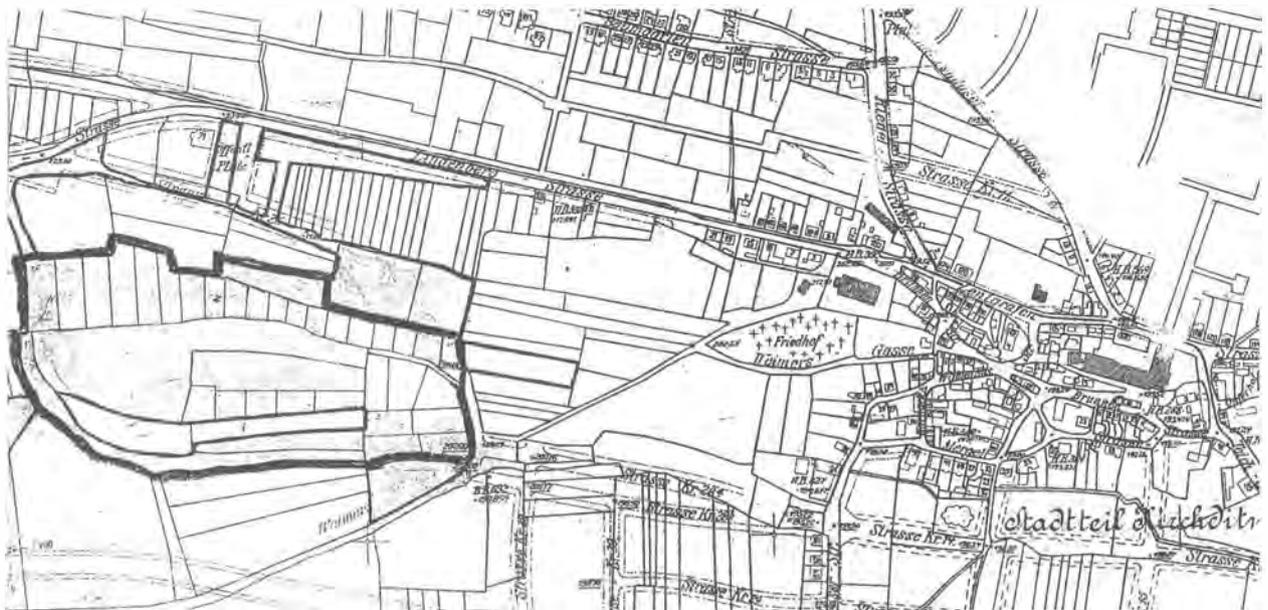
Ein neuer Pachtvertrag mit der Stadt vom 28.3.1923 sowie ein Nachtrag dazu vom 9.12.1924 bildeten schließlich die Grundlage für konkrete Planungen und Bauvorbereitungen. Die erste Bestellung eines Erb-

baurechtes durch die Stadt erfolgte mit dem Hauptvertrag vom 15.10.1925 für die Häuser des ersten Bauabschnittes Riedwiesen 30 – 34, Am Hohen Rod 10 und Weimersgasse 30, später Zum Berggarten 30. In den Jahren 1927 bis 1934 folgten, entsprechend der fortschreitenden Bebauung, hierzu zwölf Nachträge.

In den Jahren 1928, 1930 und 1938 konnten noch einige private und forstfiskalische Grundstücke hinzugekauft werden. Im Jahre 1940 konnte die Genossenschaft nochmals drei Grundstücke mit zusammen 6 050 m² zwischen den Straßen Riedwiesen und Zum Berggarten aus Privatbesitz erwerben. Eines der Grundstücke war mit einer Laube, die später zum Behelfsheim erweitert wurde, bebaut. Die Grundstücke wurden gärtnerisch genutzt.

Im Jahre 1942 konnten kurzfristige Hypotheken in unkündbare umgewandelt werden. Bereits getilgte Hypotheken konnten neu ausgegeben werden. Mit dieser Möglichkeit gelangte die Genossenschaft in den Besitz der erforderlichen Geldmittel, mit denen sie das auf den Grundstücken ruhende Erbbaurecht durch Kauf ablösen konnte. Die Kaufverhandlungen mit dem Liegenschaftsamt der Stadt Kassel kamen bis zum Ende des Jahres zum Abschluß.

Ähnlich wie für das Fasanenhofgelände wurden mit der Bestellung des Erbbaurechtes für die Riedwiesen-Siedlung Gestaltungsauflagen gemacht und Fertigstellungstermine vorgegeben. Es wurde u.a. bestimmt: – Die Genossenschaft hat das Recht, auf dem



Gelände zur Umgebung passende, landhausartige Wohnhäuser mit Vor- und Hausgärten zu errichten.

- Vor Einholung der baupolizeilichen Erlaubnis waren die Entwürfe zu den Häusern und allen Nebenanlagen wie Gärten, Einfriedigungen, Stützmauern usw. dem Magistrat zur Genehmigung vorzulegen.
- Die Anordnung und Gestaltung der Häuser und die Einfriedigungen müssen sich auch in Material und Farbe der für das angrenzende Gelände vorgesehenen Bauweise anschließen.
- Mit dem Bau muß alsbald begonnen werden. Die ersten acht Wohnungen müssen bis zum 30.4.1926 beziehbar sein.
- Der Vertrag tritt erst in Kraft, wenn nach Ansicht des Magistrats die Finanzierung des Bauvorhabens gesichert ist.

Die verschiedenen, zum Teil sehr einengenden Auflagen zeigen, daß die Stadt bei der noch unbeständigen Wirtschaftslage finanzielle und wohnungspolitische Risiken zu vermeiden suchte.

In Eigentum der Genossenschaft gingen aber die von der Stadt im Erbbaurecht überlassenen Grundstücke am Fasanenhof und in den Riedwiesen durch Kaufverträge vom 22.12.1942 über, jedoch endgültig erst nach den durch die Kriegereignisse verzögerten Auffassungen vom 17.10.1950 und Zuschreibungen im Grundbuch am 19.3.1951. Vor dem Verkauf mußte das Erbbaurecht erst noch auf 99 Jahre verlängert werden.

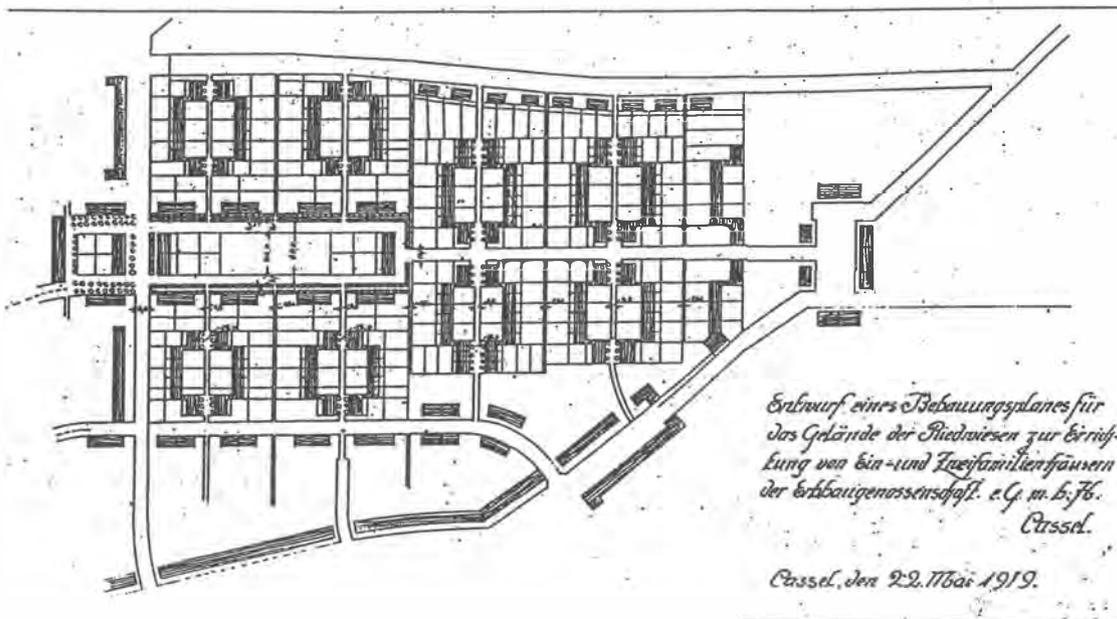
Die beiden Wohngebiete entsprachen bei aller Ver-

schiedenheit in Anlage und Gestaltung dem Wunsch nach gesundem und stadtnahem Wohnen in Kleinhäusern bei tragbaren Mieten auch für minderbemittelte Kreise. Damit konnten die wesentlichen Kriterien für den »Siedlungsbau der zwanziger Jahre« als erfüllt gelten.

4. Planungen und Bauvorbereitungen

Um beide Baugelände baureif zu machen, konzentrierten sich die Anstrengungen von Vorstand und Aufsichtsrat darauf, die eigentliche Bauplanung voranzutreiben. In Versammlungen der Interessenten »auf Riedwiesen« und »auf Fasanenhof« erläuterten Vorstand und Architekten ihre Vorstellungen.

Für die Riedwiesen hatte der Architekt Ernst Rothe bereits im Mai 1919 einen Bebauungsplan entworfen. Rothe, der mit Max Hummel zusammen vor dem Ersten Weltkrieg die Stadthalle gebaut hatte, war Stadtverordneter und Architekt im Hochbauamt, dessen Leiter er 1925 wurde. Sein Plan entspricht noch ganz den Vorstellungen über das Siedlungswesen aus dem Anfang unseres Jahrhunderts, für die es noch einige Beispiele in Kassel gibt. In streng symmetrischer Reihung umschließen die Häuser eine zentrale Grünanlage und bilden eine Art großen Innenhof. Dabei erfolgte die Grundstückserschließung meist nur durch Fußwege von einigen wenigen Fahrstraßen aus. Der starre und schematische Vorschlag nimmt keine Rücksicht auf die Topographie des Geländes, das, von seiner Nordwestecke zur Süd-



ostecke der Siedlung fallend, doch immerhin einen Höhenunterschied von circa 15 m aufweist.

Als Rothe aus dem Vorstand, dem er seit Gründung der Genossenschaft angehört hatte, auf eigenen Wunsch ausschied, empfahl er den Gewerbeoberlehrer und Stadtverordneten Dipl.-Ing. Voepel als seinen Nachfolger. Mit diesem schloß die Genossenschaft einen Vertrag. Auf der Grundlage des Rotheschen Bebauungsplan-Entwurfs und eines ihm vorgegebenen Bauprogramms sollte er einen Vorentwurf mit der Grundstückseinteilung für das ganze Gelände sowie sechs Haustypen bis Mitte Juli 1919 aufstellen. Dem Bauprogramm lagen dabei die Vorschriften der Sonder-Baupolizeiverordnung für Kleinhäuser zugrunde:

- Nutzfläche der Wohnungen maximal 100 m²;
- Einfamilienhaus 500 bis 600 m³ umbauten Raum mit 4 bis 5 Wohnräumen, eventuell Dachkammer mit 10 m², dabei 2 Zimmer und Küche im Erdgeschoß;
- Zweifamilienhaus 900 bis 1000 m³ umbauter Raum, abgeschlossene Wohnungen mit 3 bzw. 4 Wohnräumen, eventuell je eine Dachkammer mit 10 m²;
- Speisekammer und Bad in jeder Wohnung; Größe der Zimmer 15 bis 20 m²;
- Vollunterkellerung;
- mindestens 250 m² Gartenfläche und ein Kleintierstall (2 x 2 m) bei jedem Haus.

Diese Gartengröße wurde als ausreichend für den Obst- und Gemüsebedarf einer fünf- bis sechsköpfigen Familie angesehen und konnte noch nebenberuflich und ohne fremde Hilfe intensiv bewirtschaftet werden.

Der Lageplan sah eine Bebauung vom Südhang des Lindenberges bis zur heutigen Straße Riedwiesen und nach Westen etwas über die heutige Kleebreite hinaus vor. Er umfaßte 72 Häuser, davon 14 Einzel-, 13 Doppel- und 32 Reihenhäuser. Grundrißskizzen, die aber nicht mehr erhalten sind, hatte Voepel bereits bei der Unterzeichnung des Architektenvertrages vorgelegt.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung im November 1919 trug Voepel seine Vorstellungen für den Siedlungsbau vor. Seinem Entwurf, den er anhand von Lichtbildern erläuterte, hatte er folgende, im damaligen Protokoll festgehaltenen Kriterien zugrunde gelegt:

»– Hinsichtlich der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Mitglieder ist eine gewisse Trennung nach sozialen Verhältnissen erforderlich.

- Die einfachste und vollkommenste Lösung für die Wohnungen ist nur durch gleichartige Häuser möglich. Auch aus Gründen der Sparsamkeit sind Typenbauten erforderlich.
- Vorbauten, Dachdurchbrüche u.ä. verschlingen ohne architektonische Notwendigkeit unnötig Mittel.
- Baukunst muß wieder Zeitkunst sein und im Gegensatz zur herrschenden Zersplitterung ihrer Epoche das Gepräge geben.
- Bei der Größe der Wohnungen, Raumhöhen usw. muß eine der Zeit entsprechende größere Bescheidenheit herrschen.
- Für einen bequemen Wirtschaftsbetrieb im Hause soll die Wohnungsgröße auch der tatsächlich nutzbaren Fläche entsprechen.
- Einen befürchteten Widerstand kapitalistisch-spekulativer Bauunternehmer will er brechen helfen, zumal er im Erbbau eine ideale Baumöglichkeit sieht.«

Mögen die Formulierungen der Forderungen auch auf das Konto des Protokollanten gehen, so wird doch die große Unsicherheit deutlich, aus der heraus die Planer damals in gesellschaftliches und wohnungspolitisches Neuland aufbrachen. Im November 1919 aber beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat, wegen der sprunghaft angestiegenen Verteuerung des Bauens das Bauvorhaben selbst zunächst nicht weiter zu verfolgen und statt dessen die Grundstücksumlegungen voranzutreiben. Gegebenenfalls sollte bis April 1920 das Gelände durch Erbbauvertrag, dann jedoch ohne Verpflichtung zum Bauen, in Genossenschaftsbesitz gebracht werden. Damit verliert sich die Spur dieses Bebauungsentwurfs in den Akten.

Auch für das Fasanenhofgelände gingen die Planungen nur langsam voran. Das als »größte Siedlung Deutschlands« einst projektierte Vorhaben fiel zunächst auch den Zeitumständen zum Opfer. Aus den Akten ist nicht mehr erkennbar, wann und wie die Planungen konkret geworden sind. Der mit Planung und Bauleitung für die ersten Häuser Ihringshäuser Straße 50 – 56 beauftragte Reg. Baumeister a. D. Sichel gehörte der Genossenschaft seit April 1919 und dem Aufsichtsrat in den Jahren 1920 bis 1925 an.

Sichel, 1886 als Sohn des Mitbegründers des Bankhauses »Fiorino und Sichel« geboren, hatte das Friedrichsgymnasium besucht. Bereits 1916 war er Kgl. Preussischer Regierungsbaumeister geworden. Nach der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg, in dem er

mehrfach wegen Tapferkeit ausgezeichnet worden war, leitete er zusammen mit seinem Freund und Kollegen E. Rothe beim Stadtbauamt die Sanierung der Altstadt. 1925 machte er sich selbständig. Die von ihm zusammen mit seinem Sozium W. Leers gebauten Industrie-, Geschäfts- und Wohngebäude sind zumeist im Zweiten Weltkrieg untergegangen. Als Jude erhielt Sichel 1935 Berufsverbot und wanderte zusammen mit seiner gleichfalls jüdischen Frau nach Südafrika aus. Dort konnte er nach einiger Zeit wieder als Architekt arbeiten. Seiner Heimatstadt Kassel, die er 1961 noch einmal besuchte, hielt er bis zu seinem Tode im Februar 1972 die Treue. Erhaltene Entwürfe zeigen, daß er wie Prof. Dr. Soeder ein Vertreter des »Neuen Bauens« war.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung im Oktober 1919 hatten sich von etwa 250 Anwesenden 23 als Interessenten für den Fasanenhof gemeldet. Insgesamt ist festzustellen, daß die Beteiligung an den Mitgliederversammlungen in den folgenden Jahren, gemessen an der an sich hohen Mitgliederzahl, sehr gering war. Das läßt auf eine weitgehende Resignation hinsichtlich der Bauwünsche schließen. Vorstand und Aufsichtsrat setzten daher schließlich zum 1. Mai 1924 eine Frist, bis zu der sich die Mitglieder für eine der beiden Siedlungen entscheiden sollten. Für den Fasanenhof gingen 15 und für die Riedwiesen 25 Anmeldungen ein, eine wahrlich schmale Basis für die anstehenden, verantwortungsschweren Aufgaben der Verwaltungsgorgane.

Nachdem für die Riedwiesen nach Grundstücksumlegung, -vermessung und -einzäunung das zukünftige Bild der Siedlung auch im Gelände ablesbar wurde, stand der von der Stadt geforderte Kanalanschluß als nächste vordringliche Maßnahme an. Die zunächst auf RM 11 000,- veranschlagten Kosten konnten durch Entgegenkommen der Stadt auf RM 3 000,- gesenkt werden. Die Arbeiten wurden im Rahmen und mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge durchgeführt. Dabei stellte die Stadt Material und Werkzeuge; die Genossenschaft mußte die Facharbeiterlöhne übernehmen.

Inzwischen hatte die Stadt mitgeteilt, daß von den im Jahre 1924 für den Fasanenhof zur Genehmigung vorgelegten 15 Anträgen 4 und von den 25 für die Riedwiesen 8 genehmigt worden waren. Diese in den Erbbauverträgen vorgesehenen Vorabgenehmigungen waren noch keine Baugenehmigungen, sondern betrafen die Bewilligung von Zuschüssen für Neubauten, um der seit der Vorkriegszeit eingetretenen Kostenentwicklung Rechnung zu tragen.

Für die in den Riedwiesen anzulegenden Straßen hatte die Stadt entschieden, daß diese als sogenannte Gartenstraßen, das heißt mit leichtem Unterbau und ohne feste Decke gebaut werden sollten.

Sowohl aufgrund der bisher nur möglichen Aktivitäten als auch wegen ihres eigenen Antrages hierzu war die Genossenschaft bislang von der Stadt als Kleingartengenossenschaft betrachtet worden, zumal sie auch bis Ende 1924 noch keine Bauanträge gestellt hatte. Um bei einer erforderlichen Satzungsänderung Schwierigkeiten mit dem Gericht zu vermeiden, beantragte die »Abteilung Waldauer Fußweg«, auf deren Gelände nicht gebaut werden konnte, in einer außerordentlichen Hauptversammlung am 12.2.1925 ihr Ausscheiden aus der Genossenschaft. Zugleich wurden die Geschäftsanteile der Baugenossen wieder auf die frühere Höhe von RM 500,- heraufgesetzt, um überhaupt Bauvorhaben in Angriff nehmen zu können.

Im Frühjahr 1925 kam Bewegung in die bis dahin noch eher zögerlichen Planungen. Herr Probst hatte mit dem vom Stadtbauamt der Genossenschaft empfohlenen Direktor der Kunstakademie, Professor Dr. Ing. Hans Soeder, verschiedene Besprechungen geführt. Dabei hatte Soeder sein Interesse an der Planung für die Riedwiesensiedlung bekundet. In einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat wurden u.a. eingehend die Vor- und Nachteile des »Bohlendachs« erörtert, das sowohl Soeder wie auch Sichel befürworteten. Bei dieser eigentlich als »Bohlensparren-Dach« bezeichneten Bauweise handelt es sich um eine stützenfreie Dachkonstruktion mit gebogenen, eingespannten Sparren. Sie wurde in den zwanziger Jahren lebhaft diskutiert und auch vereinzelt angewandt. Soeder hatte sie schon bei seiner Berliner Siedlung verwendet. Auch in Kassel findet man Beispiele, so z.B. in der früher als »Schupohausen« bezeichneten Siedlung im Bereich der Helene-Lange-Straße in Wehlheiden, die die Architekten Mensching und Spier zu Anfang der zwanziger Jahre für Polizeibeamte gebaut hatten. Die Häuser sind durch spätere Um- und Anbauten zum Teil stark verändert. Bei dieser Dachform sind die Dachflächen konstruktionsbedingt gewölbt.

Eine vierköpfige Kommission von Vorstand und Aufsichtsrat sollte mit Soeder weitere Einzelheiten besprechen und ihn um Vorlage von Entwürfen und Kostenvoranschlägen für Einzel- und Doppel-Einfamilienhäuser bitten. Mit diesen Beschlüssen wurde die eigentliche Planungsphase eingeleitet. Für den Fasanenhof sollte gleichermaßen vorgegangen werden.

Die nächsten Wochen und Monate waren erfüllt von intensiven Beratungen mit den Architekten Soeder und Sichel. Die Voraussetzungen zum Bauen erschienen günstig, zumal die Stadt an Siedlungs-Musterbauten im Hinblick auf eine für 1926 geplante Gewerbeausstellung interessiert war. Am 25.9.1925 erhielt Reg. Baumeister a.D. Sichel den Auftrag für die Häuser Ihringshäuser Straße 50 – 56, nachdem er neue Pläne vorgelegt hatte. Die ersten Pläne vom 31.7.1925 hatten wegen der Wohnungsgrößen (drei verschiedene Haustypen mit 2- und 3-Zimmerwohnungen) keine Zustimmung gefunden. Für das Haus Ihringshäuser Straße 56 wurde nochmals eine Neufassung für 4-Zimmerwohnungen angefordert, die schließlich am 19. November 1925 vorlag.

Für eine eventuelle Auftragserteilung an Professor Soeder sollte dieser erst noch Pläne für einen Haustyp mit ausgebautem ersten Stock vorlegen. Am 5.10.1925 fiel dann schließlich die Entscheidung für den Auftrag an Professor Soeder, die Riedwiesenbauten zu errichten. Er hatte einen neuen Bebauungsplanentwurf mit einer Mischung von Häusern mit Bohlen- und Spitzdach vorgelegt, den man als »idealk bezeichnete.

Die plötzliche Hektik in der Entscheidungsfindung hat ihre Erklärung in der Befürchtung, daß in Aussicht stehende Finanzierungsmittel verloren gehen könnten. Außerdem sollte mit den Bauarbeiten noch vor dem Winter begonnen werden. In einer außerordentlichen Hauptversammlung am 16.10.1925, in der Professor Soeder seine Pläne vorstellte, erhielt der Vorstand Vollmacht für den Bau beider Siedlungen. Die Frage nach Läden in den Siedlungen blieb dabei unbeantwortet. Für jede der beiden Siedlungen wurde eine dreiköpfige Baukommission ernannt. Aufgrund bereits vorliegender Angebote für die Erd- und Maurerarbeiten wurden am 28.11.1925 die Vertragsabschlüsse mit zwei Firmen für die acht Riedwiesenhäuser und einer Firma für die vier Bauten an der Ihringshäuser Allee genehmigt. In der Zwischenzeit hatten mehrfache und intensive Preisverhandlungen mit verschiedenen Firmen, u.a. auch im Hinblick auf eine eventuelle Verbilligung durch direkten Materialeinkauf durch die Genossenschaft, stattgefunden. Infolge der stark angewachsenen Zahl und Häufigkeit der Verhandlungen, vor allem mit Behörden, genehmigte man dem Vorstandsvorsitzenden, Herrn Probst, einen Telefonanschluß. Damit war auf bürotechnischem Gebiet ein erster Schritt getan.

Für die Bauplanung an der Ihringshäuser Allee war Sichel durch den genehmigten Bebauungsplan der

Stadt und dessen Gestaltungsvorschriften ohne nennenswerten eigenen Gestaltungsspielraum gebunden. Lediglich die Bebauung im Kreuzungsbereich Eisen schmiede – Fasanenhof setzte mit den über die allgemeine Fluchtlinie vorspringenden Arkadenbauten einen besonderen städtebaulichen Akzent. Im übrigen bestimmte die gleichförmige Aufreihung einander ähnlicher Walmdachhäuser der verschiedenen beteiligten Baugenossenschaften und -gesellschaften das Straßenbild. Dieses bietet heute, nachdem auch noch der ursprüngliche Allee-Charakter dem zunehmenden Verkehr zum Opfer gefallen war, das Bild einer Hauptverkehrsstraße. Die Anwohner finden nur noch in den rückwärtigen Gärten Ruhe und Grün. Von den ursprünglich vier raumbildenden, vorspringenden Gebäuden an der Kreuzung hat nur das von unserer Genossenschaft wiederaufgebaute Haus Ihringshäuser Straße 54 seine alte Gestalt behalten.

Dagegen mußte Professor Soeder zwar in seiner Bebauungsplanung projektierte Straßenführungen und bereits vermessene Grundstückszuschnitte berücksichtigen, konnte aber eigene Gestaltungsvorstellungen weitgehend durchsetzen. Diese wichen für Kassel erheblich vom Herkömmlichen ab und stießen daher auch keineswegs auf allgemeine Zustimmung. So hatte er schon frühzeitig der Stadt vorgeschlagen, den als Rechteck geplanten Platz mit vier Straßeneinmündungen am Osteingang der Siedlung anders zu gestalten. Gegen den anfänglichen Widerstand des Stadtbauamtes wurde der Soedersche Lösungsvorschlag dann schließlich weitgehend akzeptiert. In allen weiteren Planungen berücksichtigte er Vorschläge für eine entsprechende Platzrandbebauung, die die Funktion dieses Platzes als Eingangsbereich zu unserer Siedlung wie auch als Verbindungselement zu der zu erwartenden Anschlußbebauung nach Osten sicherstellen sollte. (Siehe hierzu auch Bebauungsplan aus dem Jahre 1929 auf S.33.) Leider sind diese Vorschläge später nie realisiert worden. Jahrzehntelanges planerisches Desinteresse oder Unvermögen haben die Chancen für eine Gestaltung verspielt. So muß man wohl froh sein, daß ein früher einmal diskutierter Vorschlag, den »Platz« zu Ehren Soeders nach ihm zu benennen, nicht verwirklicht worden ist.

Die letzten Wochen des Jahres 1925 waren noch einmal von drängenden Entscheidungen bestimmt. Ende Oktober war für die ersten Riedwiesenhäuser der Haustyp mit dem Steildach, wie er uns heute vertraut ist, zur Ausführung bestimmt worden. Obwohl die Finanzierungsverhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen waren, sollte aber trotz-

dem sofort nach Bewilligung der Hauszinssteuer-Hypotheken mit dem Bau begonnen werden. Nachverhandlungen mit den Baufirmen wurden erforderlich, so zum Beispiel für den Bau einer Bohlenbahn, die überhaupt erst die Materialanfuhr in die Riedwiesen ermöglichte. Auch die Kanalarbeiten mußten endlich begonnen werden, nicht zuletzt, um das Baugelände zu entwässern. Es gab ohnehin mißgünstige oder auch warnende Stimmen, die das Gelände für unbebaubar und unbewohnbar erklärten.

Erste Entwürfe Soeders waren von der Stadt abgelehnt worden. Erst nach einer Rücksprache von Herrn Probst mit Oberbürgermeister Scheidemann war der Weg frei für die Inangriffnahme detaillierter Planungen. Die Soederschen Pläne für die Bauausführung wurden endgültig erst Mitte Dezember 1925 von Vorstand und Aufsichtsrat genehmigt und vom Vorstand unterschrieben. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Bauarbeiten bereits begonnen.

Überblickt man den Ablauf des Jahres 1925, so war es eines der bewegtesten und entscheidungsträchtigsten in der Geschichte der Genossenschaft. Es war mit vielen Unsicherheitsfaktoren wegen der großen Mitgliederfluktuation und der ungewissen Finanzierungsmöglichkeiten belastet. Vorstand und Aufsichtsrat haben in enger, ständiger Zusammenarbeit in 22 Sitzungen und 5 Mitgliederversammlungen mit unglaublicher Geduld und Zielstrebigkeit darauf hingearbeitet, um die mit den Erbbauverträgen gegenüber der Stadt zugesagten Termine für die Bezugsfähigkeit der Wohnungen einhalten zu können. Aber auch eine Abwanderung zahlungskräftiger Wohnungsbewerber bei einer weiteren Verzögerung mußte verhindert werden. Die persönliche Leistung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder muß man heute neben den sachlichen Problemen, deren Lösung durchweg nicht zu ihrem beruflichen Alltag gehörte, auch an den äußeren Umständen messen:

- Es gab keine Geschäftsräume. Sitzungen mußten in Privatwohnungen oder Gaststätten stattfinden.
- Alle Beteiligten waren berufstätig. Sitzungen waren nur an Sonnabenden oder in den Abendstunden möglich und dauerten oft bis in die späte Nacht.
- Die wenigen öffentlichen Verkehrsmittel machten zeitraubende Wege unvermeidlich.
- Nachrichten konnten nur mündlich persönlich oder schriftlich übermittelt werden.

Das Wort »Streiß« war damals noch nicht gebräuchlich, aber die persönlichen Belastungen, die auch die Familien der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

betrafen, führten in diesen Jahren zu häufigem personellem Wechsel in den Verwaltungsgremien und beeinflussten deren Arbeit nachteilig.

5. Die ersten Mieter

Eine Untersuchung der Berufszugehörigkeit der Erstbezieher der Wohnungen in den ersten sechs Bauabschnitten in den Riedwiesen 1926 bis 1930 und für die drei Bauabschnitte am Fasanenhof 1926 bis 1929 kann nur eine Momentaufnahme wiedergeben, denn die wirtschaftliche Entwicklung führte bald zu zahlreichen Mieterwechseln. Damit trat naturgemäß auch eine Verschiebung in den Berufsgruppenanteilen ein. Hinzu kam, daß durch den Umbau von Einfamilienhäusern in den Riedwiesen im Rahmen eines Reichsprogramms zu Schaffung von Kleinwohnungen in den Jahren 1933 bis 1936 neue Interessentengruppen auftauchten. Diese Teilung von Einfamilienhäusern entsprach zum Teil auch den Interessen von Mietern, die in finanzielle Bedrängnis geraten waren. Sie brauchten auf diese Weise ihre Wohnung nicht ganz aufzugeben. Wegen dieser Veränderung des Wohnungsbestandes wurden die ersten Mieter des siebten Bauabschnittes in den Riedwiesen nicht in die Untersuchung einbezogen.

Die Berufsgruppen waren wie folgt vertreten

Berufsgruppe	Riedwiesen	Fasanenhof	Ges.
Freie Berufe	8	2	10
Höhere Beamte	45	–	45
Mittl. u. unt. Beamte	42	14	56
Leitende Angestellte	2	–	2
Angestellte	5	9	14
Handwerker u. Arbeiter	10	5	15
Pensionäre u. Witwen	18	4	22

Zugehörigkeit zu Behörden und öffentlichen Körperschaften:

Behörde	Riedwiesen	Fasanenhof	Ges.
Staatl. u. städt. Behörden	85	16	101
Reichspost	6	3	9
Reichsbahn	8	1	9
Kirche	7	–	7

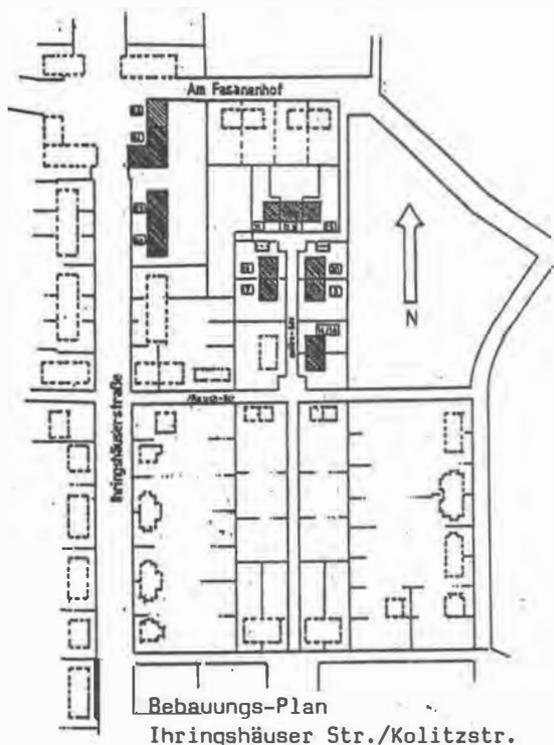
Innerhalb der Gruppe der staatlichen Beamten stellten die Lehrer mit 50 % in den Riedwiesen und 25 %

am Fasanenhof den stärksten Anteil. Bezogen auf die Gesamtzahl der Erstmietler stellte diese Gruppe 30 % in den Riedwiesen und 12 % am Fasanenhof. (Siehe hierzu auch Kapitel 9, S. 41.)

6. Die Fasanenhof-Siedlung

Das Siedlungsgebiet der Genossenschaft lag etwa 750 m nördlich der Weserspitze, an der damals etwa die geschlossene Wohnbebauung endete. An öffentlichen Verkehrsmitteln gab es seit 1917 die Straßenbahnlinie 4 der Großen Casseler Straßenbahn AG von der Prinzenquelle über das Theater nach Wolfsanger. Ab 1927 verkehrte die Linie 14 von der Germaniastraße über den Hauptbahnhof zur Eisenschmiede. Außerdem fuhr ab 1929 die Omnibuslinie J der Kasseler Omnibusgesellschaft auf der Strecke Simmershausen – Ihringshausen – Eisenschmiede – Hauptbahnhof – Niederzwehren.

Unsere Häuser wurden in den Jahren 1926 bis 1930 in drei Bauabschnitten erbaut. Etwa zeitgleich entstanden die Siedlungen der anderen drei im Bereich der Kreuzung Ihringshäuser Straße/Eisenschmiede/Am Fasanenhof beteiligten Baugenossenschaften. Während die Bebauung durch den Bebauungsplan von 1925 nach städtebaulichen Gesichtspunkten in bezug auf Fluchtlinien, Gebäudegrößen und -höhen für alle Bauten einheitlich vorgegeben waren, unter-



schieden sich die Häuser in den Wohnungsgrößen zwischen Zwei- und Vierzimmerwohnungen. Es herrschten jedoch Klein- und Mittelwohnungen vor.

Zunächst wurden in einem ersten Bauabschnitt die Häuser Ihringshäuser Straße 50 – 56 gebaut. Bereits am 7. November 1925 lagen die Angebote von fünf Baufirmen für die Erd- und Maurerarbeiten vor. Sie lagen zwischen RM 41 850,- und RM 44 600,-, also bei einer Preisdifferenz von 6,6 % dicht beieinander. Aufgrund von Preisnachlaß-Angeboten zweier Firmen wurde die Vergabe verschoben. Diese Firmen waren mit ihren Angeboten auf RM 40 000,- heruntergegangen. Die Firma Friedrich, die später noch die Genossenschaft in finanzielle und personelle Schwierigkeiten bringen sollte, ging schließlich auf einen Preis von RM 28,- pro m³ umbauten Raum für eine schlüsselfertige Ausführung herunter. Sie erhielt daraufhin mit Beschluß vom 12.12.1925 der Auftrag für alle vier Häuser an der Ihringshäuser Straße.

Anfang Februar 1926 wurde dann bekannt, daß auf Veranlassung der Hessischen Heimstätte und mit Unterstützung der Stadtverwaltung nunmehr das Eckgebäude Ihringshäuser Straße 56 dreistöckig gebaut werden sollte. Die Genossenschaft wurde dabei von den anderen beteiligten Genossenschaften in der entscheidenden Sitzung überstimmt. Die Stadt hatte allerdings zugesagt, daß keine weiteren dreistöckigen Bauten vorgesehen seien.

Bereits am 15. April war das Eckgebäude gerichtet. Das Richtfest sorgte dann wegen der Kostenüberschreitung allerdings für einigen Ärger. In der Vorstandssitzung am 9.6.1926 wird festgestellt, daß für das Richtfest des »Eckhauses auf Fasanenhof« (Ihringsh.Str.56) dem Aufsichtsratsmitglied König 100 bis 150 l Bier bewilligt worden waren. Die Überschreitung wird beanstandet, muß aber bewilligt werden. An Herrn König geht am 17.6.1926 folgendes Schreiben :

Sehr geehrter Herr König,
in der letzten Vorstandssitzung ist ein Beschluß herbeigeführt worden über die Bezahlung der Rechnung vom Richtfest des Eckhauses auf Fasanenhof. Wir konnten die Überschreitung der bewilligten Summe ganz unmöglich gutheißen, besonders nicht die Verabreichung von Bier und Schnaps über das vereinbarte Quantum hinaus. Der Vorstand hat sich nur schweren Herzens zur Bezahlung entschlossen und mir den Auftrag erteilt, Ihnen zu schreiben, daß es nicht angängig ist, einen von Vorstand und Aufsichtsrat gefaßten Beschluß zu mißachten. Auch hat der

Vorsitzende des Aufsichtsrates von dem Schreiben Kenntnis erhalten.

Der Vorstand i.A. Heide

Leider sind Höhe und Inhalt der Rechnung nicht mehr bekannt.

Eine späte Nachwirkung dieses Ruffels ist möglicherweise noch in der Abrechnung für das Richtfest anlässlich des Wiederaufbaus des Doppelhauses Ihringshäuser Straße 50/52 am 26.5.1950 zu spüren:

Betrifft: Ausgaben für das Richtfest Ihringsh.Str.50 und 52 am 26.5.1950

Beleg Nr.1	=	3,50 DM für	88 Brötchen
Nr.2	=	47,40 DM für	40 Fl.Bier und Rauchwaren
Nr.3	=	9,40 DM für	2 Fl.Nordhäuser
Nr.4	=	0,92 DM für	23 Pappteller
Nr.5	=	17,60 DM für	11 Pfd.Kochwurst
Kein Beleg	=	0,25 DM für	Senf
			<hr/>
#			79,07 DM gez. Grein

Händler«. Die Zusammenarbeit mit Sichel hatte vorerst mit der Fertigstellung des ersten Bauabschnittes geendet. Die endgültige Bauabrechnung zog sich noch bis zum Oktober 1928 hin, so daß zunächst noch keine endgültigen Mieten festgesetzt werden konnten. Es gibt keine konkreten Hinweise, warum Sichel mit den weiteren Bauabschnitten nicht mehr beauftragt worden ist. Offenbar lagen aber Versäumnisse seinerseits vor. So waren in den Häusern Ihringshäuser Straße 50 und 52 in den Bädern die Heizöfen und an der Gebäuderückseite die Fensterläden im ersten Obergeschoß vergessen worden. Der Architekt und der Bauunternehmer Friedrich sollten sich den Schaden teilen.

Im Februar 1927 wurden die Architekten Stöhr und Becker sowie Franke, der von der Regierung empfohlen worden war, zur Vorlage von Entwürfen für die Häuser in der Kowitzstraße aufgefordert. Mitte März wurde beschlossen, aufgrund der vorgelegten Entwürfe beim nächsten Bauabschnitt beide zu beauftragen. Ende Juli 1927 fiel durch das Los die Entscheidung, daß Stöhr und Becker das »Drillingshaus«



Wegen fehlender Zusagen für weitere Hauszinssteuer-Hypotheken konnte die Genossenschaft im Jahre 1926 im Gegensatz zu den Riedwiesen am Fasanenhof keine weiteren Bauten mehr beginnen.

In der hinter den Arkaden des Hauses Ihringshäuser Straße 54 liegenden Erdgeschoßwohnung wurde Ende 1933 ein Milchgeschäft eingebaut. Dieser Umbau erfolgte noch durch Reg. Baumeister a.D. Sichel und wurde durch einen Reichszuschuß gefördert. In dem neuen Stadtteil gab es zunächst keine Läden; die Versorgung erfolgte durch »fliegende

Kowitzstraße 21/23/25 und Franke die beiden Doppelhäuser Kowitzstraße 14/16 und 18/20 bauen sollten. Die für die Doppelhäuser vorliegenden fünf Angebote für die Erd- und Maurerarbeiten lagen zwischen RM 18 620,- und RM 20 889,-, die fünf Zimmererangebote zwischen RM 6 453,- und RM 7 462,-.

Mitte August wurden die ersten Aufträge für die beiden Doppelhäuser vergeben. Ende August stellte sich aufgrund einer von den Architekten Stöhr und Franke vorgenommenen Kostenaufstellung heraus, daß für die Wohnungen in der Kowitzstraße mit untragbar

hohen Mieten zu rechnen war. Als Höchstpreis sollte ein Preis von RM 23,- pro m³ umbauten Raum angestrebt werden. Sofern die Firma Friedrich nicht auf diesen Preis heruntergehen wollte, sollten durch eine Verringerung des Bauumfanges, jedoch nicht zu Lasten der Wohnräume, tragbare Mieten erreicht werden. Verhandlungen mit Friedrich führten zu einem Preis vom RM 23,50 pro m³. Das bedeutete eine Erhöhung der bisher kalkulierten Mieten für Dreizimmerwohnungen um RM 13,- im Monat und für Zweizimmerwohnungen um RM 5,- im Monat. Die Vergabe an Friedrich läßt darauf schließen, daß von der Ausnahmeregelung im Erbbauvertrag Gebrauch gemacht wurde, wonach die Vergabe an einen Generalunternehmer nur dann zugelassen wurde, wenn damit ein wesentlich niedrigerer Gesteignispreis erreicht werden konnte.

Die Angebotsdifferenzen und die zum Teil gewährten Preisnachlässe im Jahre 1927 fielen in eine Zeit, in der der Wohnungsbau in Kassel einen starken Auftrieb erfuhr. Unter den 1 028 neuen Wohnungen bildeten den Schwerpunkt circa 750 Wohnungseinheiten mit drei bis vier Zimmern. An dem Gesamtzuwachs waren die Baugenossenschaften mit 560 Wohnungen beteiligt. Nachdem sich die Zahl der von ihnen errichteten Wohnungen gegenüber den Vorjahren fast verdoppelt hatte und die Finanzierung der Bauvorhaben

als gesichert gelten konnte, waren die Genossenschaften für die Bauwirtschaft interessante Geschäftspartner geworden, die nicht nur eine Kapazitätserhaltung, sondern auch eine -erweiterung versprachen.

Die Arbeiten wurden in allen drei Bauabschnitten von der Baukommission überwacht. Ihr wurde zum Teil auch die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen wie zum Beispiel Küchenherden u.ä. übertragen. Die insgesamt 35 Wohnungen verteilten sich wie folgt:

11 Zweizimmerwohnungen: Ihringshäuser Str. 54 (3), Kolitzstr. 14, 16, 21, 25 (je 2),

15 Dreizimmerwohnungen: Ihringshäuser Str. 52 (2) und 54 (5), Kolitzstr. 17, 18, 20, 23 (je 2),

8 Vierzimmerwohnungen: Ihringshäuser Str. 50, 52 (je 2), 54 (1) und 56 (3),

1 Fünzimmerwohnung: Kolitzstr. 19.

Alle Wohnungen hatten Bad/WC und Küche, eine Kammer im Dachgeschoß sowie ein Stück Gartenland hinter dem Haus. In den wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit hoher Arbeitslosigkeit, auch unter unseren Mitgliedern, bestand die Freizeitgestaltung zum großen Teil in Gartenarbeit. So waren diese Nutzgärten nicht nur eine willkommene, sondern oft auch dringend benötigte Hilfe für den Lebensunterhalt.



"Giednriessen-Siedlung" Kassel-K. mit Blick auf den Herkules u. Wilhelmshöhe

7. Die Riedwiesen-Siedlung

Das Siedlungsgebiet liegt etwa 300 m südwestlich der Kirchditmolder Kirche. Die geschlossene Bebauung endete in den zwanziger Jahren, heute noch gut erkennbar; wenige Häuser westlich der Kirche an der Schanzenstraße (seinerzeit Lindenbergsstraße) und südlich des Friedhofes an der Wahlershäuser Straße.

An öffentlichen Verkehrsmitteln gab es seit 1914 die Linie 4 der Großen Casseler Straßenbahn AG von der Prinzenquelle in die Stadt. Eine größere Rolle spielte aber für die späteren Bewohner der Siedlung die Eisenbahn mit ihrem gut zwanzig Minuten entfernten Haltepunkt Kirchditmold.

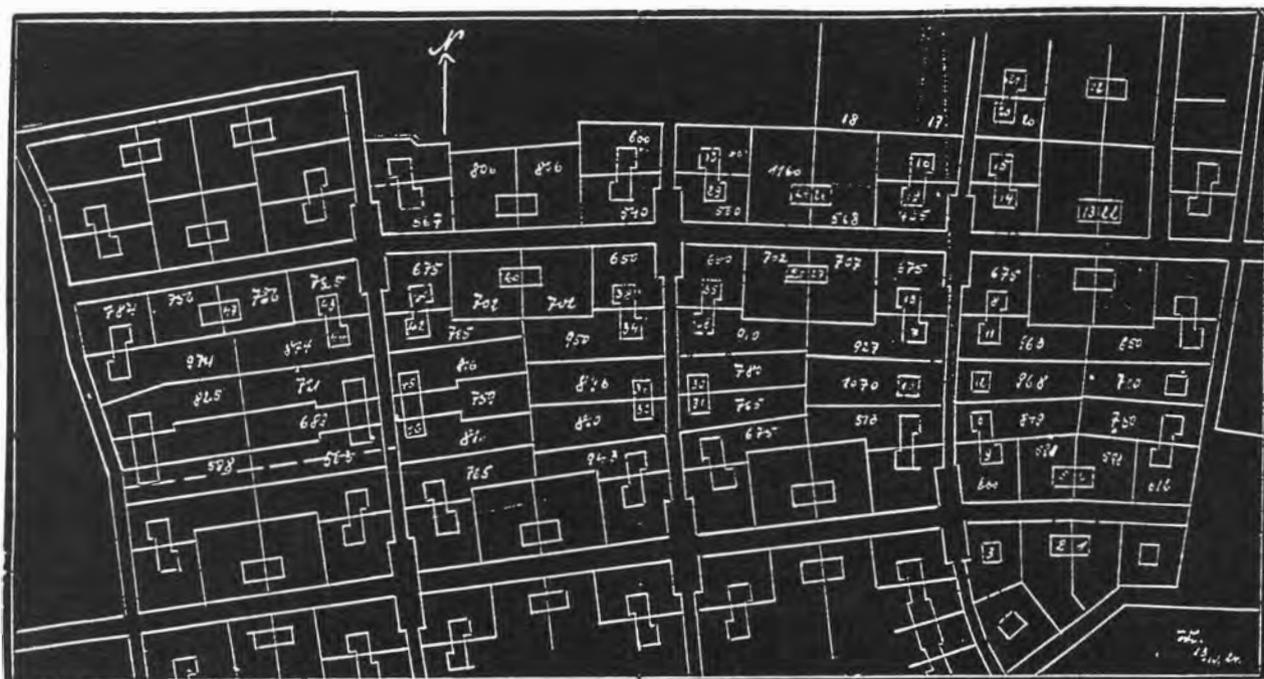
Die Häuser der Siedlung wurden in zunächst sechs Bauabschnitten in den Jahren 1925 bis 1930 nach Entwürfen und unter Bauleitung von Professor Dr. Ing. Hans Soeder; dem Direktor der Kasseler Kunstakademie, gebaut. Seine Mitarbeiter waren Dipl.-Ing. Ludwig Hönig und Dipl.-Ing. Hans Probst, Sohn des Vorstandsvorsitzenden Probst. In einem 7. Bauabschnitt wurde in den Jahren 1939/40 noch das Vierfamilien-Doppelhaus Riedwiesen 43/45 von dem Architekten Stöhr, als letztes Haus der Siedlung, gebaut.

Auf seiten der Genossenschaft waren die Vorstandsvorsitzenden Kammermusiker Richard Probst von 1924 bis 1930 und anschließend Konrektor Wilhelm Heide, der seit 1928 schon dem Aufsichtsrat

angehört hatte, die wichtigsten Verhandlungspartner für Architekt und Behörden. Leiter der Abteilung Riedwiesen der Bauinteressenten war der Gewerbeoberlehrer Gustav Römer; nachdem Probst nach seiner Wahl zum Vorstandsvorsitzenden dieses Amt abgegeben hatte. Dem Vorstand gehörte er in den entscheidenden Jahren 1925/26 an. Er war ein wichtiger Berater für die Verwaltungsgremien in baufachlichen Angelegenheiten.

Zur Unterstützung des Vorstandes in der Zusammenarbeit mit Architekt und Bauinteressenten wurden eine Baukommission und zeitweise auch eine Finanzkommission bestellt, deren personelle Zusammensetzungen aber im Laufe der Zeit wechselten. Das Baugebiet selbst wurde in fünf »Baublöcke« eingeteilt, für die jeweils ein Vertrauensmann zuständig war. Wie nicht anders zu erwarten, führte dieser Versuch einer Organisation zu Schwierigkeiten zwischen allen Beteiligten, zumal Aufgaben und Befugnisse nicht von vornherein festgelegt waren und später ständig überschritten wurden.

Im Sommer 1924 hatte der Vorstand 25 Bauvorhaben bei der Stadt zur Bewilligung von Hauszinssteuer-Hypotheken angemeldet. Diese Zahl entsprach etwa der späteren Planung für den ersten und zweiten Bauabschnitt, die die Häuser im ostwärtigen Teil der Siedlung, vor allem beiderseits des Diedichsborns und des Hohen Rods, betrafen. Das Hausprogramm umfaßte freistehende Einfamilienhäuser, Doppel- und Drillingshäuser sowie Zwillingshäuser, die durch einen

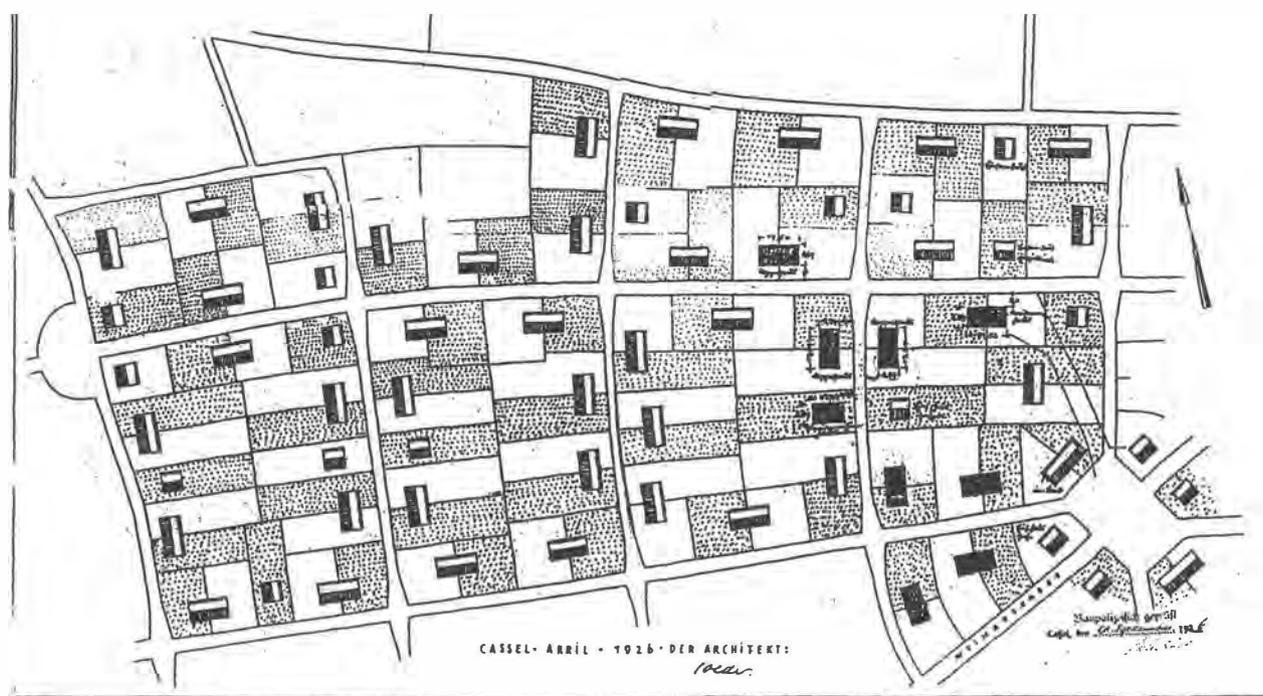


Stall- oder Wirtschaftsteil verbunden waren. Bauzeichnungen hierzu liegen aber nicht vor. Auf einer Bleistiftskizze sind die Häuser zum Teil mit Walm-dächern eingezeichnet. Die Grundstücksgrößen liegen zwischen 600 und 1 000 m². Es ist anzunehmen, daß diese Planung den im Sommer 1924 bei der Stadt angemeldeten Bauvorhaben zugrunde lag. Für diese Planung muß ein nicht erhaltener Bebauungsplan bestanden haben, nach dem auch die Vermessung der Grundstücke erfolgt war. Er war möglicherweise identisch mit einem als Blaupause erhaltenen Plan vom 13.10.1924, dessen Verfasser unbekannt ist. Ob es der früher mit der Planung beauftragte Dipl.-Ing. Voepel noch gewesen ist, bleibt unklar, da nicht belegbar ist, wann und unter welchen Umständen die Zusammenarbeit mit ihm geendet hat. Der nicht näher erläuterte Bebauungsplan zeigt zwar in etwa das Straßenschema, das schon den Rotheschen und Voepelschen Entwürfen zugrunde lag. Das frühere, in Baublöcken geschlossene Bebauungsmuster ist aber einer weiträumig aufgelockerten Bebauung mit entsprechendem Grundstückszuschnitt gewichen, wie es seit einiger Zeit in Gartenvorstädten, wie zum Beispiel am Brasselsberg und von englischen Vorbildern angeregt, aufgekommen war.

Das würde auch erklären, warum die davon abweichende Soedersche Planung zunächst von der Stadt abgelehnt wurde. Seine Planung beruhte offensichtlich zu wesentlichen Teilen auf dem oben angeführten Bebauungsplanentwurf, war aber in entscheidenden Punkten weiterentwickelt worden. Diese Annah-

me findet ihre Bestätigung in einer Aussage Soeders bei der Vorstellung seiner Pläne in der Versammlung der »Baugenossen auf Riedwiesen« am 31.10.1925. Er führte dort aus, daß er seinen Plan auf der Grundlage des Originalvermessungsplans gefertigt habe und sich daher Unterschiede zu dem Umdruckplan des Vorstandes ergeben hätten. Grenzverlegungen würden nötig. Soeder hatte zum Teil andere Grundstückszuschnitte vorgesehen, insbesondere in den Kreuzungsbereichen der Straßen, die noch andeutungsweise eine platzartige Erweiterung zeigen.

Die zunächst auf Einfamilien-Einzel- und -Doppelhäuser lautende Forderung der Genossenschaft wurde schon bald entsprechend den Interessen der Mitglieder auf Zwei- und Mehrfamilienhäuser erweitert, so daß schließlich eine Vielzahl von Typenkombinationen vorhanden war. Die einheitliche Gestaltung der Hauskörper und ihr Abstand untereinander läßt diese Vielfalt, zumal bei der heutigen Bewachung der Siedlung, nicht ohne weiteres erkennen. Am augenfälligsten ist noch der Unterschied zwischen den Häusern des ersten und der nachfolgenden Bauabschnitte. Ob hier ernsthaft der Versuch einer landhausartigen Bebauung gemacht worden ist, wie es der Erbbauvertrag verlangte, mag dahingestellt sein. Der im Vertrag festgeschriebene Begriff »landhausartig« hat wohl auch zu der immer wieder geäußerten Annahme geführt, daß die Soederschen Häuser »Bauernhaus-Charakter« oder zumindest eine Verwandtschaft zu niedersächsischen Bauernhäusern hätten.





Diese Version wird auch nicht dadurch wahrscheinlicher, daß Vorstand und Aufsichtsrat im Jahre 1928 den Streit zweier Mieter um eine Mansarde dahingehend entschieden, daß dem Mieter O. das Giebelzimmer zustehe. Es dürfe aber nur zu Wohnzwecken und nicht etwa als »Wurstekammer« verwandt werden.

Eine ebenso häufig anzutreffende Behauptung, daß die eingeschossige Bauweise der Siedlungshäuser vertraglich oder baupolizeilich vorgeschrieben gewesen sei, ist nicht belegbar. Wenn wiederholt, zuletzt noch am 25.9.1925 von Herrn Römer, dem Leiter der Abteilung Riedwiesen, um Vorlage eines Entwurfs mit einem »ausgebauten ersten Obergeschoß« gebeten wurde, so spricht das gegen eine solche zwingende Auflage. Gestalterische Gründe der Einbettung der Siedlung in das noch unbebaute Gelände erscheinen da viel naheliegender. Bauten mit zwei Vollgeschossen hätten einen städtischen Charakter gehabt, wie spätere Wohnhäuser in der Umgebung der Siedlung zeigen.

Gegen die ausschließliche Vorschrift einer eingeschossigen Bebauung spricht aber auch die Tatsache, daß Soeder in seinen späteren Bebauungsplan-Entwürfen von 1927 und 1929 eine zweigeschossige Flachdach-Bebauung entlang des Juliussteins und nördlich der Straße Am Hange auf dem Südhang des Lindenberg vorgesehen hatte. Die Entscheidung von Vorstand und Aufsichtsrat für den Bau eingeschossiger Häuser im ersten Bauabschnitt fiel bei der Auftragserteilung an Professor Dr. Soeder, also noch vor

dem Abschluß des ersten Erbbau-Vertrages mit der Stadt vom 15.10.1925. Dieser Vertrag enthält keine Bestimmungen über die Geschößzahl der Gebäude. Auch die Bestimmungen der Stadt für die Gewährung von Baukostenzuschüssen machen in dieser Hinsicht keine Auflagen. Für die besonders zu fördernde Flachbauweise war ohnehin eine zweigeschossige Bauweise zugelassen. Wie sehr die Frage der Haus- und Dachform die Baugenossen beschäftigte, geht auch aus einem Schreiben des Mitglieds Nr. 1, Magistratssekretär Bernhard Hartmann, hervor, der dann mit seiner Familie auch in das erste fertiggewordene Haus Riedwiesen 25 eingezogen ist. Er schreibt am 26.10.1925:

Sehr geehrter Herr Probst!

Wie ich gehört habe, soll ich mit dem Soederschen Entwurf nicht einverstanden sein. Gesprächsweise teilte mir Herr Römer mit, daß es vielleicht möglich sei, für unseren Block den anderen Entwurf zu nehmen. Ich nahm selbstverständlich an, daß es auf Ihre und Herrn Soeders Initiative hin zu dieser Änderung gekommen sei. Deshalb war ich auch damit zufrieden, nur um eine weitere Verzögerung des Baues zu vermeiden. Jedenfalls kennen Sie ja meine Ansicht! Für mich bleibt es egal, ob spitz oder stumpf; die Hauptsache bleibt für mich, daß endlich mal angefangen wird, auch mit der Grenzfestsetzung. Wird bestimmt, daß in unserem Block Spitzdächer gebaut werden, so ziehe ich je eher je lieber ein. Wird's anders bestimmt, fange ich auch nicht an zu knurren! Sagen Sie bitte jedem Genossen, der kein spitzes Dach haben will, er möge warten, bis ein stumpfes

Dach gebaut würde und umgekehrt. Dann kann es jeder machen, wie er's will. Nur erst bauen, Mieter finden sich schon. Nun zum Schluß! Könnten Sie nicht veranlassen, daß wenigstens die Straßen des ersten Blocks recht bald abgesteckt würden, damit man wenigstens sich einrichten kann, denn mich werden Sie doch nicht los, ob spitz oder stumpf!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

B. Hartmann

Wenn auch die bisher Soeder zugeschriebene aufgelockerte Bebauungsplanung im Ansatz nicht von ihm stammt, so mindert das seine Gesamtleistung an der Siedlung keineswegs. Er hat sowohl dem Bebauungsplan die für das Siedlungsbild maßgebende Struktur gegeben als auch mit dem Entwurf seiner unverwechselbaren Haustypen ein weithin einmaliges Siedlungsprojekt gestaltet. Gegenüber etwa zeitgleichen, vergleichbaren Siedlungshausentwürfen anderer Bauträger war es ihm gelungen, eine wesentlich besser nutzbare Wohnfläche in den Obergeschossen der Häuser zu erreichen. Der umbaute Raum und die Wohnflächen seiner Entwürfe entsprachen allerdings in ihrer Größe vergleichbaren eingeschossigen Siedlungshäusern mit ausgebautem Dachgeschoß. Die von Soeder gewählte steile Dachneigung des Kehlbalkendaches von 55° und der um 1 m über die Außenwand vorgezogene Fußpunkt der Dachsparren ermöglichte aber kürzere und höher ansetzende Schrägen in den Obergeschossen und damit mehr Stellflächen sowie den Ausbau von Mansarden in einem zweiten Obergeschoß. Sein erster Entwurf vom Mai 1925 lehnte sich in Details durchaus noch an Merkmale herkömmlicher Siedlungsbauten an, zeigte aber bereits die großen Linien und Flächen des Dachkörpers mit dem Querschnitt eines fast gleichseitigen Dreiecks, der beiderseits die Erdgeschoß-Längswände um 1 m überkragte. Dieser Dachkörper ruhte auf einem relativ niedrigen quaderförmigen Erdgeschoß. Diese einheitliche und einfache Grundform der verschiedenen Hauskörper bestimmte das Bild der Siedlung und ihrer Straßenräume. Mit dem dann zur Ausführung gelangten Entwurf für den ersten Bauabschnitt hatte Soeder einen Siedlungshaus-Typ geschaffen, der den Ansprüchen und persönlichen Neigungen der Bewohner, gleich welcher beruflichen und sozialen Herkunft sie auch waren, gerecht werden konnte. Er ermöglichte ein naturnahes Leben in einem Wohnumfeld, das Nachbarschaft und Distanz gleichermaßen gewährte. Städtischer Wohnkomfort in den Häusern verband sich mit den Vorzügen einer Gartenvorstadt, auch wenn

die ersten Bewohner noch längere Zeit auf manche Annehmlichkeiten, die die Stadt bieten konnte, verzichten mußten.

Protokollnotizen beleuchten, wie schon bei der Fasanen-Siedlung, die nicht zu unterschätzende Bedeutung des Verhältnisses zwischen Bauherrn und Bauausführenden:

In der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 12.12.1925 anlässlich der Genehmigung von Bauzeichnungen in allen Details bittet Prof. Dr. Soeder u.a. zur Förderung des Bauens in den Riedwiesen um die Genehmigung, den Polieren von Zeit zu Zeit in »mäßigen Grenzen« Trinkgelder auf Kosten der Genossenschaft verabfolgen zu dürfen. Da dem nichts entgegensteht, erklären sich die Anwesenden damit einverstanden.

Am 8.1.1926 wird die Frage des Richtfestes für die Riedwiesenhäuser diskutiert.

»Es soll voraussichtlich am 23.1. begangen werden. Man ist allgemein der Ansicht, daß auch bei den von der Genossenschaft errichteten Bauten ein solches gefeiert werden müsse, um die Arbeiter bei guter Stimmung zu erhalten und sich keinen eventuellen Schikanen durch diese auszusetzen. Gedacht ist ungefähr an ein Bratwurstessen mit Zugabe von zwei bis drei Biermarken, während für eventuelle weitere Getränke die einzelnen Hausbewohner der acht Häuser in Frage gezogen werden.«

Am 6.2.1926 bittet Herr Blum, »von dem ursprünglich geplanten Bratwurstessen in Anbetracht der Finanzlage der Genossenschaft Abstand zu nehmen und sich damit zu begnügen, den Arbeitern z.B. pro Kopf 1/4 Pfd. Leberwurst und 1/4 Pfd. Gehacktes mit Brot zu verabreichen. Die Getränke bittet er den Bauherren in Rechnung zu stellen. Als Lokal schlägt er das Gasthaus 'Zum Goldenen Stern' in der Wälershäuser Straße vor. Der Antrag wird einstimmig angenommen.«

Für das »Richtfest« beim 3. Bauabschnitt in den Riedwiesen wurde am 18.10.1927 beschlossen, das Fest diesmal in der Gastwirtschaft Mäder abzuhalten und pro Mann ein warmes Essen (bestehend aus Bratwurst, Kartoffeln und Salat, dazu 4 Glas Bier und 1 Cigarre) zu bewilligen. Das würde für den Mann 2.- RM ausmachen. Die einziehenden Genossen sollen aufgefordert werden, einen Mindestbetrag von 5.-RM zu spenden, während der verbleibende Rest auf die Genossenschaftskasse zu übernehmen ist. Der Beschluß wird gleichzeitig auf das demnächst im Fasanen-Siedlungsbau stattfindende Richtfest ausgedehnt.



Der Leiter der »Abteilung auf Riedwiesen« lud anlässlich des Einzugs der ersten Riedwiesen-Einwohner zu einem Fest ein:

Cassel, den 26.7.1926

Aus Anlaß der Fertigstellung der Häuser auf Riedwiesen soll zur Erinnerung an den denkwürdigen Tag am Sonnabend, den 31. Juli 1926, nachmittags fünf Uhr im Meiß'schen Garten und Saal in Cassel-K das erste »Einzugsfest« stattfinden, wozu Sie hiermit freundlichst eingeladen werden.

Für Belustigung der Jugend und Unterhaltung Erwachsener wird bestens gesorgt.

Erbbau-Genossenschaft GmbH
Abteilung Riedwiesen
I.A. Römer

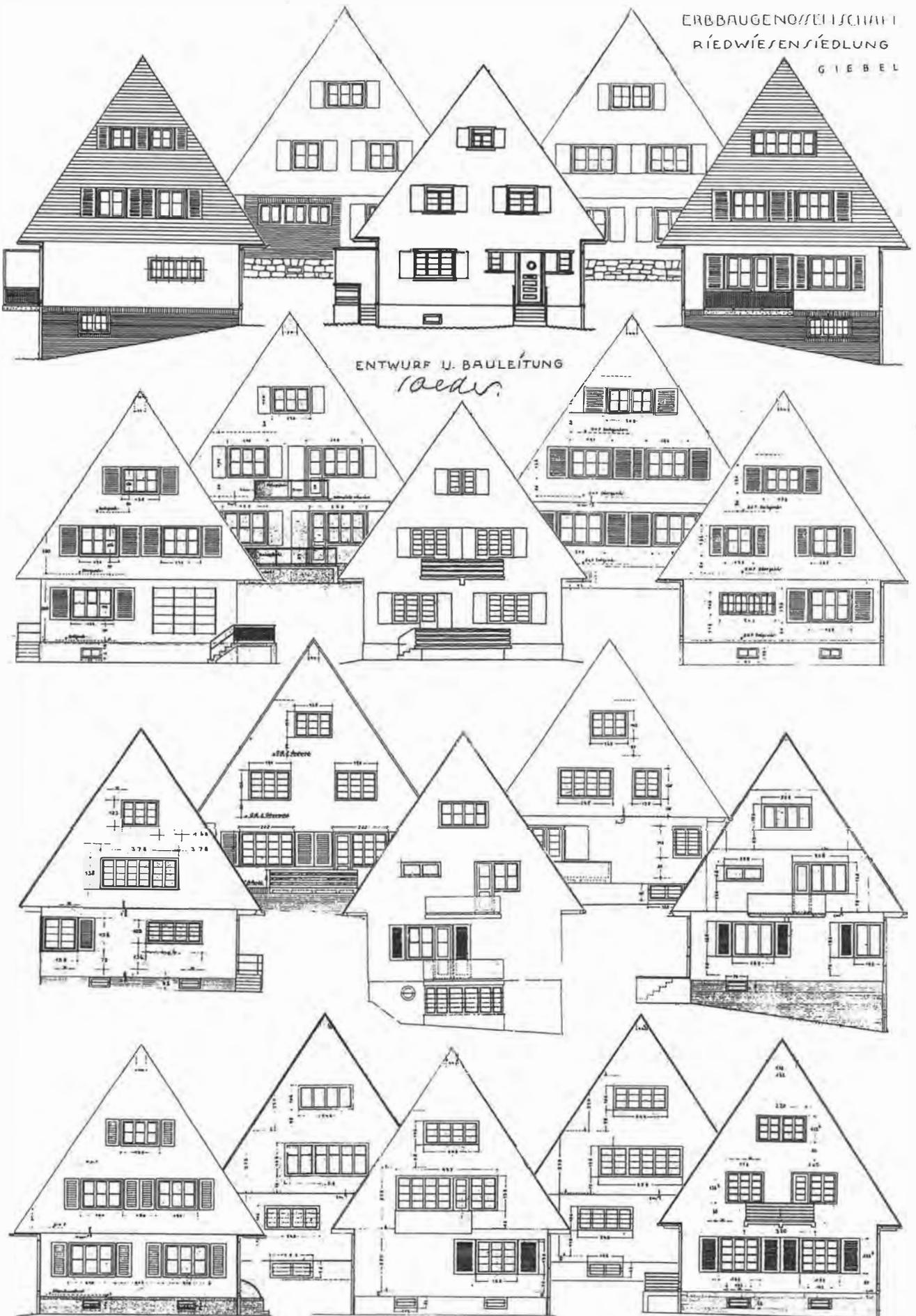
Die Gastwirtschaft Meiß-Glebe befand sich in der Teichstraße 18, etwa gegenüber dem heutigen Postamt. Das Anwesen wurde 1945 zerstört.

Erste Erfahrungen mit dem neuen Haustyp, der Zwang zum Sparen und Sonderwünsche der neu zuziehenden Mieter veränderten bei den folgenden Bauabschnitten auch das äußere Bild der Häuser. Der etwas rustikale Eindruck der ersten Häuser wurde abgelöst durch eine schlichtere Gestaltung, wie sie das »Neue Bauen« der zwanziger Jahre förderte. Größere Fenster machten die Räume heller. Für die verschiedenen Wohnungstypen wurden Standard-Grundrisse entwickelt. Die Einfamilienhäuser erhiel-

ten eine Wohnzelle als zentralen Raum im Erdgeschoß. Es spricht für die Qualität der Grundrißplanung, daß keine wesentlichen Änderungen mehr nötig wurden. Änderungen in den folgenden Bauabschnitten betrafen in erster Linie technische Einrichtungen, die sich nicht bewährt hatten.

Daß Soeders eigene Vorstellungen über das hinausgingen, was Genossenschaft und Mitglieder finanziell leisten konnten, zeigte das von ihm bewohnte Haus Am Hange 21. Es war im zweiten Bauabschnitt gebaut und durch einige Sonderwünsche verändert worden, so daß es nicht mehr in allen Details der Standardausführung entsprach. Es wurde im Krieg leider zerstört. Bilder und Pläne vermitteln aber ein zutreffendes Bild. Vor allem die größeren Fenster mit einsprossigen Flügeln und der zweifarbig gestrichene, waagrecht verbretterte Giebel fallen äußerlich auf.

Detailänderungen in den einzelnen Bauabschnitten, die heute nach jahrzehntelangen Renovierungen und Instandsetzungen häufig nur noch schwer erkennbar sind, betrafen vor allem das äußere Erscheinungsbild der Häuser. Schon beim ersten Bauabschnitt mußte Soeder aus Kostengründen (RM 500,- je Haus) von der von ihm favorisierten Biberschwanz-Dachdeckung zugunsten der Hohlpannendeckung abgehen. Diese wurde auch weiterhin mit ihrer starken Strukturierung der Dachflächen beibehalten und bald als typisch angesehen.



Die wichtigsten Änderungen an den Fassaden der Häuser betrafen das Sockelmauerwerk, Giebel- und Traufenvorsprünge, die Hauseingänge und die Balkone. Am deutlichsten wird die Variationsbreite an den Giebelseiten mit ihren unterschiedlichen Fenstergrößen und -anordnungen, ihren Flügel- und Sprossenteilungen. Die Balkone hatten halbrunde oder rechteckige Grundflächen und Brüstungen aus Holz, Welldrahtgittern, Blech oder Beton. Alle diese Varianten blieben nicht nur auf jeweils einen Bauabschnitt beschränkt. Einen Eindruck von dieser Vielfalt gibt die Übersicht (auf der vorhergehenden Seite) über die wichtigsten von mehr als 25 Varianten.

Zu den äußeren Veränderungen an den Häusern kamen im Inneren die auf zahlreiche Sonderwünsche der Mieter zurückgehenden Änderungen, deren Kosten die Mieter allerdings selbst tragen mußten. Diese Wünsche betrafen vor allem den Einbau zusätzlicher Mansarden oder Kammern, zusätzliche elektrische und sanitäre Installationen, verbesserte Warmluftheizungen und Wrasenfänge über den Küchenherden. Die Aufwendungen waren natürlich ganz unterschiedlich hoch, betragen aber durchschnittlich RM 1 400,-. Daß trotz der zahlreichen äußerlichen Unterschiede, oft von Haus zu Haus, das einheitliche Siedlungsbild entstehen konnte, spricht für die Ausdruckskraft der Gesamtkonzeption.

Mit fortschreitender Bebauung des Siedlungsgeländes, die im wesentlichen kontinuierlich von Osten nach Westen erfolgte, gewann die Kombination von Häusern mit unterschiedlichen Wohnungsgrößen an Bedeutung. Dadurch entstand eine auch von dem Zufluß der Finanzierungsmittel abhängige Durchmischung der Bebauung, die zugleich auch eine gesunde soziale Komponente hatte.

Die zeitweise günstigen Finanzierungsmöglichkeiten der Jahre 1927 und 1928 ließen eine erhebliche Stei-

gerung der Bauleistungen zu. So konnten in den dabei betroffenen Bauabschnitten 2 bis 4 insgesamt 77 Häuser mit 102 Wohnungen fertiggestellt werden. Der Baubestand entwickelte sich in den Jahren 1926 bis 1939 mit den Bezugsjahren wie folgt (siehe untenstehende Tabelle):

Durch bauliche Teilung von 10 Einfamilienhäusern in den Jahren 1933 bis 1936 verringerte sich der Bestand an Einfamilienhäusern auf 65 und erhöhte sich bei den Zweifamilienhäusern auf 29, die Gesamtzahl der Wohnungen damit auf 148. Die Bauzeit der Häuser betrug im allgemeinen nur 5 bis 6 Monate. Je nach Baubeginn konnte dann der Einzug der Mieter auch in die Wintermonate Dezember/Januar fallen.

Die starke Inanspruchnahme aller Beteiligten, schlechte Arbeiten, technische Mängel, vom Vorstand nicht genehmigte Sonderwünsche der Mieter und häufige Terminüberschreitungen belasteten das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Architekt mit gegenseitigen, meist fruchtlosen Schuldzuweisungen.

Dabei gelang es jedoch immer wieder, durch Vereinfachungen und geänderte Ausführungen die Baukosten trotz ständig steigender Lohn- und Materialkosten in Grenzen zu halten. Die Gestehungskosten (ohne Grundstückskosten) entwickelten sich für die verschiedenen Wohnungstypen innerhalb der Bauabschnitte 1 bis 6 wie folgt:

bei Einfamilienhäusern
von RM 22 600,- auf maximal RM 25 300,-
bei Zweifamilienhäusern
von RM 13 600,- auf maximal RM 18 000,-
bei Vierfamilienhäusern
von RM 13 100,- auf maximal RM 15 800,-
Dabei waren die höchsten Kosten im Jahre 1928 zu verzeichnen.

Die zahlreichen Änderungen infolge notwendiger Einsparungen führten aber immer wieder zu neuen

Bauabschnitt R 1	1926	8	Einfamilienhäuser		mit 8 Wohnungen
Bauabschnitt R 2/3	1927	44	Einfamilienhäuser;	12 Zweifamilienhäuser;	mit 77 Wohnungen
		2	Vierfamilienhäuser		
Bauabschnitt R 4	1928	15	Einfamilienhäuser;	3 Zweifamilienhäuser	mit 25 Wohnungen
		1	Vierfamilienhaus		
Bauabschnitt R 5	1929	5	Einfamilienhäuser;	3 Zweifamilienhäuser	mit 15 Wohnungen
		1	Vierfamilienhaus		
Bauabschnitt R 6	1930	3	Einfamilienhäuser;	1 Zweifamilienhaus	mit 5 Wohnungen
Bauabschnitt R 7	1940	2	Vierfamilienhäuser		mit 8 Wohnungen
insgesamt		75	Einfamilienhäuser;	19 Zweifamilienhäuser	mit 138 Wohnungen
		6	Vierfamilienhäuser		

nur das ausgeführte Kernstück eines größeren, geschlossenen Siedlungsgebietes. Es sollte mit drei, zumindest nach der Dachform deutlich voneinander unterscheidbaren Haustypen und in sich klar abgegrenzten Teilen ein geschlossenes Bild bieten. Dabei war die aufgelockerte Bebauung das gemeinsame Grundprinzip. Wenn man sich die bis in die Gegenwart fortgesetzte Allerwärtsbebauung, die sich an die Soedersche Siedlung nach allen Seiten anschließt, betrachtet, zieht man sich gerne in deren innen und außen wohlgestaltete Geborgenheit zurück.

Daß die Eigenwilligkeit von Formen und Farben auch für hämischen Spott Außenstehender sorgte, haben die »Ureinwohner« mit Gelassenheit getragen. Einer der Ansatzpunkte für den Spott, der u.a. auch manche Kasseler Familie zu einem Sonntagsausflug in das »Negerdörfchen« führte, war die Farbgebung der Häuser. Diese Frage hatte die Mieter selbst nicht weniger stark als die umstrittenen Sprossenfenster beschäftigt. Es ist heute schwierig, aus den vielen vorliegenden, aber zum Teil widersprüchlichen Angaben ein in den Einzelheiten zutreffendes Bild von der Farbgebung der Siedlung zu zeichnen. Man muß dabei davon ausgehen, daß die Häuser zunächst noch auf kahler, offener Fläche standen und vorerst auch nur mit kräftigen Farben Leben in das Bild gebracht werden konnte und sollte. Das Grundkonzept sah einfarbige Hauskörper mit dazu kontrastierenden Farben der Fensterläden, -rahmen und Haustüren vor. Die Fenster waren farbig so abgesetzt, daß die Rahmen den gleichen Farbton wie die Schlagläden hatten. Nur die Flügel selbst waren weiß gestrichen. Dadurch hoben sich die leicht wirkenden Fenster deutlich vom Putz ab. Diese Lösung ist bei den heutigen Isolierglasfenstern mit ihren breiten Holzprofilen nicht mehr möglich, so daß der ursprüngliche Eindruck der Soederschen Fenster nicht mehr erhalten werden konnte: ein Preis, der für die Energiesparmaßnahmen zu zahlen ist. Die Giebeldreiecke, deren Mauerwerk meist um zwei Zentimeter vorsprang, sollten im Ton dunkler gehalten werden, um das Dreikantprisma des Dachkörpers besonders zu betonen.

In diesem Zusammenhang ist eine immer wieder als Besonderheit der Soederschen Farbgebung der Hausfassaden angeführte »Sensation« hier richtig zu stellen. Der an den ersten Häusern in den Farben unterschiedliche Anstrich der Giebel und Längsseiten war durch ein Mißverständnis von Herrn Probst angeordnet worden. Er hat diese Tatsache und die Notwendigkeit eines Neuanstrichs von drei Giebeln, für den dann RM 100,- bewilligt wurden, bereits in

der Versammlung der Riedwiesen-Baugenossen am 12. Juni 1926 mitgeteilt.

Als Hausfarben waren jeweils für einzelne Straßenzüge oder auch nur Hausgruppen einheitliche Farben vorgesehen. Dieses Konzept ist zweifellos nicht konsequent durchgehalten worden. Soeder hatte sich selbst anfangs schon gegen zu dunkle Farben gewandt, die sich zudem als nicht lichtecht erwiesen. Die Wahl hellerer Töne brachte wegen zu geringer Wetterbeständigkeit zunächst auch keine befriedigenden Ergebnisse wie auch die Verwendung bereits eingefärbten Terranova-Putzes. So war im Laufe weniger Jahre bereits ein ziemlich uneinheitliches Bild entstanden, an dem die Wünsche der Mieter nicht unbeteiligt waren.

Soeder hatte aber auch den Mietern seinen Rat für die Innenanstriche der Wohnungen angeboten. Gelegentlich treten heute bei Renovierungen die zumeist überraschend dunklen, erdigen Farben wieder zutage. Von seinem eigenen Haus ist die Beschreibung seines Wohnzimmers überliefert: Wände farbiges Weiß, Fußboden Oregon farblos lackiert, Einbaumöbel in hellrotem Schleifack und hellblaue Baumwollrips-Bezüge.

Ein weiteres wichtiges Element des Siedlungsbildes waren die Anpflanzungen. Im zweiten Nachtrag zum Erbbauvertrag war die Bepflanzung des gesamten Siedlungsgeländes mit Obstbäumen nach einem Plan der Stadtverwaltung gefordert worden.

Die tatsächliche Bepflanzung beiderseits der Straßen erfolgte mit Hängebirken, nur auf der Südseite der Straße Am Hange mit Pappeln. Diese schnellwachsenden Bäume mit ihrer geringen Verschattung wuchsen bald über die Dächer hinaus und milderten so deren scharfe Konturen. Sie leisteten aber auch einen wichtigen Beitrag zur Bodenentwässerung und Verbesserung des Kleinklimas, das in den ersten Jahren noch stark durch Frühnebel bestimmt wurde. Die elektrischen Freileitungen erforderten aber immer wieder einen starken Rückschnitt und damit zum Teil eine Verstümmelung oder gar Beseitigung von Bäumen.

Wesentlicher Bestandteil des Lebens in der Siedlung waren die Gärten und die Bäche. Soeder hatte für die ersten vier Doppelhäuser Gartenpläne entworfen. Ihre etwas schematisch anmutende Aufteilung in Zier- und Nutzgartenteile sowie Rasen- und Bleichplätze entsprach aber durchaus den damaligen Bedürfnissen und diente der Selbstversorgung mit



Obst und Gemüse. Zunächst mußten die Siedler sich aber einer Wühlmausplage erwehren. Nach der Rodung des Strauch- und Buschgeländes am Hange waren die Mäuse nach Süden vorgedrungen und bevölkerten die Gärten noch bis weit in die dreißiger Jahre hinein.

Die beiden Bäche Diedichsborn und der von der Prinzenquelle her kommende Riedwiesenbach durchziehen die Siedlung in offenen Gräben. Sie dienen einerseits der Entwässerung des Geländes, führen das Regenwasser der Dächer ab und waren seit jeher begehrte Wasserspender für die anliegenden Gärten. Daß sie den Kindern ein reiches Betätigungsfeld, nicht immer zur Freude der Erwachsenen, boten, versteht sich. Das zeigt auch der Brief des Vorstandes vom 23.7.1930 an Herrn H.:

»In der Zeit vom Sonnabend, dem 19. Juli, bis Montag morgen, dem 21. Juli, sind auf der neuen Baustelle in der Riedwiesenstraße Ziegelsteine in die neubauten Schornsteine geworfen und das Wasser des vorbeifließenden Wassergrabens in den Bau geleitet worden. Der dadurch angerichtete Schaden ist sehr groß und muß von der Genossenschaft getragen werden.

Wie wir wiederholt feststellten, ist auch Ihr Sohn auf der Baustelle angetroffen worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Betreten derselben allen

Nichtbeteiligten strengstens untersagt ist. Sie werden es als Bauhandwerker besonders verstehen, wie schwer die Genossenschaft unter solchen Schäden zu leiden hat. Wir bitten doch, dafür zu sorgen, daß Ihr Sohn, der einer der Hauptanführer ist, sich der Baustelle fernhält. Sollte er trotzdem dort wieder angetroffen werden, müssen wir Sie für den angerichteten Schaden haftbar machen.

Mit freundlicher Begrüßung«

Wie schon in der Fasanenhof-Siedlung waren die in der Satzung vorgesehenen Kleintierställe auch in den Riedwiesen nicht gebaut worden. Die wenigen Anfragen hierzu lassen auch kein besonderes Interesse dafür erkennen. Dafür entstanden aber sehr bald und sehr zum Ärger von Soeder zahlreiche wilde Zubauten in Form Lauben und Schuppen. Wenn diese auch nicht »anrühlich« waren, so störten sie doch das Bild der Siedlung erheblich. Darüber ließe sich auch heute rasonieren.

Die Stadtwerke führten ihre elektrischen Leitungen für die Hausversorgung und die Straßenbeleuchtung als Freileitungen entlang der Straßen, zwischen den Häusern und über die Grundstücke an Masten. Die Reichspost verfuhr mit ihren Fernsprechleitungen in gleicher Weise auf kürzestem Wege durch die Gärten. Als dann Mieter noch Masten für Radio-Hochantennen setzten, war wohl die Grenze des Zumut-

baren für die Siedlung erreicht, so daß die Stadtverwaltung die Errichtung weiterer Antennenmasten untersagte. Ähnliche Bedenken gab es aber offensichtlich einige Jahre später nicht mehr, als zahlreiche Fahnenmasten in den Gärten »sprossen«.

Für den Ausbau der Straßen hatte sich die Stadt nur für einen Teil der Riedwiesenstraße verpflichtet. Alle übrigen Straßenbauarbeiten gingen zu Lasten der Genossenschaft. Die hierfür aufzubringenden Mittel belasteten sie auf Jahre hinaus erheblich. Zur Ausführung gelangten in unterschiedlichen Abschnitten der einzelnen Straßen Kopfsteinpflaster, geteerte und wassergebundene Decken. Dabei wichen die endgültigen Straßenhöhen zum Teil erheblich von der Höhe des angrenzenden Geländes ab, wodurch die Hauszugänge erschwert wurden.

Das meist ungeliebte Kopfsteinpflaster bietet auch künstlerische Aspekte, wie hier Am Diedichsborn.



Die Straßennamen waren nach Umfragen bei einschlägig »vorbelasteten« Mitgliedern und unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde, Zolldirektor Woringen, der Stadt vorgeschlagen worden. Sie verwendeten dabei alte Flurbezeichnungen. Für den Diedichsborn gab es unterschiedliche Schreibweisen in den alten Flurkarten. Da der Name Dietrichsborn, -bronn und

-brunn wiederholt auftaucht und wahrscheinlich der ursprüngliche ist, gab es einen Spötter, der meinte, daß »Diedich« wohl das Wortprodukt eines zahnlosen Magistratsbeamten sei. Für den Juliusstein war zunächst entsprechend der früheren Nutzung des Geländes der Name »Fohlenwiese« und von Soeder der Name »Husarenwiese« vorgeschlagen worden. Der Name Juliusstein bezieht sich auf den ehemaligen, gleichnamigen Landsitz des Ministers und Oberkammerherren am Hofe des Landgrafen Wilhelm IX., Julius Jürgen von Wittorf (1714-1800), den dieser sich nördlich des Neuen Wasserfalls gebaut hatte. Wegen seiner besonderen Verdienste um Kirchditmold und seiner Kirche hatte ihm der Landgraf einen eigenen Stand für seine Familie in der Kirche genehmigt.

Die gesamte Verwaltungsarbeit der Genossenschaft mußte in diesen so arbeits- und entscheidungsreichen Jahren bei wechselnder personeller Zusammenset-

zung der Gremien ehrenamtlich gegen eine »Taschengeld-Vergütung« erledigt werden. Ein erstes Büro wurde 1928 zunächst in einem Nebenraum des Schäferschen Geschäftes Am Hohen Rod 18 mit einer Schreibkraft eingerichtet. Daß dieser Raum in den Plänen als »Trinkstube« bezeichnet war, findet seine beruhigende Erklärung darin, daß bei Gebäuden, für die das Reich Darlehen gewährte, Räume, in

denen geistige Getränke verkauft oder ausgeschenkt wurden, entsprechend bezeichnet werden mußten. Das traf bei Herrn Schäfer als Schwerkriegsbeschädigtem zu. Honi soit, qui mal y pense!

Daß das Geschäft dennoch schon bald zu einer Ermahnung an Herrn Schäfer Anlaß gab, zeigt ein Schreiben vom August 1928:

»Es sind Klagen laut geworden, daß Ihr Verkaufsraum übermäßig in Anspruch genommen wird von Nichtkäufern. Da sich unsere Damen belästigt fühlen, bitten wir um Abstellung des Übelstandes.«

Mit Fertigstellung des vierten Bauabschnittes 1928 konnte endlich die Geschäftsstelle mit einem Geschäfts- und einem Sitzungszimmer im Hause Geröderweg 30 bezogen werden.

Eine ernste Krise für die Zusammenarbeit in den Verwaltungsorganen und im Verhältnis zu den Mitgliedern trat mit dem unerwarteten Konkurs der Baufirma Friedrich, die an mehreren Baustellen beschäftigt war, im Sommer des Jahres 1929 ein. Wegen des finanziellen Verlustes für die Genossenschaft kam es zum Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden Probst. Bereits im Vorjahr waren einige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wegen Überlastung zurückgetreten. Als Probst im Mai 1930, persönlich verbittert, sein Vorstandsamt niederlegte, hatte er bis dahin eine kaum abzuschätzende Leistung vollbracht. Seiner Initiative und Beharrlichkeit waren das Wagnis der Gründung der beiden Siedlungen, die Erbbauverträge für die Baugrundstücke und die Veranlassung von Straßen- und Kanalbau zu verdanken.

Mit 160 Wohnungen in 107 Häusern waren bereits 87 % der 183 Wohnungen und 95 % der 113 Häuser erbaut, die die Genossenschaft bei Beginn des Zweiten Weltkrieges besaß.

Im gleichen Monat verstarb völlig unerwartet der Aufsichtsratsvorsitzende Landesrat Hebel, der in knapp zwei Jahren seiner Tätigkeit die Konsolidierung der Hausbewirtschaftung maßgeblich bestimmt hatte. Der nachfolgende Vorstandsvorsitzende, Herr Heide, mußte unter diesen Umständen eine schwere Verantwortung mit der Führung der Geschäfte übernehmen.

In den Jahren 1933 bis 1936 wurden zehn Einfamilienhäuser mit Reichszuschüssen in Zweifamilienhäuser mit abgeschlossenen Kleinwohnungen umgebaut.

Mit diesen Baumaßnahmen konnte Mitgliedern geholfen werden, die sonst aus finanziellen Gründen ihre Häuser hätten aufgeben müssen. In weiteren neun Einfamilienhäusern wurde durch Einzelmaßnahmen, wie Bodenausbau zu Mansarden, eine Wohnraumvergrößerung erreicht, die Untervermietungen ermöglichte. Diese Veränderungen im Wohnungsbestand sind vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen Notlage vieler Familien zu sehen, die zu zahlreichen Wohnungswechslern führte. Diese hatten mit 18 im Jahre 1934 und 16 im Jahre 1935 ihre Höhepunkte erreicht. Das letzte große Bauvorhaben vor dem Kriege war neben dem Bau einiger Garagen der Bau der Häuser Riedwiesen 43 und 45 mit insgesamt acht Dreizimmerwohnungen in den Jahren 1939 und 1940. Entwurf und Bauleitung lagen bei dem Architekten Stöhr. Der Bau glich sich trotz der Überlänge in Form und Gestaltung dem Stil der Riedwiesen-Siedlung an. Die Fertigstellung verzögerte sich infolge Materialknappheit. So mutet es auch wie ein Kuriosum an, daß wegen fehlender Fußbodendielen Parkettfußböden eingebaut werden mußten.

Als Professor Dr. Soeder 1932 Kassel verließ, um einer Berufung an die Düsseldorfer Kunstakademie zu folgen, hinterließ er mit der Riedwiesen-Siedlung ein städtebauliches Werk, das weit über Kassel hinaus vielfache Beachtung gefunden hatte. Nur in Kassel ging man zur Tagesordnung über. In einem Falle hatte der Haustyp aber in Kassel Anklang und einen Nachfolger gefunden, als Soeder einem Kasseler Buchhändler im Jahr 1928 am Kuhberg ein Wohnhaus im gleichen Stil, allerdings ohne die großen Dachgauben, baute.

8. Finanzierung und Ertrag

Neben der Grundstücksbeschaffung war die Finanzierung der Bauvorhaben das wichtigste Problem. Den Ablauf der Finanzierung der einzelnen Bauabschnitte zu schildern, ist hier nicht möglich. Insgesamt und durchgehend ist diese Phase des Baues unserer Siedlungen gekennzeichnet durch die Schwierigkeiten, Geld zu tragbaren Bedingungen zu beschaffen. Wechselnde Geldmarktsituationen, zeitraubende Bearbeitungsabläufe bei den bewilligenden Behörden mit der Folge, teure Zwischenkredite in Anspruch nehmen zu müssen, erschwerten die Lage. Hinzu kam das ständige persönliche Verantwortungsrisiko der in Finanzdingen durchweg unerfahrenen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.

Durch die Inanspruchnahme der Hessischen Heimstätte als Treuhänder begab sich die Genossenschaft zwar in gewisser Weise der völligen Selbständigkeit in finanzieller Hinsicht, gewann dafür aber einige Sicherheit.

Bereits im Jahre 1919 war die Genossenschaft der Casseler Wohnungsfürsorge GmbH beigetreten, aus der in den dreißiger Jahren die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel (GWG) hervorgegangen ist. Sie war aufgrund des Wohnungsgesetzes vom 28.3.1918 von Stadt, Staat, Landesversicherungsanstalt, Hessischer Heimstätte, verschiedenen Unternehmen, Baugenossenschaften und -gesellschaften sowie Privatpersonen gegründet worden. Ihre gemeinnützige Aufgabe war laut Satzung die Förderung der Beschaffung von gesunden und zweckmäßig eingerichteten Wohnungen für minderbemittelte Familien und Personen zu billigen Preisen in eigens zu diesem Zweck angekauften oder errichteten Häusern. Die Förderung bestand anfangs in der Bedarfsermittlung für Baumaterial und dessen Beschaffung, durch die man die Baupreise im Vergleich zu anderen Städten niedrig halten konnte. Hinzu kam im Auftrage der Stadt eine bevorzugte Unterbringung von Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Weitere wichtige Aufgaben waren die Bereitstellung von Grund und Boden sowie die Bereitstellung und Zuteilung von Zuschüssen der öffentlichen Hand wie zum Beispiel Bauübersteuerungszuschüssen oder Hypotheken. Von den insgesamt 73 Gesellschaftern waren 11 Baugenossenschaften. Sechs von diesen waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg tätig. Trotz zahlreicher Neugründungen und Zusammenbrüche nach den beiden Kriegen sind heute 7 Baugenossenschaften in Kassel tätig. Diese haben zusammen rund 8 400 Mitglieder und bewirtschaften 6 300 Wohnungen. Mit etwas mehr als 300 Mitgliedern und 223 Wohnungen ist unsere Genossenschaft eine der kleinsten. Sie verwaltet 3,5 % des genossenschaftlichen Wohnungsbesitzes in Kassel. Seit dem Jahre 1925 gehörte die Genossenschaft dem Verband der Baugenossenschaften von Hessen-Nassau an, der damals seinen Sitz noch in Kassel hatte. Aus ihm ging später der Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt a. M. hervor. Ihm gehört die Genossenschaft noch heute an. Er übernahm die wohnungswirtschaftliche Beratung und die durch das Genossenschaftsgesetz vorgeschriebenen gesetzlichen Prüfungen.

Die Eigenmittel der Genossenschaft, d. h. in erster Linie die Geschäftsanteile der Mitglieder, waren durch

die Inflation angesichts der Bauvorhaben zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen. Ihr zu langsames Anwachsen und zu erwartende Mieterhypotheken und -darlehen konnten den Kapitalbedarf nicht annähernd decken. Im Jahre 1924 war u.a. zur Förderung der Neubautätigkeit das Hauszinssteuer-Gesetz erlassen worden. Damit sollte die Kapitalbeschaffung und der Zinsendienst erleichtert werden. Die Mittel wurden als nachstellige Hypotheken zur Verfügung gestellt, während die Mittel des freien Kapitalmarktes als erststellige Hypotheken rangierten.

Die Bewilligung der Hauszinssteuer-Hypotheken konnte bei unterschiedlichen Finanzierungsmodellen für die Bauvorhaben nach verschiedenen prozentualen Anteilschlüsseln erfolgen. Das Aufkommen aus dieser Steuer kam aber nicht, wie von der Wohnungswirtschaft immer wieder gefordert, ausschließlich dem Wohnungsbau zugute.

Für die Genossenschaft betrug im Jahre 1934, d.h. nach Fertigstellung aller Bauten (außer Riedwiesen 43/45) der Nominalbetrag der Verbindlichkeiten aus Fremdmitteln RM 2 697 057,35. Diese setzten sich wie folgt zusammen:

Zwölf I.Hypotheken	45,0 %
Zinsen im Mittel	6,0 %
Zehn Arbeitgeberdarlehen	11,0 %
Zinsen im Mittel	4,7 %
Hauszinssteuer-Hypotheken	33,5 %
Zinsen im Mittel	1,0 %
Zusatzhypotheken	2,5 %
Zinsen im Mittel	3,6 %
Vierzehn sonstige Hypotheken	1,5 %
Zinsen im Mittel	6,0 %
46 Mieterdarlehen	6,5 %
Zinsen im Mittel	5,5 %

Hinzu kam noch eine Verbindlichkeit gegenüber der Hessischen Heimstätte zu 6 % Zinsen.

Zunächst waren die der Finanzierung der Bauvorhaben zugrunde gelegten Baukosten nach Erfahrungssätzen für den Kubikmeter umbauten Raum und die Angebotspreise der Unternehmer, die diese nach Bauzeichnungen im Maßstab 1 : 100 ermittelt hatten, in der Kalkulation angesetzt worden. Angesichts des Auseinanderklaffens dieser Preisannahmen wurden detaillierte Ausschreibungen zu festen Preisen für Lohn und Material unumgänglich. Wegen dieser allgemein zu beobachtenden Mißstände hatte der Preußische Minister für Volkswohlfahrt im November 1925 die Kommunen aufgefordert und den Siedlungsgesellschaften empfohlen, für den Wohnungs-

bau feste Preise zu vereinbaren. Die Bauarbeiterlöhne waren im Jahre 1925 im Gegensatz zu denen anderer Berufsgruppen unverhältnismäßig stark gestiegen und hatten das ganze Lohn-Preisgefüge beeinflusst. Aus der Inflationszeit rührte noch eine Lohnklausel her, mit der die Unternehmer noch während der Bauausführung Lohnsteigerungen nicht verhindern konnten.

Weitere Unsicherheitsfaktoren waren die Erbbauzinsen, die mit jedem Nachtrag zu den Erbbauverträgen von der Stadt Kassel, die damit dem Beispiel anderer Gemeinden folgte, erhöht wurden. Diese stiegen von RM 0,10 im Jahre 1925 bis auf RM 0,20 pro m². Erst auf dringlichen Antrag der Genossenschaft wurden sie dann einheitlich im Jahre 1932 auf RM 0,15 pro m² festgelegt. Unsicher blieb lange Zeit auch die Höhe der Anliegerkosten. Auch die Bewilligung der Hauszinssteuer-Hypotheken unterlag Änderungen. Sie sanken von zunächst RM 7 000,- je Wohnung auf RM 4 000,- im Jahre 1927. Der Zinssatz stieg dagegen von 0 % auf 3 %.

So ist es bei all diesen Unwägbarkeiten nicht verwunderlich, daß die vor Baubeginn kalkulierten Gestehungskosten immer wieder überschritten wurden und zusätzliche Finanzierungsmittel in Anspruch genommen werden mußten. Der Zwang, preisgünstig zu bauen, um überhaupt zu tragbaren Mieten zu kommen, veranlaßte einerseits die Architekten, durch Vereinfachungen in der Bauausführung die Teuerungen nach Möglichkeit aufzufangen, und andererseits Vorstand und Aufsichtsrat zu einer rigorosen Vergabep Praxis. Es wurden durchweg Firmen beauftragt, die auf die Angebote der Bieter mit den niedrigsten Preisen eingingen. Dieses Verfahren ließ aber die ausführenden Firmen versuchen, bei Lohn und Material mit allen Mitteln Kosten zu sparen. Wie nicht anders zu erwarten, waren Ärger und zum Teil auch erhebliche spätere Nachkosten die Folge.

Bis zum Abschluß der jeweiligen Baumaßnahmen wechselten neben den Geldmarktbedingungen und den Kostenfaktoren auch die Richtlinien für die Zuschußgewährung durch die öffentliche Hand. Zunächst galten noch die Bestimmungen von 1918 für die Mietfestsetzung durch die Stadt. Danach errechnete sich die Miete aus dem Produkt des Rauminhaltes des Hauses mit dem Einheitspreis der Miete für den Kubikmeter. Grund- und Bodenkosten sowie alle Nebenkosten des Baues waren eingeschlossen.

Auf Verlangen der Stadt mußten ab 1.10.1927 für die

Wohnungen des ersten Bauabschnitts 130 % der Friedensmiete (d.h. der Miete, die vor 1914 maßgebend war) angesetzt werden. Die Stadt hatte gegenüber der Regierung die Verpflichtung übernommen, keine höheren als die Friedensmieten zuzulassen. Eine Überteuerung mußte sie gegebenenfalls bezuschussen. Ab 1.1.1928 betrug die Mieten dann für eine Zweizimmerwohnung RM 40,-, für eine Dreizimmerwohnung RM 57,- und für eine Vierzimmerwohnung RM 75,-. Der Einheitspreis an Miete wurde von gleichartigen, bezuschußten Häusern übernommen. Wenn das nicht möglich war, wurde die 1914 für vergleichbare Wohnungen erhobene Miete zugrunde gelegt und mit einem von Fall zu Fall von der Stadt festgelegten Zuschlag berechnet. Für Gärten mußten Zuschläge erhoben werden, die den tatsächlichen Kosten entsprachen. Dieses umständliche Verfahren wurde im Laufe der Zeit durch die sogenannte Kostenmiete ersetzt.

Die endgültigen Bauabrechnungen, wechselnde Finanzierungsbedingungen und oft zunächst ungeklärte Umlage- und Nebenkostenabrechnungen erforderten wiederholte Mietnachberechnungen mit der Folge steigender Mietkosten gegenüber den beim Einzug erhobenen vorläufigen Nutzungsentgelten.

Es war das Verdienst des Landesrates Hebel, in den anderthalb Jahren seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat eine Reorganisation und Konsolidierung der gesamten Finanzwirtschaft der Genossenschaft herbeigeführt zu haben. Auch in der kritischen Situation des Jahres 1930, in dem eine Überzahlung des im Vorjahr in Konkurs gegangenen Bauunternehmers Friedrich offenbar wurde und zum Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden Probst führte, hatte er souverän und sachkundig die Belange der Genossenschaft vertreten. In der Hauptversammlung dieses Jahres konnte er die über den effektiven Verlust von knapp RM 5 000,- aufgebrauchten Gemüter schließlich, wenn auch nicht überzeugen, so doch beruhigen. Nach seinem unerwartet frühen Tod im Jahre 1930 konnte die Genossenschaft auf der Grundlage eines geordneten Finanzwesens weiterarbeiten. Die Unterlagen für die noch anstehenden Mietberechnungen fanden sich in seinem Nachlaß.

Bei den Mieterhöhungen des Jahres 1930 stiegen die Mieten nach längeren Verhandlungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat über die Kostenmieten beim vierten Bauabschnitt in den Riedwiesen für

Einfamilienhäuser auf ca. RM 148,- bis RM 172,- je nach Größe und Finanzierung

Vierzimmerwohnungen auf ca. RM 94,- bis RM 96,-
Dreizimmerwohnungen auf ca. RM 72,-
Das entsprach einer durchschnittlichen Erhöhung um
ca. RM 20,- im Monat.

Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wurden diese erhöhten Mieten zu einer erheblichen Belastung für viele Mieter. In den Folgejahren kam es immer häufiger zu größeren Mietrückständen. Die Genossenschaft versuchte durch Stundungen und zeitlich befristete Mietnachlässe, Härten zu mildern. Bei den wirtschaftlich vielfach schlechter gestellten Mitgliedern am Fasanenhof war schließlich bei fortschreitender wirtschaftlicher Talfahrt die Kostenmiete generell nicht mehr durchzusetzen. Entsprechend eines vom Vorstand bewilligten Kostenrahmens wurden auf Antrag und nach Abschätzung der tatsächlichen Notlage Mietnachlässe gewährt für

1. Arbeitslose und andere zufällig ohne eigenes Zutun vorübergehend in Not Geratene,
2. solche, denen aus sozialen Gründen (viele Kinder usw.) Nachlässe zu gewähren waren,
3. solche, die sich dauernd in schwieriger Wirtschaftslage befinden, und
4. Mieter in schwer vermietbaren Wohnungen.

Aus heutiger Sicht mögen die oben angegebenen Mieten sehr niedrig erscheinen. Für Beamte galt lange Zeit als Richtlinie, daß 25 % des Einkommens als Wohnungsmiete zumutbar waren. Bei einem Monatseinkommen eines mittleren Beamten von circa RM 400,- war diese Grenze schnell erreicht. Aber auch höhere Beamte und Angehörige vergleichbarer Berufsgruppen gehörten sehr bald zu den in Verzug geratenen Mietern. So nahm die Zahl der Wohnungswechsel aus wirtschaftlichen Gründen schnell zu und erreichte mit achtzehn im Jahre 1934 einen Höchststand.

9. Das Leben in den Siedlungen

Das Werk von Bauherm und Architekten zu beurteilen, unabhängig von aller Fachkritik, bleibt letztlich den Nutzern überlassen, den Menschen, für die es geschaffen wurde. Ob Planung und Gestaltung ihren Bedürfnissen und Wünschen entsprechen, zeigt sich darin, ob sie das Ergebnis der Not gehorchend nur hinnehmen oder es annehmen und das Werk mit Leben erfüllen und an seiner Vervollkommnung freudig mitwirken. Die Erfüllung ihrer Erwartungen, bei gebührender Berücksichtigung der wirtschaftlichen

und technischen Möglichkeiten, ist der Prüfstein dafür, ob auch neue Wege zu diesem Ziel geführt oder nur der Selbstverwirklichung der Planer gedient haben.

Bei der Bewertung unserer Siedlungen muß man auch auf deren Vorgeschichte zurückblicken. In den ersten Jahren nach der Gründung der Genossenschaft war unter dem Druck einer scheinbar aussichtslosen Wohnungsnot die Hoffnung auf eine nicht nur ausreichende, sondern auch gute Wohnsituation sicher größer, als es eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten zuließ. Durch die vielfältigen Schwierigkeiten, die einen Baubeginn immer weiter hinaus-schoben, ja mit der Inflation fast zunichte machten, hatten viele Mitglieder ihr Bauinteresse verloren. Auch die allmähliche wirtschaftliche Stabilisierung mit ihrer Aufbruchstimmung mündete schon bald wieder in eine Rezession, die alle mittelständischen und handwerklichen Berufe gleichermaßen an die Grenze des wirtschaftlichen Ruins führte. Vor diesem Hintergrund muß man die Annahme unserer Wohnsiedlungen sehen, aber auch die bald schon einsetzende Abwanderung von Mietern.

Bereits in der Vorbereitungsphase war die Zahl der ernsthaften Bauinteressenten sowohl für den Fasanenhof als auch für die Riedwiesen auf ein entmutigendes Maß zurückgegangen. Diese Tendenz zeigt sich auch noch in der geringen Zahl der Erstbezieher der Wohnungen, die schon in den ersten Jahren Mitglieder der Genossenschaft geworden waren. Ein Vergleich der Wohnungsbezugs- mit den Beitrittsdaten zeigt, daß zunehmend bei den einzelnen Bauabschnitten die Mieter erst beim Baubeginn beziehungsweise im Jahre des Wohnungsbezuges Mitglied wurden und der Anteil der »Altgenossen« entsprechend geringer war.

Aus diesem Vergleich geht auch hervor, aus welchen Stadtgebieten die Erstmieter unserer Neubauten zugezogen sind und daß diese weitgehend den traditionellen, berufsgruppentypischen Wohnbereichen entstammten. Damit ist jedoch noch nichts über die Wohnqualität der aufgegebenen Wohnungen gesagt. Der Zuzug stellt sich im einzelnen wie folgt dar: Für die Riedwiesen kamen aus Wilhelmshöhe und Kirchditmold 18 %, aus dem Vorderen Westen bis Ständeplatz und Bahnhofsviertel 49 %, aus dem Bereich südlich der Wilhelmshöher Allee 10 %; aus sonstigen Bereichen und von auswärts kamen 23 %. Dabei stellten die westlichen und mittleren Stadtteile mit ihren überwiegend neueren Wohnbauten etwa 60 % des Mieteraufkommens. Es fällt auf, daß ein erheblicher Teil der Mieter bisher in Eckhäusern des

Vorderen Westens gewohnt hatte. In diesen waren die Mieten wegen der doppelten Anliegergebühren wohl besonders hoch.

Die Mieter am Fasanenhof kamen zu 66 % aus dem Bereich zwischen Hauptbahnhof und Eisenschmiede und zu 17 % aus dem Gebiet zwischen Hauptbahnhof und Königstor, der Rest verteilt sich auf das übrige Stadtgebiet. Nur zwei unmittelbare Umzüge aus der Altstadt sind nachweisbar.

Erste Erfahrungen der »Ureinwohner«, Mund-zu-Mund-Propaganda, Presseveröffentlichungen und persönliche Besichtigungen haben dann erst wieder genügend Interessenten ermutigt, sich für das Leben in einer der Siedlungen zu entscheiden und damit das Wagnis der Siedlungsgründung zu rechtfertigen.

Wie so etwas abließ, hat Professor Dr. Neubauer skizziert:

»1927 traf Oberstudiendirektor Dr. Küster den damaligen Landesjugendpfarrer Dr. Ernst Neubauer, meinen Vater. Er erzählte ihm von seinem Neubauplan in der Riedwiesen-Siedlung und dem Hausmodell Soeder. Meine Eltern sahen sich daraufhin das Haus an, fanden es ansprechend, trafen aber noch keine Entscheidung. Wenig später rief Dr. Küster meinen Vater an mit der Bitte, er solle sich einmal um sein Halbhaus kümmern, das ja fast fertig sei. So wurden Neubauers und Küsters im Jahre 1928 Nachbarn im Einfamilien-Doppelhaus Geröderweg 31/33, später am Hutekamp 9/11.«

Bei dieser Art der Interessentengewinnung spielte natürlich das Privileg finanzieller Förderungsmöglichkeiten für die Bediensteten staatlicher und städtischer Behörden sowie öffentlicher Körperschaften eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dieser Umstand führte, wie schon bei der Gründung der Genossenschaft, durch die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder zumindest in der Riedwiesen-Siedlung zu einer gewissen »Kopflastigkeit«. Bezeichnungen wie »geistiges Dorf« überzeichnen aber die tatsächlichen Verhältnisse einseitig. Natürlich hat es seit jeher Gruppierungen von Menschen mit besonderen Interessen gegeben. Diese haben, zum Teil auch ohne besonderes Programm, oft aus ganz simplem Anlaß heraus, wie zum Beispiel der »Sauerkrautverein«, in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit über Jahre hinweg auch praktische Hilfe geleistet, wo immer das notwendig war. Andere trafen sich regelmäßig zum Gedankenaustausch, zu Hausmusik oder bei Spaziergängen. Bis heute gingen von diesen Aktivitäten

Impulse aus, oft über den Kreis der Betroffenen hinaus, wenn diese auch auf die Mitglieder der Genossenschaft in ihrer Gesamtheit keinen bestimmenden Einfluß gehabt haben. Ein für alle aber sichtbarer Anstoß, zumindest in den Riedwiesen, war die vom »Nachbarschaftskreis« schon 1979 initiierte und mit den Kindern aus der Siedlung durchgeführte Altpapiersammlung zu einer Zeit, als noch nicht allzu viele Menschen über die Umwelt nachdachten.

Die nicht immer spannungsfreie Vielfalt der Anschauungen und Aktivitäten von Menschen ganz unterschiedlichen Herkommens war stets ein wichtiger Faktor im Zusammenleben der Siedlungsgemeinschaften und ein natürliches Regulativ für das Handeln der Verwaltungsorgane. Nicht nur für die Verantwortlichen der Genossenschaft war das neue Wohnen ein Wagnis, sondern auch die »Neusiedler« mußten das Leben in den Siedlungen erst lernen. Einerseits hatten wohl manche ihre finanziellen Möglichkeiten doch überschätzt, zumal mehrfache Mietnachberechnungen erst zu kostendeckenden Mieten für die Genossenschaft führten. Das war sowohl auf schleppende Bauabrechnungen und für längere Zeit unklar bleibende öffentliche Lasten als auch auf mangelnde Erfahrung in der Hausbewirtschaftung zurückzuführen. Andererseits entstand auch mit den weiteren Wegen zu Arbeitsstellen und Schulen für Väter und Kinder ein höherer Zeit- und Geldaufwand. Die Mütter, die sich dabei keineswegs als »grüne Witwen« empfanden, konnten zwar den Familienetat etwas entlasten, indem sie einen Teil des häuslichen Bedarfs aus dem Garten oder vom zusätzlichen Pachtland deckten, mußten aber doch für viele Einkäufe auch lange Wege in Kauf nehmen. Es spielte sich jedoch sehr bald ein, daß Bäcker, Milchmänner und auch Bauern mit ihren Pferdefuhrwerken einen neuen Markt erschlossen. In den Riedwiesen eröffnete im Jahre 1927 der schon erwähnte Kaufmann Schäfer ein Lebensmittelgeschäft im Hause Am Hohen Rod 18. Zuvor hatte er schon eine Verkaufsstelle in einer ehemaligen Gartenlaube eingerichtet, die ihm Herr Hartmann, der in eines der ersten Häuser gezogen war, überlassen hatte.

Der Ausbau der Straßen und Gehwege sowie die Straßenbeleuchtung, bei der Stadt immer wieder angemahnt, ließen noch einige Jahre auf sich warten. Bei schlechtem Wetter konnte so der Weg ins »Dorf« ein Abenteuer werden. Manch einer zog dann alte Wollsocken über die Schuhe und depониerte sie bis zur Rückkehr irgendwo, so zum Beispiel zwischen Zaunlatten bei der Gärtnerei an der Wahlershäuser Straße.

Die Benutzung des Fußweges, der zur Wahlershäuser Straße führte, war offenbar nicht zu allen Zeiten gesichert, wie ein von 28 wohl Betroffenen quittierter Aufruf des Vorstandes vom 19.10.1929 zeigt:

»An die radfahrenden Genossen der Riedwiesen! Nach schwierigen Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium ist es gelungen, die Freigabe des Verbindungsweges Riedwiesen – Wahlershäuser Straße für Radfahrer versuchsweise zu erwirken. Der Herr Polizeipräsident knüpft daran die Bedingung, daß keine neuen Klagen über schnelles und rücksichtsloses Fahren gegenüber Fußgängern (besonders Schulkindern und alten Leuten) eingehen.

Es liegt daher im Interesse der radfahrenden Genossen, dementsprechend zu verfahren und besonders auf die Jugendlichen in diesem Sinne einzuwirken. Verstöße hiergegen bitten wir, dem Vorstand der Genossenschaft zu melden, wenn anders wir nicht eine endgültige Sperrung des Weges erleben wollen. Zur Kenntnisnahme fügen wir das Schreiben des Herrn Polizeipräsidenten bei und bitten, durch Unterschrift eine Verpflichtung im Sinne obiger Zeilen zu übernehmen. gez. Dr. V.«

Im Juli 1929 hatte die Genossenschaft schon bei der Polizeidirektion folgenden Antrag gestellt:

»Die Erbbaugenossenschaft bittet ergebenst, die Fahrgeschwindigkeit in den Riedwiesen wegen der geringen Straßenbreite (5 m) auf ein Mindestmaß herabzusetzen und Schilder, welche darauf hinweisen, an den Einfahrtsstraßen anbringen zu lassen.«

Zu welchen Mißhelligkeiten dieser ungebremste Verkehr führte, zeigt ein Antrag von drei Mitgliedern noch aus dem Jahre 1934:

»Die Unterzeichneten bitten den Vorstand, veranlassen zu wollen, daß die Herrenwiesenstraße für den Fahr-Verkehr gesperrt wird. Die Staubentwicklung ist bei trockenem Wetter so groß, daß nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Außenanstriche der Fenster, Schaltern usw. außerordentlich leiden. Wäsche kann bei diesem Zustande überhaupt nicht im Freien getrocknet werden.«

Für die Väter und Kinder – es gab nur ganz wenige berufstätige Frauen – war der tägliche Weg in Ämter und Schulen ein fester Faktor im Tageslauf. Die Straßenbahn blieb der Preise wegen das Verkehrsmittel der »oberen Zehntausend«. Nur bei ganz schlechtem Wetter durften auch die Schüler sie benutzen. Das nützte ihnen aber nicht allzu viel. Wohlerzogen wie sie waren, blieb ihnen nur die offe-

ne Plattform mit der Wahl: Schlagregen von links oder von rechts. So bewegte sich denn allmorgendlich ein langer Zug, die Pünktlichen gemessenen Schrittes, die Nachzügler hechelnd, aus den Riedwiesen zum Bahnhof Kirchditmold. Mit dem Zug um 7.32 Uhr fuhr man in 7 Minuten zum Hauptbahnhof, um sich von da sternförmig zu den diversen Tätigkeitsfeldern zu verteilen. Die Monatskarte für Schüler kostete RM 3,50 und steckte mitsamt einem Paßbild in einem Blechrahmen. Mittags um 13.16 Uhr schaffte dann der »Hungerzug« die ganze Kavalkade wieder heim. Wer 6.Stunde hatte oder nachsitzen mußte, konnte erst mit dem Triebwagen um 14.08 Uhr heimfahren. Waren auf dem Heimweg die Väter mit von der Partie, so ging man je nach den Erfolgserlebnissen oder Pannen des Vormittags mit diesen oder aber schnellen Schrittes mit Freunden voraus, um vorerst einmal hochnotpeinlichen Fragen zu entgehen.

Da die Behörden von 13.00 bis 15.00 Uhr Mittagspause machten, mußten die Väter nochmals bis um 18.00 Uhr in ihre Dienststellen zurück. Für die Schüler war dann oft Arbeitsgemeinschaft oder Sport auf den Waldauer Wiesen angesagt, wobei im Sommer das Fahrrad gute Dienste leistete. blieb dann aber wirklich Zeit, so wartete der Garten mit Gießen, Unkrautjäten, Leimringe an den Bäumen anbringen, Rasenschneiden und dergleichen. Die »Naturgärten« waren ja noch nicht erfunden. Es blieb aber trotzdem immer noch Zeit für Spiele, Unfug und Schabernack. Der Gartenbau brachte völlig neue Talente zum Vorschein, und wo das nicht so recht klappen wollte, fanden sich meist hilfreiche Nachbarn. Die konnten zwar vielleicht nicht Horaz zitieren, aber mit Baumschere, Kalkspritze oder Wühlmausfallen umgehen. Baum- und Strauchpflanzungen wurden oft gemeinsam oder doch wenigsten in gegenseitiger Absprache angelegt. Pflanzen und Sämereien konnten nach Liste über die Genossenschaft bestellt werden. Wenn erst einmal genügend Lehrgeld bezahlt war, blieb denn auch die Belohnung mit reicher Ernte nicht aus.

Ein Feuermelder wurde Ende der zwanziger Jahre an der Ecke Kleebreite/Diedichsborn installiert. Bis dahin hing der nächsterreichbare an der Ecke Zentgrafent-/Riedelstraße. Beide wurden aber in Friedenszeiten aus der Siedlung wohl nie in Anspruch genommen.

Die Bewohner dieser Siedlung hatten auch mit der Post so ihre Probleme. Auf eine öffentliche Telefonzelle mußten alle, die keinen der noch seltenen eigenen Anschlüsse hatten, bis über die Mitte der dreißi-

ger Jahre hinaus warten. Im August 1928 hatte Landesrat Hebel in einem Schreiben an die Post zwar die nunmehr vor 12.00 Uhr erfolgende Postzustellung an Sonntagen gelobt, aber die nur zweimalige werktägliche Zustellung, »wie sie ja jetzt sogar auf dem flachen Lande angestrebt wird«, bemängelt. Im Hinblick auf die starke Nachkriegsbautätigkeit sah er sie jedenfalls als unzureichend an. Auch die zweimalige, tägliche Briefkastenleerung um 9.00 und 17.00 Uhr fand nicht seinen Beifall, da Berufstätige nach Rückkehr von der Arbeit in ganz Kirchditmold keinen Brief mehr einwerfen konnten und gegebenenfalls bis zur Stadthalle gehen mußten.

Die Liste der Alltäglichkeiten und Unzulänglichkeiten, mit denen die ersten Mieter zu tun hatten und die beide Siedlungen gleichermaßen betrafen, ließe sich beliebig lang fortsetzen. Hier sollten einige Dinge und Ereignisse angedeutet werden, die uns heute vielleicht nur noch erheitern, damals aber eine wesentliche Rolle für die Menschen spielten.

Das Leben in all diesen Jahren war aber auch überschattet von der sich ständig verschlechternden Wirtschaftslage. Arbeiter und Angestellte wurden vielfach bis weit in die dreißiger Jahre hinein zu Dauerarbeitslosen oder Wohlfahrtsempfängern. Davon war die Fasanenhof-Siedlung in besonderem Maße betroffen. Auch die Beamten mußten mit den verschiedenen Notverordnungen empfindliche Einkommenseinbußen hinnehmen.

Die zunehmend und anhaltend hohe Zahl der Mieter- und Wohnungswechsel in diesen Jahren spricht eine deutliche Sprache. Familien, die eine Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung von RM 13,20 beziehungsweise RM 8,40 pro Woche erhielten, gerieten oft genug in verzweifelte Situationen, die ja dann auch politisch nicht ohne Folgen bleiben sollten. Die Genossenschaft versuchte im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten, durch Mietnachlässe, wenigstens zeitlich befristet, zu helfen (siehe auch Kapitel 8, S.40f).

Mit dem Jahr 1933 trat keineswegs eine Verbesserung der Gesamtsituation ein. Wie das ganze Leben in dieser Zeit waren die Genossenschaft und ihre Mitglieder in das sich anbahnende, verhängnisvolle Geschehen einbezogen. Die Angehörigen zweier jüdischer Familien, darunter die des bekannten Nervenarztes Dr. Katzenstein, konnten unter Aufgabe ihrer bürgerlichen Existenz noch rechtzeitig auswandern und entgingen damit wenigstens zunächst dem Schlimmsten. Einige mißliebige Beamte wurden an

andere Orte versetzt. Zwei Lehrer wurden aufgrund ihrer politischen Einstellung aus dem Schuldienst entlassen und mit den bis dahin erworbenen Pensionsansprüchen, die nicht einmal das Existenzminimum sicherten, sich selbst überlassen. Für die Betroffenen führte das natürlich zu einer Isolation, unter der auch die Kinder, zwischen Elternhaus und Spielgefährten stehend, zu leiden hatten. Die Familie eines anderen entlassenen Lehrers, der vorübergehend zu Verwandten ins Ausland gegangen war, erhielt 1937 von der Genossenschaft eine Wohnung in den Riedwiesen. Ebenfalls 1937 wurde der wegen seiner preußisch-konservativen Haltung von den neuen Machthabern in Erfurt zur Disposition gestellte Polizeipräsident von Pappenheim in den Aufsichtsrat gewählt. Er hat diesem bis zum Jahre 1946 angehört, davon die letzten acht Jahre als Vorsitzender. In den besonders schweren Jahren des Zusammenbruchs hat er tatkräftig und unerschrocken gegenüber jedermann die Geschicke der Genossenschaft mitbestimmt.

Die Einstellung der Menschen zu dieser Zeit und ihren Ereignissen waren ambivalent. Zu verschiedenen waren Herkunft, beruflicher Werdegang, politische und religiöse Bindungen. Da stand der überzeugte Parteigänger neben dem konservativ geprägten Skeptiker und denen, die ihre politische Einstellung nicht zu erkennen gaben. Eine zumindest äußerliche Gemeinsamkeit, wenn auch oft sicher in einem distanzierten Miteinander, blieb aber über die Jahre unter den Mitgliedern erhalten. Nach den vorhandenen Unterlagen und Bekundungen von Mitgliedern lassen sich zumindest keine Übergriffe seitens der Genossenschaft oder einzelner Mitglieder nachweisen, durch die anderen Genossen geschadet worden wäre. Vielmehr haben Vorstand und Aufsichtsrat in wohlverstandener Solidarität versucht, denen zu helfen, die – aus welchen Gründen auch immer – in wirtschaftliche Not geraten waren. Natürlich waren wir mit dem Netz von Block- und Zellenwarten der Partei und ihrer Nebenorganisationen überzogen, die zunächst durch die allfälligen Sammlungen, später dann auch bei der Verteilung der Lebensmittelkarten weitgehend Einblick in die Familien und deren Einstellung gewannen. Über verbale Ermahnungen zu Wohlverhalten hinaus hat aber diese Tatsache wohl kaum Auswirkungen gehabt. So bietet sich insgesamt ein sehr differenziertes Bild dieser Zeit. Auf politischen Druck hin mußte zumindest ein Vorstandsposten mit einem Parteigenossen besetzt werden. Dem trug man Rechnung.

Viel bedrohlicher für die Genossenschaften waren

aber die staatlichen Gleichschaltungsbestrebungen. Sie konnten jedoch für die Erbbaugenossenschaft weitgehend abgewendet werden. Die meisten Bestimmungen und Erlasse, mit denen der Staat in Organisation und Struktur der Genossenschaften eingriff, blieben für unsere Genossenschaft ohne größere Auswirkung. Die Zugehörigkeit zu den Revisionsverbänden wurde u.a. neu geregelt. Das ermöglichte eine intensive staatliche Überwachung der Genossenschaften, deren Selbstverwaltung einer allmächtigen Lenkung und Zentralisierung des gesamten öffentlichen Lebens im Grunde zuwiderlief. Das »Gesetz zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen« gefährdete vor allem die kleineren Wohnungsbaugenossenschaften in ihrer Existenz, weil die Verpflichtung zum Kleinwohnungsbau oft deren finanzielle Möglichkeiten überforderte. Die Erbbaugenossenschaft konnte sich mit dem bereits erwähnten Umbau von Einfamilienhäusern, mit dem Kleinwohnungen geschaffen wurden, zunächst aus der Affäre ziehen.

Bald nach Beginn des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem generellen Neubauverbot. Es wurde aber bereits frühzeitig für die Nachkriegszeit durch einen »Führererlaß« ein verstärktes Engagement der Baugenossenschaften zur Beseitigung des Wohnungsmangels vorbereitet. Dieser Wohnungsmangel rührte nicht nur von den Kriegsschäden her, sondern hatte auch seine Ursache in der Vorkriegszeit. Um ein derartiges Programm überhaupt realisieren zu können, erfolgten bereits ab 1940 Zwangverschmelzungen kleinerer Genossenschaften untereinander oder aber mit größeren. Die Industrie- und Handelskammer wie auch der Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen, unser Prüfungsverband, drängten daraufhin ab 1941 die Genossenschaft zu entsprechenden Bemühungen.

Ein erster Vorschlag zur Verschmelzung mit der 1902 gegründeten Allgemeinen Wohnungs- und Spargenossenschaft, die ihren Haus- und Grundbesitz mit über 600 Wohnungen verstreut im Stadtbereich hatte und dann später selbst 1944 im Gemeinnützigen Wohnungsverein von 1889 aufging, wurde abgelehnt. Eine dann erwogene Verschmelzung mit der Baugenossenschaft Deutscher Kriegsoffer, die einen etwa gleichgroßen Wohnungsbestand wie die Erbbaugenossenschaft hatte, der sich am Rammelsberg, in der Heerstraße und an der Ihringshäuser Straße befand, scheiterte an verwaltungstechnischen Schwierigkeiten. Eine letzte Aufforderung des Verbandes im Jahre 1943 zur Fusionierung mit dem Gemeinnützigen Wohnungsverein 1889 (hervorge-

gangen aus dem Beamten-Wohnungsverein von 1889) fand beiderseits keine Zustimmung. Infolge der Verschärfung der Kriegslage mit dem unabsehbaren Umfang der Bombenschäden wurde die Frage einer Verschmelzung nicht mehr weiter verfolgt, so daß dadurch die Genossenschaft ihre Selbständigkeit behielt.

Die immer wieder vertretene Ansicht, wonach durch die gesetzlichen Neuregelungen im Dritten Reich die in früheren Satzungen der Genossenschaft enthaltene Möglichkeit zum Erwerb der Häuser durch die Mitglieder beseitigt worden sei, trifft nicht zu. Bis in das Jahr 1943 gab es, wenn auch nur in geringer Zahl, entsprechende Anträge. Diese wurden aber von Vorstand und Aufsichtsrat abgelehnt.

Trotz aller inneren und äußeren Gefährdungen in diesen Jahren konnte durch eine umsichtige Geschäftspolitik der Verwaltungsorgane die gewachsene Struktur der Genossenschaft mit einem zuverlässigen Mitgliederstamm erhalten werden.

10. Die Genossenschaft im Zweiten Weltkrieg

Nur 20 Jahre nach Gründung der Genossenschaft mündete die seit Jahren anhaltende Entwicklung, mit der das öffentliche und private Leben zunehmend für die Zwecke der nationalsozialistischen Machthaber umgestaltet wurde, in einen neuen Krieg. Parolen wie »Kanonen statt Butter«, ungeliebte, oft belächelte Luftschutzübungen waren unübersehbare, aber von den meisten als solche nicht ernstgenommene Vorzeichen des Kommenden.

Mit Kriegsbeginn und in den Folgejahren zunehmend wurden die Männer zum Wehrdienst einberufen oder waren nach Ableistung ihrer aktiven Dienstzeit erst gar nicht entlassen worden. Infolge der altersmäßigen Zusammensetzung der Mitglieder waren hiervon in erster Linie die jüngeren Jahrgänge betroffen. Sie fanden sich in allen Waffengattungen und bald auch auf allen Kriegsschauplätzen wieder. Der größere Teil von ihnen ist nicht oder aber schwer versehrt zurückgekehrt. Die Älteren wurden erst später, dann meist im Heimatgebiet zum militärischen Dienst herangezogen oder zu kriegswichtigen Verwendungen dienstverpflichtet. Alle zu Hause Verbliebenen waren, soweit sie körperlich dazu in der Lage waren, zu Luftschutz-, Rettungs- oder ähnlichen Diensten eingeteilt.

Auf die Frauen und besonders die Mütter kamen mit diesen Veränderungen größere Lasten und vermehrte Verantwortung für die Familie zu. Nicht nur zusätzlich zu vielen sozialen Aufgaben eingesetzt, hatten sie oft auch, beherzt und tatkräftig handelnd, wesentlichen Anteil an der Rettung von Menschen und Besitz. Manches Haus in unseren Siedlungen ist durch ihr mutiges Zupacken, oft noch während der Luftangriffe, erhalten geblieben.

Mit der Verteilung der ersten Lebensmittelkarten wurde die bis dahin bereits eingetretene Warenverknappung zwar weiter verschärft, blieb aber noch in erträglichem Rahmen. Bei den älteren Menschen machten die Erinnerungen an den »Steckrübenwinter« des Ersten Weltkrieges mit seinen Schrecken unverhohlen die Runde. Manches Rasenstück in den Gärten wurde umgegraben und für den Gemüseanbau genutzt.

Bald trafen die ersten evakuierten Saarländer aus dem Grenzgebiet zu Frankreich ein und wurden von den Parteifunktionären auf die Familien verteilt. Mit diesem erzwungenen Zusammenleben wurde die so oft propagierte und gepriesene Volksgemeinschaft auf eine erste, ernsthafte Probe gestellt. Wie nicht anders zu erwarten, führte das auch zu menschlichen und materiellen Schwierigkeiten, zumal die saarländischen Familien nur in den seltensten Fällen gemeinsam im gleichen Haus untergebracht werden konnten. Das sollte aber nur ein Auftakt für die folgenden Jahre sein, in denen bei immer knapper werdendem Wohnraum ständig andere Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammengewürfelt wurden.

Die Probleme, die sich durch das Kriegsgeschehen für die Genossenschaft ergaben, hat der damalige Vorstandsvorsitzende, Herr Heide, als unmittelbarer Zeit- und Augenzeuge in der von ihm verfaßten Chronik aufgezeichnet. Sie werden nachfolgend, begrenzt auf das Wichtigste und weitgehend mit seinen eigenen Worten geschildert.

Im Jahre 1936 waren bereits Forderungen für Luftschutzmaßnahmen an die Genossenschaften ergangen. Mit der Bereitstellung von bis zu RM 200,- machte der Vorstand einen bescheidenen Anfang. Diesem folgten später, besonders nach Kriegsbeginn und dann zunehmend, erheblich weitergehende und umfangreichere Anstrengungen. So wurden für den Neubau Riedwiesen 43/45 u.a. Luftschutzräume mit Stahlbetondecken, Gasschleusen, Stahlblenden vor den Fenstern, Erdanschüttungen vor dem Kellermauerwerk oberhalb des Geländes und die Kenn-

zeichnung der Schutzräume und ihrer Notausstiege gefordert.

Einzelne Luftangriffe auf Kassel waren zunächst ohne große Auswirkungen geblieben, hatten der Bevölkerung aber doch den Ernst der Luftkriegssituation auch für das Heimatkriegsgebiet deutlich gemacht. Zahlreiche Einzelmaßnahmen wie Verdunkelung, Bereitstellung von Sand, Wasser und Werkzeugen auf Dachböden und Treppenabsätzen waren von den Mietern zu treffen. Die Kosten für behelfsmäßige Baumaßnahmen wie Splitterschutz, Stahlblenden, Deckenabstützungen, Mauerdurchbrüche in den Kellern u.ä. waren laut Gesetz von Hausbesitzern und Mietern gemeinsam zu tragen. Die Mieter konnten bis zu einem Höchstbetrag von 5 % der Miete herangezogen werden, konnten ihren Beitrag aber auch durch Naturalleistungen abgelden. In Behörden und Schulen mußten außerhalb der Dienstzeiten Brandwachen anwesend sein. Laut einem Gutachten aus dem Jahre 1943 brauchten in den Riedwiesen die Kellerdecken nicht abgestützt zu werden, da sie angeblich stark genug waren, um gegebenenfalls die Trümmerlast der Häuser tragen zu können. Tatsächlich wurden dann aber doch sehr bald die meisten Decken, zumindest in den Behelfs-Schutzräumen, abgestützt. Mit dem Bau eines Bunkers wurde die Genossenschaft wegen der Vordringlichkeit für die Innenstadt zunächst vertröstet. In alle Luftschutzvorbereitungen waren auch die für einen möglichen Gas-Krieg einbezogen. Die Bevölkerung konnte sogenannte Volksgasmasken kaufen.

Mit der im Jahre 1943 sich anbahnenden Kriegswende nahmen Zahl und Heftigkeit der Bombenangriffe zu. Die Bevölkerung, psychologisch und praktisch auf den Luftkrieg eingestimmt, nahm die Berichte aus anderen Städten und die eigenen Beschwerden mit erstaunlicher Gelassenheit und einer verzweifelten Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren hin. Die ständigen nächtlichen, schlaf- und nervenraubenden Luftalarme, der Griff zum bereitgehaltenen Luftschutzgepäck, das tatenlose Ausharren im Keller waren alltäglich geworden, als am 3. Oktober 1943 bei einem Großangriff auf den Nordosten Kassels die ersten großen Schäden für die Genossenschaft eintraten. Die Häuser Ihringshäuser Straße 54 und 56 wurden getroffen. Im Haus Nr. 56 wurde die Giebelwand durch einen Bombentreffer zerstört, so daß man von der Straße aus in alle drei Wohnungen sehen konnte. Da aber kein Brand entstand, konnten Möbel und Einrichtungen zum größten Teil geborgen werden. Dagegen brannte das Haus Nr. 54 völlig aus. Alle neun Mieter waren über Nacht woh-

nungslos geworden. Bereits am 22. Oktober folgte dann der schwerste und folgenreichste Angriff auf Kassel mit den ungeheuren Verlusten an Menschenleben, Kulturgütern und Wohnraum. In den vom Stadtarchiv herausgegebenen »Überlebensberichten« ist unter der Nr. 56 der Bericht unseres damaligen Mitgliedes Karl Schäfer, Am Hutekamp 7, über seinen Einsatz während und nach diesem Luftangriff enthalten. In der Fasanenhof-Siedlung wurden die Häuser Ihringshäuser Straße 50 und 52 sowie Kowitzstraße 14 und 16 mit zusammen zehn Wohnungen zerstört und brannten aus. In der Riedwiesen-Siedlung brannten die Häuser Riedwiesen 34 und Am Hohen Rod 14 nieder. Ein Teil der obdachlos gewordenen Mitglieder aus beiden Siedlungen wurde von anderen Mietern in ihren Wohnungen aufgenommen.

Mit zunehmender Luftgefährdung waren Betriebe und Schulen in das Umland evakuiert worden. So war auch der Vorstandsvorsitzende Heide mit seinen Klassen außerhalb Kassels und konnte sich bis zu seiner Rückkehr im Mai 1945 nur in den Ferien und an Wochenenden um Genossenschaftsangelegenheiten kümmern. Da auch der Kassierer Leist zeitweise zum Kriegsdienst eingezogen war, ruhte die ganze Last der Vorstandstätigkeit, zu der auch mehrfach das Löschen von Bränden gehörte, auf Herrn Roseno und dem Buchhalter, Herrn Schwarz.

Inzwischen war tatsächlich in den Hang des Lindenberg ein, wenn auch nur primitives, Stollensystem, der »Bunker«, gebaut worden. Der Eingang befand sich gegenüber dem Haus Am Hange 33, ein heute noch erkennbarer Notausstieg oberhalb davon auf dem Berghang. Die in ihren Kellern nicht mehr sicheren Riedwiesen-Bewohner konnten hier nunmehr Schutz finden. Den Fasanenhof-Bewohnern stand als nächstgelegene Schutzmöglichkeit der große Bunker auf dem Gelände des Stadtkrankenhauses zur Verfügung. Mit zunehmender Gefährdung gingen sie dann schon abends hin und verbrachten die Nacht dort.

Am 15. Dezember 1944 zerstörte eine Sprengbombe das Haus Kleebreite 14. Die beiden Bewohnerinnen konnten sich unverletzt durch den Mauerdurchbruch in die andere Haushälfte retten. Zum Jahresende registrierte Herr Heide an 37 Häusern Bombenschäden durch Stabbrandbomben sowie Luftdruck- und -sog von schweren Sprengbomben. Daß die relativ leicht gebauten Riedwiesenhäuser in ihrer Substanz diesen Einwirkungen weitgehend standgehalten haben, ist erstaunlich. Instandsetzungen waren allenfalls behelfsmäßig möglich.

In dieses Jahr war auch das 25jährige Bestehen der Genossenschaft gefallen. Dessen konnte nicht einmal in einer Jahres-Hauptversammlung gedacht werden,



auf die man in Anbetracht der Zeitverhältnisse verzichten mußte. Den Jahresabschluß 1943 zu genehmigen, beschloss Aufsichtsrat und Vorstand statt dessen in einer gemeinsamen Sitzung. Den sieben der Genossenschaft noch angehörenden Mitbegründern wurde ein Dankschreiben zugedacht.

Die letzten vier Monate des Krieges wurden für die Genossenschaft mit ihren Verlusten an Menschenleben und Wohnungen die schwersten. Nach der Zerstörung der Innenstadt richteten sich die Bombenangriffe zuletzt meist auf die Außenbezirke. In den Abendstunden des 8. März 1945 und an dem folgenden Morgen war Kirchditmold eines der Zielgebiete. Am 8. März wurde hauptsächlich unsere Riedwiesen-Siedlung getroffen. Eine Luftmine traf den Hohen Rod, durchschlug die Straßendecke bis tief unter die Kanalisation und zerstörte die fünf umliegenden Häuser Am Hohen Rod 10, 11, 12, 13 und 15 bis auf die Grundmauern. Die stehengebliebenen Häuser waren schwer beschädigt und ohne Gas, Wasser, Strom und Kanalisation. Sechs Bewohner fanden den Tod: Am Hohen Rod 10 eine dort eingewiesene Frau, Am Hohen Rod 13 der Mieter Wagner im Erdgeschoß und die Mieterin M. Schmidt mit einem Untermieter-Ehepaar im Obergeschoß. In den Riedwiesen 30 verbrannte der Mieter Brückmann, Vater von vier Kindern. Außer den vorgenannten Häusern wurden noch folgende Häuser durch Brandbomben zerstört: Herrenwiesen 3, Zum Berggarten 26, Riedwiesen 37, Am Hohen Rod 18 und 21, Am Diedichsborn 18 und 20, Am Hange 19, 21 und 25. Insgesamt gingen in diesen Tagen 17 Häuser mit 25 Wohnungen verloren. Durch Bombenschäden nicht völlig zerstört, aber eine Zeitlang unbewohnbar waren folgende sechs Häuser: Herrenwiesen 1, Riedwiesen 23, 32 und 36, Am Hohen Rod 19 und Geröderweg 26. Der Verlust von 23 Häusern mit 32 Wohnungen in dieser letzten Bombennacht war für die Riedwiesen-Siedlung ein schwerer Schlag. An einen Wiederaufbau war vor dem Kriegsende nicht zu denken. Vorerst konnten nur Schäden an Dächern, Türen und Fenstern behelfsmäßig beseitigt werden. Dabei fehlte es überall am Notwendigsten wie Ziegeln, Dachpappe und Fensterglas.

Zu Anfang des Krieges hatte die Genossenschaft 113 Häuser, davon 100 in der Riedwiesen-Siedlung mit 148 Wohnungen und 13 in der Fasanenhof-Siedlung mit 35 Wohnungen. 33 Häuser waren nun total zerstört. Nach der Zahl der Häuser betrug die Zerstörungen am Fasanenhof 60 %, in den Riedwiesen 20 %. Insgesamt waren 30 % aller Wohnungen der Genossenschaft zerstört. In diesen Zahlen sind aber

nicht die zahlreichen Schäden an den noch bewohnten Häusern, insbesondere an den großen Dächern der Häuser in den Riedwiesen, enthalten.

Als die Amerikaner Anfang April 1945 Kassel besetzten, beschlagnahmten sie weder am Fasanenhof noch in den Riedwiesen unsere Häuser, wie zunächst von manchen befürchtet worden war. Unsere engen, mit Trümmerschutt bedeckten Straßen und die kleinen vielfach beschädigten Häuser in dem unübersichtlichen Gelände waren nicht nach ihrem Geschmack. Gott sei Dank!

Warum eine solch ausführliche Darstellung der Ereignisse, die nun 50 Jahre zurückliegen? Die meisten der damals aktiv Handelnden sind nicht mehr unter uns. Selbst für die Überlebenden ist es kaum noch möglich, sich die damaligen Lebens- und Wohnverhältnisse wieder vor Augen zu führen. Kaum eine Familie war ohne den Verlust von nächsten Angehörigen geblieben. Das öffentliche Leben und die Arbeitswelt lagen scheinbar hoffnungslos darnieder. Dies war der Ausgangspunkt für die nächsten 50 Jahre unseres genossenschaftlichen Miteinanders.

II. Der Wiederaufbau

Während die materiellen Schäden im Baubestand die Genossenschaft im wesentlichen nur wirtschaftlich zurückgeworfen hatten, waren viele ihrer Mitglieder, bei denen noch in den ersten Kriegsjahren Evakuierte, Ausgebombte und Flüchtlinge Unterschlupf gefunden hatten, über Nacht ohne Hab und Gut und damit selbst auf die Hilfe anderer angewiesen. In den verbliebenen, meist ohnehin beschädigten Behausungen drängten sich, oft über die Grenzen des Erträglichen hinaus, jene betroffenen Nachbarn und Menschen, die als Flüchtlinge hierher verschlagen worden waren, oder Ausgebombte, die hofften, möglichst bald wieder in ihre alten Wohnungen zurückkehren zu können. Das war aber aus unterschiedlichen Gründen auch langfristig nicht allen vergönnt.

So setzte mit diesem schmerzlichen Einschnitt in der Geschichte der Genossenschaft ein großer, wenn auch allmählicher Wandel in der Mitgliedschaft ein. Dieser fand in den nächsten Jahrzehnten seine natürliche Fortsetzung im Generationswechsel.

Es mindert nicht die Bedeutung der Nöte und Sorgen der alten Mitglieder, die Wohnung und Habe

verloren hatten und nun dringend darauf warteten, daß sie ihre Existenz in der vertrauten Umgebung wieder aufbauen konnten, wenn man ihrem Schicksal das der neu hinzugekommenen Mieter gegenüberstellt. Diese hatten zumeist außer den materiellen Verlusten den ihrer Heimat zu beklagen, aus der sie vertrieben waren oder in die sie nicht mehr zurückkehren konnten. In einer nicht immer dafür aufgeschlossenen Umgebung mußten sie meist unter bescheidensten Verhältnissen noch einmal ganz von vorne beginnen. Ganz unterschiedlicher Natur waren die Menschen und deren Einstellung zu den herrschenden Verhältnissen, die das Kriegsende in unseren Siedlungen zusammengezwungen hatte. Neben krassem Egoismus und kriminellen Auswüchsen einzelner war aber immer noch genug von dem alten Gemeinschaftsgeist wirksam, in den sich die meisten Neubürger bereitwillig und schnell einlebten. Unter welchen äußeren Schwierigkeiten das vor sich gehen mußte, zeigen die für die Riedwiesen-Siedlung erhaltenen Angaben über die Wohnungsbelegung der Jahre 1946 und 1949:

Am 30.9.1946 gab es in 81 Häusern 131 Wohnungen mit 219 Haushalten; darin 767 anwesende und 50 abwesende Personen.

Das waren ca. 9,5 Personen je Haus, 6 je Wohnung und 3,5 je Haushalt.

Am 1.10.1949 gab es in 89 Häusern 147 Wohnungen mit 862 anwesenden Personen, davon 10% Flüchtlinge.

Das waren 10 Personen je Haus, 6 je Wohnung.

Zum Vergleich: Vor dem Krieg gab es in 100 Häusern 148 Wohnungen mit 400 Personen.

Das waren ca. 4 Personen je Haus, 2,7 je Wohnung. Am 31.12.1948 waren von 384 Mitgliedern 206 ohne eigene Genossenschaftswohnung; davon wohnten 41 in Wohnungen anderer Genossen und 165 außerhalb.

Vor den Grundproblemen der Schadensbeseitigung und des Wiederaufbaus, nämlich einer arbeitsfähigen, effektiven Verwaltung, der Beseitigung der Trümmer und der Beschaffung und Verteilung von Geld und Material stand die Stadt naturgemäß in unvergleichlich größerem Maße als die einzelnen Genossenschaften. Die mögliche Hilfe von dieser Seite konnte bei gleichzeitiger Forderung nach eigenen Leistungen also zunächst nur sehr bescheiden sein.

Die Verwaltungsorgane der Genossenschaft wurden von personellen Folgerungen aus der Entnazifizierung nur in einem Falle betroffen. Vorstandsvorsitzender Heide und Kassierer Leist blieben in ihren Ämtern.

Mit ihrer langjährigen Erfahrung stellten sie sich der beinahe hoffnungslosen Aufgabe des Neubeginns. Auch nachträglich sind heute ihr Mut und ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber ihren Mitmenschen und der Genossenschaft kaum richtig einzuschätzen.

Die unvorstellbaren Schutt- und Trümmerrmassen der Innenstadt erforderten zunächst dort auf Jahre hinaus alle verfügbaren Kräfte. Die arbeitsfähige Bevölkerung – Männer und Frauen – war im Jahre 1946 zu einem sechstägigen »Ehrennotdienst«, der auch noch 1947 fortgesetzt wurde, verpflichtet worden. Von dessen Erfüllung war die Zuteilung der Lebensmittelkarten abhängig. Die Genossenschaft war also weitgehend auf Eigeninitiative und Selbsthilfe angewiesen, um die Straßen, vor allem im Bereich der total zerstörten Häuser wieder passierbar zu machen. Bereits im Mai 1945 hatten Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende alle arbeitsfähigen Männer zu freiwilligen Wochenendeinsätzen aufgerufen, um wenigstens die schlimmsten Schäden zu beseitigen und Gefahren abzuwenden. Ein solcher Einsatz wurde nochmals im Sommer 1949 organisiert, nachdem die Stadt nun endlich Transportmittel bereitstellen konnte, um den Trümmerschutt abzufahren und damit die unerträglich gewordenen und unhygienischen Zustände zu beheben. Erst 1950 waren die Straßen wieder frei. Der Schutt wurde aus den Riedwiesen auf den Langen Weg – die Verlängerung der Straße Zum Berggarten – gebracht, um eine brauchbare Wegeverbindung nach Wilhelmshöhe zu schaffen. Ziegelreste kommen hier gelegentlich noch wieder zum Vorschein. Eine besondere Selbsthilfe-Aktion mußte kurzfristig am 19.4.1946 angesetzt werden, um die beiden Bunkerzugänge am Lindenberg zuzuschütten, andernfalls sollte der Bunker am 20. April – Welch sinniges Datum! – gesprengt werden.

Entsprechend dem Wertverfall des Geldes gewann der Schwarzmarkt an Bedeutung. Das galt auch für Baumaterial, das praktisch nur noch auf dem Kompensationsweg und mit Beziehungen zu bekommen war. Nur wenige Mitglieder konnten mit derartigen Voraussetzungen aufwarten. Das für die Materialzuteilung zuständige Amt für Wiederaufbau konnte angesichts der ungeheuren Bedarfs auch nur versuchen, den Mangel gerecht zu verteilen, und erntete dafür viel Kritik. Für den Materialbedarf ist aus dem Jahr 1949 der noch bestehende Bedarf an Dachziegeln für die Riedwiesenhäuser überliefert. Die damals angeforderte Menge von 91 300 Stück entsprach dem Bedarf für die Dachflächen von 15 Doppelhäusern. Alle diese Anforderungen liefen über die von der Stadt eingesetzten Bezirksarchitekten, die für die

Planung und Überwachung der Baumaßnahmen zuständig waren.

Für die Beseitigung von Schäden bis zu 20 % konnten die Mieter zu den Kosten herangezogen werden. Ein Teil von ihnen hatte keinen Mut oder nicht die Möglichkeit, die beschädigten Häuser in Selbsthilfe wieder aufzubauen. Diese Häuser wurden neu hinzukommenden Interessenten überlassen. Sie mußten sich zum Wiederaufbau verpflichten – auch wenn das zunächst nur behelfsmäßig erfolgte. Ihre Aufwendungen wurden später mit Schuldscheinen der Genossenschaft in Darlehen umgewandelt.

Große Bedeutung für die Kassenführung hatte die im Sommer 1948 erfolgte Währungsreform. Nach den Ausführungsbestimmungen handelte es sich nicht nur um eine Abwertung im Verhältnis 100 : 10, sondern diese betrug für Bankguthaben und Bargeldbeträge 100 : 6,5. Das hatte erhebliche Auswirkungen auf die Zahlungsverpflichtungen der Genossenschaft. Die Hypothekenschulden wurden zu neun Zehnteln zu Umstellungsgrundschulden erklärt. Da eine gesetzliche Regelung für die Verwendung des 90 prozentigen Abwertungsgewinnes erst sehr viel später erfolgte, waren die unumgänglichen Aufwendungen der Genossenschaft mit erheblichen Risiken belastet. Nach jahrelanger Unklarheit über die Höhe ihrer Verpflichtungen konnten endlich 1951 im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich die Anträge auf Erlaß der Umstellungsgrundschulden gestellt werden. Infolge der Überlastung der Finanzämter erfolgte aber erst 1952 eine Umwandlung der Grundschulden in Hypotheken in Höhe von DM 90 000,-.

Mit einem planmäßigen Wiederaufbau beziehungsweise Neubau von Häusern konnte erst begonnen werden, nachdem ausreichende und zinsgünstige Mittel des Kapitalmarktes beziehungsweise der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung standen. Bis dahin waren nur Instandsetzungen, zunächst ohnehin nur behelfsmäßige, allmählich dann aber auch gründliche, möglich gewesen. Diese zogen sich parallel zu den großen Baumaßnahmen bis in die sechziger Jahre hin und überschritten sich dann mit den Instandhaltungsmaßnahmen.

Der freifinanzierte Wohnungsbau mit Mitteln des Kapitalmarktes und Mieterdarlehen entsprach früheren Finanzierungsmodellen. Das traf auch noch für die Mittelgewährung in Form von Arbeitgeberdarlehen zu, die gezielt und für bestimmte Personen gewährt wurden, womit in aller Regel ein Besetzungsrecht für die betreffende Wohnung durch den

Geldgeber bis zur Ablösung des Darlehens gekoppelt war. Eine neue und im Grunde dem eigentlichen Genossenschaftsgedanken nicht entsprechende Finanzierung war die erstmals 1949 gewährte öffentliche Wohnungsbauförderung durch Landesbau-darlehen, die jeweils auf das betreffende Bauobjekt erfolgte. Die Mitgliedschaft in der Genossenschaft war dabei für diese und den Mieter erst eine Folgebedingung, an die zwar die Genossenschaft satzungsgemäß für eine Vermietung gebunden war, die aber nicht vom Geldgeber als Voraussetzung gefordert wurde. Wie wohl alle Genossenschaften mußte auch die Erbbaugenossenschaft von dieser wohnungspolitisch erforderlichen und volkswirtschaftlich sinnvollen Möglichkeit Gebrauch machen, um gleichzeitig mit der Entlastung des Wohnungsmarktes den eigentlichen Bestand zumindest erst einmal wiederzugewinnen.

Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg wurde in der Zeit des Zusammenbruchs die Auflösung ethischer Wertbegriffe spürbar. Das wirkte sich vereinzelt im Umgang mit dem Gemeinschaftseigentum wie auch miteinander aus. So hatte sich der Vorstand schon im Dezember 1944 beim Regierungspräsidenten über einen Polizeioberleutnant beschwert, der als Reviervorsteher und Luftschutz-Offizier für die Riedwiesen zuständig war. Dieser hatte mit einem Kommando von circa zehn Männern die für die Wiedereindeckung des Hauses Am Hange 19 bereitgestellten Dachziegel zu dem von ihm bewohnten Haus abtransportieren lassen. Das löste vor allem bei vielen auf sich allein gestellten Frauen in der Siedlung Empörung aus. Aus heutiger Sicht unvorstellbar und kurios ist die Tatsache, daß ein aus dem Diedichsborn nach auswärts verzogener Mieter im August 1945 für Schäden haftbar gemacht wurde, die dadurch entstanden waren, daß er beim Auszug Teile des Daches abgedeckt und mitgenommen hatte.

Wie stark aber auch Sicherheit und Ordnung gefährdet waren, zeigt ein Aufruf des Aufsichtsratsvorsitzenden von Mitte Mai 1945. Darin wurden alle Männer in den Riedwiesen aufgefordert, »bei Alarm durch Trillerpfeife oder lautes Rufen« unverzüglich mit Schlaginstrumenten bewehrt zu Hilfe zu eilen. Das Auftreten einer größeren Anzahl von Männern wurde schon für ausreichend erachtet, um marodierende ehemalige Fremdarbeiter zu vertreiben. Anlaß waren wiederholte Fälle von Plünderungen und auch ein Fall von Totschlag gewesen. Der Aufruf war von 31 Mitgliedern abgezeichnet, wohl kaum eine genügende Anzahl für den großen und unübersichtlichen Bereich der Siedlung, zumal auch einige schon ältere

Herren darunter waren. Ein Detektivbüro bot im Jahre 1948 die Bewachung der Häuser und Gärten für RM 5,- je Haus an.

Als sich im Jahre 1953 eine Bande von Jugendlichen, maskiert und in Trainingsanzügen mit Koppel, in der Siedlung herumtrieb und gemeingefährliche Fliegerleihen beging, wiederholte sich etwas, was schon 1938 zu einer Anzeige bei der Polizei geführt hatte: »Nicht nur daß kleine Kinder mit vorgehaltenen Speeren eingeschüchtert und erschreckt wurden ... In den frühen Abendstunden wurden Gartentüren ausgehängt und in erheblicher Entfernung in die Gärten geworfen. Ganze Zaunfelder wurden herausgerissen und in der Dunkelheit auf die Bürgersteige gelegt, um die Passanten zu Fall zu bringen. Bäume wurden beschädigt, Sträucher herausgerissen, Scheiben eingeworfen, Dächer mit Steinen bombardiert usw.« Die Anzeige endete mit der Bitte an den Polizeipräsidenten um verstärkten Polizeischutz und darum, die Übeltäter, »die wahrscheinlich unter Einfluß von Schundliteratur stehen«, festzustellen und zu bestrafen. Es wurde weiter vorgeschlagen, die Ermittlung dieser »Wüstlinge« in Zivil durchzuführen.

Neben den schon geschilderten Bemühungen um die Wiedererlangung geordneter Wohnmöglichkeiten mußte der Vorstand sich zusätzlich mit höchst unerfreulichen Erscheinungen auseinandersetzen, die im Gefolge von Zwangseinweisungen auftraten. In einigen Fällen verursachten asoziale Familien, die offenbar gezielt in Einfamilienhäuser eingewiesen worden waren, jahrelang Mißstände, Streit und gerichtliche Auseinandersetzungen. Die Durchführungsverordnung zum Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 27.7.1946 bestimmte zwar grundsätzlich u.a.: Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsbaugenossenschaften bleiben den Mitgliedern der Genossenschaften vorbehalten. Infolge der bereits vorher erfolgten Einweisungen und unter dem späteren Druck der Verhältnisse ließ sich aber eine korrekte Einhaltung dieser Bestimmungen nicht durchsetzen. Zudem waren die meisten der Eingewiesenen auch nur Untermieter:

Andererseits konnten Abweichungen von diesen Bestimmungen durchaus auch im Interesse der Genossenschaft und der Allgemeinheit liegen. So wurden im Haus Ihringshäuser Straße 56 zunächst die Arbeiter einer Baufirma untergebracht, 1946 wurde eine Ärztin eingewiesen, die bis 1989 in dem Haus praktizierte. Der Zuzug von Handwerksbetrieben war besonders in diesen Jahren attraktiv. So gab es in den Garagen an der Riedwiesenstraße die kleine Schreinerei eines Mitgliedes und im Haus Zum

Berggarten 26 eine Fleischerei. Auf dem Trümmergrundstück Am Hohen Rod 13 war der Werkplatz und die Baubude der Baufirma, die schon den Bunker im Lindenberg gebaut hatte. Herr Tischler machte sich als Ofensetzer selbständig. Ein bereits 1950 bauaufsichtlich genehmigtes Vorhaben zum Wiederaufbau Am Hohen Rod 21 im Stil der Riedwiesenhäuser mit einer Bäckerei kam jedoch nicht zur Ausführung, da der Interessent sich zurückzog. Dafür richtete später die Kirchditmolder Bäckerei Faust in einer ehemaligen Garage an der Kleebreite 26 eine Verkaufsstelle, das »Bäckerbüdchen«, ein, die sich großen Zuspruchs erfreute, bei den Kindern vor allem wegen der dort erhältlichen Süßigkeiten. In ihr waltete »Luischen«, im Sommer umschwirrt von Wespen und ihres Mutes darob von vielen bewundert. Mütterlich besorgt und bestimmend unterstützte sie zeitweilig Frau Stäudlen, die immer für aktuelle Nachrichten gut war. Herr Budig, der einen Marktstand auf dem Königsplatz hatte, suchte einmal in der Woche die Haushalte mit Quark, Butter, Käse und frischen Eiern auf. Als Lebensmittelgeschäft gab es das von Herrn Schmoll an der unteren Riedwiesenstraße. Das Kerstsche Milchgeschäft in der Schanzenstraße hatte den Krieg heil überstanden und versorgte zunächst alleine die Umgebung. Hinzu kamen sehr bald zahlreiche Lieferanten, die ihre Vorkriegskundschaft nicht vergessen hatten, so daß die Versorgung einigermaßen sichergestellt war – wenn es nur etwas mehr von allem zu kaufen gegeben hätte!

Aber da der Mensch nicht nur vom Brot allein lebt, gab es bald auch wieder künstlerisches Schaffen in den Riedwiesen. Irmgard und Hans Hartmann arbeiteten als Graphiker. Von ihm stammen auch die Entwürfe für die Schriftbänder auf den beiden Glocken, die nach dem Kriege als Ersatz für die eingeschmolzenen 1950 das Geläut der Kirchditmolder Kirche wieder vervollständigten. Die Beschaffung der Glocken ging auf eine Initiative der Kirchditmolder Bürgerschaft zurück. Die dem Gedächtnis der Gefallenen gewidmete Glocke trägt die Inschrift »Niemand kann sie aus meines Vaters Hand reißen. Den im Kampf Gefallenen, den in der Fremde Vermißten, den in der nahen und fernen Heimat Geopferten zum Gedächtnis. 1950.« Nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft fand Hermann Pohl in seiner neuen Heimat seine Frau und einen beruflichen Neuanfang als Bildhauer. Seine vorwiegend sakrale Kunst fand weit über Kassel hinaus Anerkennung.

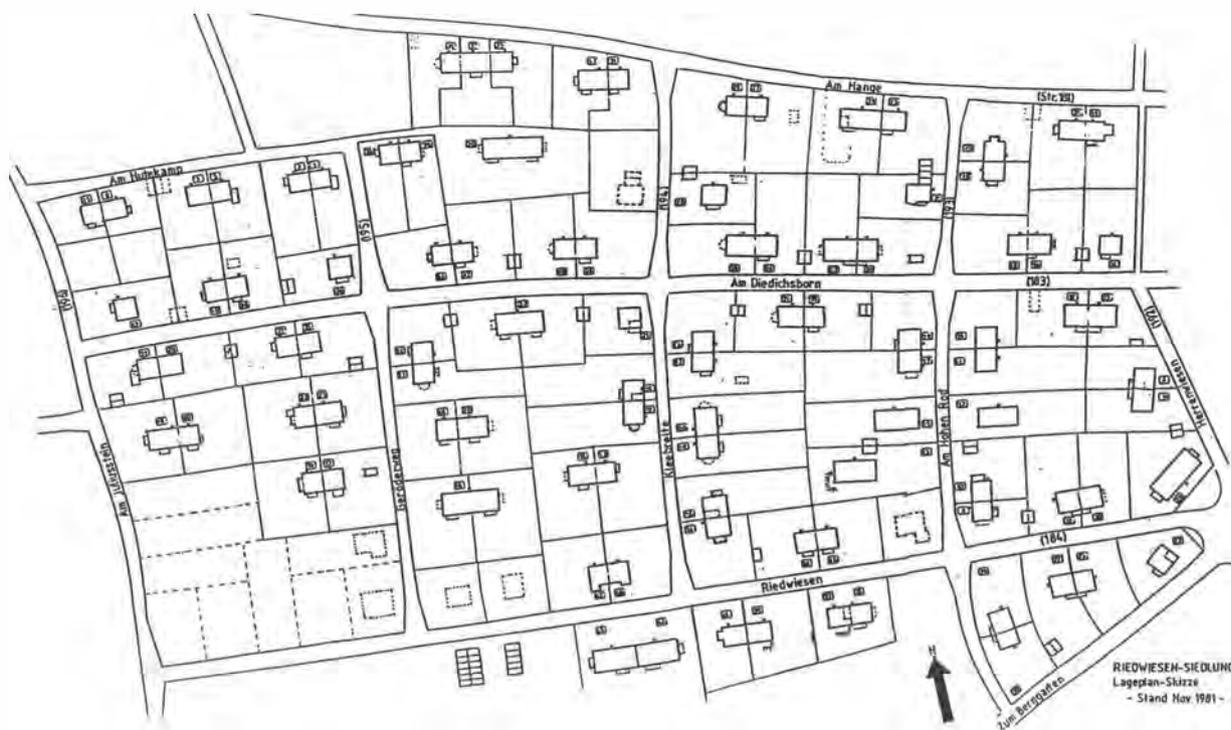
Der eigentliche Wiederauf- beziehungsweise Neubau der zerstörten und schwer beschädigten Häuser durch die Genossenschaft begann nach ersten zum

Teil noch behelfsmäßigen Instandsetzungen im Jahre 1949 und schloß 1971 mit dem Haus Am Hohen Rod 8 ab. In den Jahren 1950 und 1952 wurden am Fasanenhof vier Häuser, die mit öffentlichen Mitteln im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus wieder aufgebaut worden waren, bezugsfertig. Durch Verkleinerung der Wohnungsgrundflächen und vollen Ausbau der Dachgeschosse konnten in den vier Häusern statt bisher 15 nunmehr 25 Wohnungen mit ein bis drei Zimmern gewonnen werden. Davon waren acht reine Dachgeschoßwohnungen. In der Ihringshäuser Straße 54 waren unter den Arkaden zwei Läden eingerichtet worden. In dem einen eröffnete ein Textilgeschäft, in dem anderen das angestammte Milchgeschäft, das bis dahin im Keller des Hauses Nr. 56 eine provisorische Bleibe gefunden hatte. Später wurden die beiden Läden für ein Optikergeschäft zusammengelegt. Dank der umsichtigen Planung des Architekten Blasius, der zugleich Bezirksarchitekt war, wurden die Häuser an der Ihringshäuser Straße fast unverändert im alten Stil wiederaufgebaut und fügen sich problemlos in das Straßenbild ein. Dagegen wurde 1954 das ehemalige Doppelhaus Kolitzstraße 14/16 zu einem Wohnhaus mit einem gemeinsamen Treppenhaus umgebaut und geringfügig verlängert. Fenster und Dachgauben wurden geändert. Mit dem späteren Zubau von fünf Garagen und fünf Kfz-Abstellplätzen in der Kolitzstraße sowie dem Bau eines großen und eines kleinen Parkplatzes im Bereich der Häuser Ihringshäuser Straße 54/56 waren die Baumaßnahmen in diesem Bereich 1989 abgeschlossen.

Demgegenüber zog sich der Wiederaufbau in den Riedwiesen erheblich länger hin. In 23 Häusern wurden 56 Wohnungen fertiggestellt, davon 30 mit öffentlichen Mitteln. 33 Wohnungen waren Neuzugänge, davon waren wiederum 18 mit öffentlichen Mitteln gefördert. Ein Wohnhaus mit Laden wurde 1950 im Erbbaurecht der Genossenschaft auf dem Grundstück des zerstörten Hauses Am Hohen Rod 11 von dem Kaufmann Graßhoff erbaut. Die Erhöhung der Wohnungszahl wurde sowohl durch den Ausbau von Dachgeschossen als auch durch Vergrößerung der Hausgrundflächen erreicht. Die freie Finanzierung erfolgte durch Mieterdarlehen und Kapitalmarktmittel, die bis auf einen Restbetrag abgelöst sind. Die öffentlichen Mittel sind seit einigen Jahren ebenfalls zurückgezahlt.

Von den ursprünglich insgesamt 62 öffentlich geförderten Wohnungen besteht für elf noch die Sozialbindung, für die letzten bis zum Jahre 2000.

Im Gegensatz zu den Wiederaufbauten in der Ihringshäuser Straße sind in den Riedwiesen durch die Beauftragung von insgesamt sieben Architekten, die in Gestaltungsfragen offensichtlich unterschiedlich sensibel waren, zum Teil starke Abweichungen vom ursprünglichen Baustil der Häuser erfolgt. Das mag auch durch die Finanzierung bedingte Ursachen gehabt haben. Aber auch eine jahrzehntelange Gleichgültigkeit aller Beteiligten gegenüber dem besonderen Charakter der Siedlung hat dazu geführt, daß vermeidbare Gestaltungsmängel störende Nar-



ben im Bild der Siedlung hinterlassen haben – das muß an dieser Stelle einmal selbstkritisch festgestellt werden.

Am 3. Oktober 1969 beging die Genossenschaft mit ihren Mitgliedern das 50jährige Bestehen im Rahmen einer festlich gestalteten ordentlichen Mitgliederversammlung. Im Blauen Saal der Stadthalle hatten sich dazu 143 Genossen mit ihren Angehörigen eingefunden. Nach zwei Musikvorträgen von Kindern aus den Riedwiesen und der offiziellen Begrüßung folgte die eigentliche Mitgliederversammlung. Dieser schloß sich ein gemütliches Beisammensein mit Essen und einem Rückblick auf die Geschichte der Genossenschaft an.

In die Wiederaufbauphase fielen aber auch städtebauliche Planungen der Stadt, auf die die Genossenschaft, eine große Zahl ihrer Mitglieder und betroffene andere Anlieger sehr heftig reagierten. Damit konnten die der Siedlung drohenden Gefahren abgewendet werden. Seit 1959 waren bei der Stadt schon Verbreiterungen der Straßen in den Riedwiesen erwogen worden. Die Stadt versuchte aber zunächst, einer Erörterung der Vorhaben aus dem Wege zu gehen. Im Sommer 1963 lag schließlich ein Bebauungsplanentwurf vor, nach dem alle Straßen in der Siedlung, wenn auch unterschiedlich, verbreitert werden sollten. Besonders die Anlieger Am Hange wären davon betroffen worden. Dementsprechend konzentrierten sich die Auseinandersetzungen in Erörterungs- und Protestveranstaltungen, Presseberichten und persönlichen Eingaben auf dieses Problem und verdeutlichten den massiven Widerstand der Betroffenen. Die Genossenschaft machte von den zulässigen rechtlichen Möglichkeiten, die sich auf Bedenken und Anregungen beschränken, Gebrauch. Es kam schließlich zu einer Übereinkunft mit dem Leiter des Planungsamtes, der zufolge die Stadt es als ausreichend ansehen würde, wenn die Genossenschaft durch Bau einer genügenden Zahl von Garagen und Kfz-Einstellplätzen eine Befreiung der Straßen vom ruhenden Kfz-Verkehr erreichte. Im Februar 1965 teilte die Genossenschaft der Stadt mit, daß nach Zubau von 12 Garagen nunmehr für 59 Kraftfahrzeuge, die in der Siedlung vorhanden waren, 4 Einstellplätze und 47 Garagen, von denen 3 nicht zu vermieten waren, zur Verfügung standen. Angesichts leerer Kassen wandte sich die Stadt dann wohl vordringlicheren Aufgaben zu.

Eine frühere Einbahnstraßenregelung für die Nord-Süd-Straßen in der Siedlung hatte in den teilweise durch Zäune und Hecken schwer überschaubaren

Kreuzungsbereichen, auch angesichts des unterschiedlichen Straßenausbaus, eine relativ große Verkehrssicherheit gewährleistet, zumal ein Begegnungsverkehr ausgeschlossen war. Mit der generellen Einführung des Rechts-vor-links-Verkehrs in den fünfziger Jahren entfiel diese Regelung.

Ein Bebauungsplanentwurf aus dem Jahre 1974 sah die Verlängerung der Straße Auf der Bunte in einem 260 m langen Bogen durch das von der Genossenschaft für eine spätere Bebauung vorgehaltene Gelände zur Straße Riedwiesen hin vor. Nachdem die Genossenschaft früher schon dem Wunsch der Stadt auf Verlegung von Versorgungsleitungen auf ihrem Gelände in Verlängerung des Geröderweges entsprochen hatte, konnte sie davon ausgehen, daß der spätere Ausbau dieses Weges zur Straße beabsichtigt sei. Sie stimmte daher der im Bebauungsplan-Entwurf vorgesehenen Straßenführung ebensowenig zu wie einer Wendepalte am Ende der Straße Auf der Bunte, da nur der Ausbau des verlängerten Geröderweges zur Straße für sinnvoll gehalten wurde.

Die Wiederaufbauzeit verlief im wesentlichen mit einer ähnlich intensiven Bautätigkeit wie die der Neubauabschnitte in den zwanziger Jahren. Allerdings hatten sich die Voraussetzungen erheblich geändert. Die Eigenmittel und die aus dem Mietaufkommen verfügbaren Erträge mußten zunächst zu vordringlichen Instandsetzungen eingesetzt werden, um den geschädigten Mitgliedern soweit wie möglich wieder erträgliche Wohnverhältnisse zu schaffen. Infolge der günstigen Abwertung der Geschäftsanteile von 100 : 50 gegenüber 100 : 6,5 bei Sparkonten und Barguthaben konnten die Geschäftsanteile ohne besondere Schwierigkeiten wieder auf DM 500,- heraufgesetzt werden. Zinsgünstige öffentliche Mittel und nicht zuletzt eine opferbereite Mitgliederbeteiligung hatten es ermöglicht, daß bis zum Jahre 1954 bis auf acht in den Riedwiesen alle zerstörten Häuser wieder vollständig aufgebaut waren. Dabei war die Zahl der nutzbaren Wohnungen insgesamt um 18 % größer als vor dem Kriege. Von den 71 Mitgliedern, die durch Kriegseinwirkung ihre Wohnung verloren hatten, konnten 16 wieder ihre früheren Wohnungen beziehen und 21 in anderen Genossenschaftswohnungen unterkommen. Die restlichen Mitglieder hatten infolge Tod, Wegzug oder an die Darlehen gekoppelten Belegungsbindungen nicht mehr die Möglichkeit, in ihre vertraute Umgebung zurückzukehren.

Parallel zu den noch anstehenden Wiederaufbauten, deren Schwerpunkt in dem am stärksten zerstörten

Siedlungsteil Am Hohen Rod lag, begann die Modernisierung des Altbaubestandes. Diese wurde neben Zweckmäßigkeitserfordernissen für ein zeitgemäßes Wohnen zunehmend von energie- und umweltpolitischen Erfordernissen beeinflusst. Die Modernisierung erstreckte sich vorrangig auf zentrale Heizungsanlagen, Isolierglasfenster und Wärmedämmmaßnahmen im Dachbereich. Sie wurde vorwiegend bei Grundinstandsetzungen an Häusern, bei Mieterwechseln oder nach Maßgabe verfügbarer Mittel auch auf Wunsch von Mitgliedern durchgeführt. Mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse, insbesondere der älteren Mitglieder, und unter Inkaufnahme finanzieller und verwaltungsmäßiger Nachteile konnte bisher auf die Durchsetzung rechtlich an sich möglicher Zwangsmodernisierungen verzichtet werden.

Die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewannen aber auch einen denkmalpflegerischen Aspekt, als mit zunehmender Rückbesinnung von Baubehörden und einer dafür aufgeschlossenen Öffentlichkeit das Interesse auch auf die Siedlungsbauten der zwanziger Jahre gelenkt wurde. Durch den vorwiegend im alten Baustil erhaltenen beziehungsweise wiederaufgebauten Hausbestand am Fasanenhof ergaben sich dort kaum Probleme. Schwieriger gestaltete sich die Diskussion um die Riedwiesen-Siedlung. Sie hatte jahrzehntelang ein oft nur belächeltes Außenseiterdasein im Baugeschehen der Stadt geführt. Das war nicht ohne Folgen, auch für die Bewohner, geblieben, die angesichts moderner Wohnmöglichkeiten nicht unbedingt zugunsten »musealer« Vorstellungen zurückstehen wollten. Dabei waren Studienarbeiten und Presseveröffentlichungen, die oft genug nur auf Spektakuläres zielten, ohne sich ernsthaft um Fakten, Zusammenhänge und deren Hintergründe zu bemühen, meist wenig hilfreich für die Genossenschaft.

Nachdem sich schon seit einiger Zeit abzeichnete, daß nunmehr behördlicherseits auf Fragen der baulichen Gestaltung in der Siedlung Einfluß genommen werden sollte, gab es etwa seit Mitte der siebziger Jahre hierzu im Rahmen denkmalpflegerischer Bestrebungen auch konkrete Ansätze. Anfang der achtziger Jahre kam es dann zu Verhandlungen mit dem Amt für Bauordnung und Denkmalpflege, da die Stadt eine Ortsbausatzung über die Gestaltung baulicher Anlagen zu erlassen beabsichtigte.

Die Genossenschaft hatte ihrerseits frühzeitig eine Beratungskommission für künstlerische Angelegenheiten berufen, die sich vor allem mit der Farbgebung der Häuser befaßt hatte. 1983 hatten Vorstand und

Aufsichtsrat Richtlinien für die äußere Gestaltung der Siedlung bei den weiteren Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen erarbeitet. Diese sollten den für die Baumaßnahmen zuständigen Bearbeitern die Leitlinien für die Erhaltung und eventuell noch mögliche Wiederherstellung des alten Siedlungsbildes aufzeigen. Zugleich sollte damit den zumeist auf Eigeninitiative beruhenden, individuellen, aber nicht genehmigten Verschönerungsvorhaben von Mitgliedern entgegengewirkt werden. Die in diesem Zusammenhang gesammelten Erfahrungen konnte die Genossenschaft in die Gespräche mit der Stadt einbringen. Damit waren gute Voraussetzungen für gegenseitiges Verständnis und eine weitgehende Übereinstimmung in den beiderseitigen Belangen gegeben.

Um die Jahreswende 1988/89 gab die Stadt amtlich bekannt, daß jeweils die überwiegenden Teile beider Siedlungen als Gesamtanlagen den Kulturdenkmälern gemäß den Bestimmungen des Hessischen Denkmalschutzgesetzes in der Fassung vom 5.9.1986 zugeordnet worden waren. Dies traf die Genossenschaft nicht unvorbereitet. Mit dieser Maßnahme ergaben sich aber neben verwaltungsmäßiger Mehrarbeit auch finanzielle Mehrbelastungen. Gleichwohl haben Vorstand und Aufsichtsrat einmütig beschlossen, auch die nicht von den Denkmalschutzbestimmungen betroffenen Siedlungsteile in Fragen der äußeren Gestaltung entsprechend diesen Bestimmungen zu behandeln. Damit sollte eine weitere unerwünschte Auseinanderentwicklung innerhalb der Siedlungen vermieden werden.

Das von der Genossenschaft angestrebte Ziel, das Straßen- und Siedlungsbild im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu bewahren beziehungsweise wiederherzustellen, wird noch Jahre in Anspruch nehmen. Es kann vorwiegend nur im Rahmen von Instandsetzungen und Modernisierungen an »Dach und Fach« erfolgen. Das Verständnis und Interesse aller Mitglieder dafür ist erforderlich, auch wenn es angesichts mancher zeittypischer baulicher, oft nur modischer, Entwicklungen bisweilen nur schwer zu wecken ist.

12. Gegenwart und Ausblick

75 Jahre einer wechselvollen Geschichte der Genossenschaft in einem ständig sich wandelnden Umfeld erlauben und erfordern einen Rückblick, um Rechenschaft zu geben über das Erreichte. Aber dieser

Anlaß markiert kein erreichtes Ziel. So wie bisher wird die Genossenschaft sich bei veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen und gesetzlichen Grundlagen mit ihrem Umfeld, aber auch mit ihrem Selbstverständnis auseinandersetzen müssen. Zahlreiche Satzungsänderungen in der Vergangenheit bezeugen diesen ständigen Prozeß. Vergleicht man aber die erste mit der heute gültigen Satzung, so ist der Zweck der Genossenschaft, auch über die politischen und gesellschaftlichen Wandlungen der vergangenen Jahrzehnte hinweg, im Kern der gleiche geblieben. Gesetze und Satzung begrenzen den Tätigkeits- und Geschäftsbereich auf eine nicht gewinnorientierte Wohnungsfürsorge für die Mitglieder. Darüber hinausgehende Aktivitäten, die nicht diesem Zweck oder unmittelbar und überwiegend ihren Mitgliedern dienen, sind unzulässig. Man mag das bedauern und könnte die Gemeinnützigkeit als nur dem Eigennutz der Genossen dienend betrachten. Dieser Gedanke liegt nahe in einer Gesellschaft, die einerseits weitgehend von Gewinnstreben als wirtschaftlichem Motor bestimmt ist, andererseits aber mit einer kaum noch überschaubaren Vielfalt von öffentlichen und privaten Hilfsaktionen lebt. Aber der Begriff der allgemeinen Wohlfahrt ist nicht zu übertragen auf die jeweils zielgerichtete Gemeinnützigkeit einer Genossenschaft. Innerhalb dieser ergibt sich ohnehin ein breites Spektrum sozialen Engagements.

Betrachtet man die heutige soziale Struktur der Gesamtheit unserer Mitglieder, so spiegelt diese weitgehend das Bild unserer Gesellschaft wieder. Vergleiche mit der Mieterschaft früherer Jahrzehnte sind nur bedingt möglich. Der Anteil der Berufsgruppen und deren Größen haben sich kaum verändert. Neue Mietergruppen wie Berufsanfänger und Studenten sind hinzugekommen und zeigen die allgemein gestiegenen Wohnansprüche. Die Zahl der Alleinstehenden, Alleinerziehenden und der unverheiratet Zusammenlebenden hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist derzeit noch mit 56 Jahren hoch, bedingt durch den mit der Zeit gewachsenen Anteil an Ruheständlern. Selbst durch den in den letzten Jahren gezielt geförderten Zuzug junger Familien mit Kindern ist erst auf längere Sicht eine wesentliche Verjüngung im Sinne einer ausgewogeneren Altersstruktur zu erwarten. Diesem Ziel dient auch der Rückbau von Kleinwohnungen, insbesondere in frei werdenden ehemaligen Einfamilienhäusern, zumal damit zugleich der zu hohe Anteil an Kleinwohnungen verringert werden kann.

In der Wohnungsbelegung werden einerseits die im allgemeinen Trend liegenden höheren Wohnan-

sprüche sichtbar, andererseits gewähren aber die von der Genossenschaft ausschließlich abgeschlossenen Dauernutzungsverträge auch dann weiterhin ein Bleiberecht, wenn die Familienverhältnisse sich entscheidend verändert haben. Dieser seit jeher für die Wohnungsbewirtschaftung gültige Grundsatz zielt darauf ab, den Mitgliedern ein Leben lang eine Heimstatt zu geben. So sind vielfach die Häuser und Wohnungen in die Hände von Kindern und Enkeln übergegangen. Oder aber sie sind Fixpunkte geblieben, mit denen sich Elternhaus, Freunde und Jugenderinnerungen verbinden. Die vielen Ehemaligen, die das Leben an andere Orte geführt hat, die aber immer wieder gerne in die alte Vertrautheit zurückkehren, bestätigen diese Verbundenheit eindrucksvoll.

Nicht zuletzt ist aber auch die langjährige Treue vieler Mitglieder zur Genossenschaft und ihren Siedlungen, ihren Nachbarn und Freunden eine ganz wichtige Element des genossenschaftlichen Selbstverständnisses und ein stabilisierender Faktor; auch in kritischen Situationen. Auf der Grundlage der gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorgaben drückt sich dieses Selbstverständnis im Verhältnis der Mitglieder untereinander und zur Genossenschaft als Institution, aber auch im Umgang der Mitglieder und der Verwaltungsorgane miteinander aus. In beiden Fällen sind es die Menschen in der Vielfalt ihrer Eigenheiten, die dieses Verhältnis, ungeachtet der nun einmal unumgänglichen und für alle verbindlichen Regeln, bestimmen. Nach außen hin zeigt das Bild unserer Siedlungen, wie es um das Interesse der Menschen an der Genossenschaft bestellt ist. Uniformität wäre ebenso unerwünscht wie eine rücksichtslose und egoistische Nutzung der den Mitgliedern zum Gebrauch überlassenen Häuser und Gärten. Hier für ein ausgewogenes und verantwortbares Gesamtbild zu sorgen, kann aber nicht nur den Verwaltungsorganen überlassen bleiben. Alle sind hier zur Mitarbeit und gegenseitigen Beratung aufgerufen.

Eine ganz wesentliche Voraussetzung für das Überleben der Genossenschaft in mehr als sieben Jahrzehnten war und wird es auch für die Zukunft bleiben, daß sich immer wieder Mitglieder finden, die bereit sind, ehren- oder nebenamtlich ihre Arbeitskraft und ihre Freizeit in Vorstand oder Aufsichtsrat in den Dienst der Genossenschaft, d.h. ihrer Mitgenossen zu stellen.

Die Verwaltungsarbeit ist in den vergangenen Jahren infolge häufiger Änderungen mietrechtlicher Bestimmungen und öffentlicher Abgaben immer umfangreicher und trotz neuer technischer Möglichkeiten zu

ihrer Bewältigung nicht einfacher geworden. Die Hauptlast der hier anfallenden Arbeit liegt neben den vielfältigen Kontakten zu Mitgliedern und Firmen bei den hauptberuflichen Mitarbeitern der Geschäftsstelle. Aufgaben, die vom Umfang her oder fachlich die Kapazität unserer Verwaltung übersteigen, wie zum Beispiel der Jahresabschluß oder Steuerangelegenheiten, werden zur Beratung oder Bearbeitung an den Fachverband beziehungsweise die Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft in Frankfurt abgegeben. Moderne Bürotechnik ist aber dessen ungeachtet in der Geschäftsstelle erforderlich geworden und soll die Mitarbeiter von der bisher noch weitgehend manuellen Umsetzung des Datenmaterials befreien. Damit wird zugleich auch eine bessere Betreuung der Mitglieder ermöglicht.

Das heutige konsumorientierte Verhalten vieler Menschen mag das dem Genossenschaftswesen innewohnende Prinzip gelegentlich verkennen lassen, daß alle Mitglieder ungeachtet ihrer jeweiligen wirtschaft-

lichen Stärke gleichberechtigt sind. Aber allein eine demokratische Selbstverwaltung und Selbstkontrolle können und dürfen die Geschicke der Genossenschaft bestimmen. Weder Einzel- noch Gruppeninteressen dürfen dieses Prinzip unterlaufen, wenn alle sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Wer seine Geschäftsanteile als Mietkaution auffaßt und eben nicht als seinen finanziellen Anteil an der Genossenschaft, verleugnet auch den ideellen Anteil an der Gemeinsamkeit aller Mitglieder. Er begibt sich damit auf ein Händler-Kunde-Niveau, das sich in der Bedarfsdeckung erschöpft. Die überschaubare Größe unserer Genossenschaft, ihrer Mitgliederzahl und ihrer Siedlungen läßt jeden, der dazu willens ist, an einem für alle sinn- und verständnisvollen Miteinander teilhaben. Das ist ein Vorteil, der in größeren Zusammenschlüssen zwangsläufig nicht mehr gegeben ist. Wir sollten gemeinsam alles daransetzen, daß dieses durch die Geschichte unserer Genossenschaft erworbene Gemeinschaftsgefühl auch in die Zukunft weitergegeben wird.

A.L.

Quellen und herangezogene Literatur

Archiv der Erbbaugenossenschaft
Chronik des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden
Heide

Statistische Monatsberichte der Stadt Cassel von
1919

Hermann Muthesius, in: Die Gartenvorstadt Leipzig-
Marienbrunn, 1913

J. Schlier und D. Most: Wohnungsbau in Kassel
während der Weimarer Republik, 1981

J. Schlier und D. Most: 100 Jahre genossenschaftlicher
Wohnungsbau, 1989

(Festschrift der Vereinigte Wohnstätten 1889 e G)

G. A. Stör: Kasseler Verkehrsgesellschaft AG, 3. Auf-
lage 1986

Kasseler Neueste Nachrichten vom 16.4.1932

Hessische Allgemeine: Ein Blick zurück (569) vom
12.1.1974

Hessische Allgemeine: Ein Blick zurück (661) vom
6.12.1975

Dr. W. Wölbing: Kirche Kirchditmold 200 Jahre

Den beteiligten Mitarbeitern des Stadtarchivs, des
Vermessungsamtes und des Amtes für Bauordnung
und Denkmalpflege der Stadt Kassel, der Stadtreini-
ger, der Kasseler Verkehrsgesellschaft AG und des
Bauhaus-Archivs in Berlin sei für ihre hilfreiche Unter-
stützung bei den verschiedenen Nachforschungen
zur Dokumentation herzlich gedankt.

HANS SOEDER

DER ARCHITEKT DER RIEDWIESEN-SIEDLUNG



Hans Soeder wurde am 18.10.1891 in Berlin geboren, sein Vater stammt aus einer alten Darmstädter Familie und seine Mutter aus Ostpreußen. Er hatte drei Geschwister.

1910 bestand er das Abitur am Realgymnasium in Berlin. Schon als Schüler malte, ruderte und wanderte er. 1910 bis 1914 studierte er in München und Darmstadt Architektur. Dazwischen arbeitete er als Praktikant bei einem Zimmermann im Harz, wo er die alten Techniken des Holzbaus kennenlernte. Daneben engagierte er sich in der Jugendbewegung. 1914 erhielt er einen Architektur-Preis und legte die Diplom-Hauptprüfung ab. Nach dem Ausbruch des ersten Weltkriegs wurde er Soldat. Den größten Teil der Militärzeit war er in Rußland, wo er eine starke innere Beziehung zu diesem Land entwickelte und auch das Material zu seiner Doktorarbeit sammelte. 1918 bekam er Urlaub zur Fertigstellung der Dissertation 'Beitrag zur Geschichte des Holzbaus' und bestand die Prüfung mit Auszeichnung. Nach dem Krieg folgen viele Tätigkeiten, teilweise parallel, Assistent an der TH Darmstadt und Konstrukteur für Holzbau. 1920 bis 1923 Ausbildung, Tätigkeiten und

Prüfungen zum Regierungsbaumeister in Wetzlar, Giessen und Darmstadt, Planungen, Bauleitungen von Satelliten-Orten, Bauten, Wettbewerbe, Aufsätze, ein Buch »Das Holzwerk des Kleinhauses«, Mitglied der Darmstädter Sezession und der Novembergruppe. Planung und Modell einer Holzkirche. 1923 Mitarbeiter von Otto Bartning in Berlin zur Planung der Sternkirche u. a. m. Im Sommer Regierungsbaumeister am Staatsbauamt Gleiwitz zur Oberleitung beim Bau von 1000 Flüchtlingswohnungen nach Plänen von Ernst May. Oktober 1923 Berufung als a. o. Professor an die Kunstakademie Kassel zur Leitung einer Meisterklasse und als geschäftsführender Direktor zur Durchführung der Umstellung auf Werkstattausbildung. Daneben Planung und Oberleitung von Stadterweiterungen, Siedlungen, Wohnblocks, Einzelhäuser, Kinderheime, Sanatorien, Wettbewerbsentwürfe für Kirchen, Verwaltungsbauten u. a. m., dienstliche und öffentliche Vorlesungen, Organisation von Kunstausstellungen und Reisen. Mitglied, Vorstand des BDA, Werkbund, Der Ring. 1932 Berufung als a. o. Professor an die Staatliche Kunstakademie Düsseldorf. Tafelwerk »Baukunst als geistige Welt« auf der

Ausstellung für kirchliche Kunst im Museum Folkwang Essen. Planung einer Wohnstadt bei Godesberg.

Im Sommer 1933 wurde er mit Paul Klee und Heinrich Campendonk als 'Kunst-Bolschewist' ohne Versorgung entlassen. Im Winter schwerkrank nach Oberstdorf übersiedelt, Auflösung der Familie, Verteilung der Kinder. Existenzaufbau als selbständiger Architekt. Gespräch mit C. G. Jung in Zürich über die Urformen der Baukunst. Die Bautätigkeit wurde ständig behindert durch den späteren General-Baudirektor Giesler. 1936 Umzug nach Darmstadt, Berater der Architekt der Zeppelin-Reederei in Frankfurt/M, Planung und Oberleitung der Siedlung Zeppelin-Heim, Betriebsgebäude am Flughafen und Innenausstattung des LZ 130. 1939 Entzug aller öffentlichen Aufträge durch den Gauleiter der NSDAP, Verbot der Teilnahme an Wettbewerben und Ausstellungen. Das Frankfurter Büro wird aufgelöst, über das Teilbüro Darmstadt werden private Bauten fertiggestellt. Über persönliche Vermittlung wird eine Tätigkeit an der Staatsbauschule Idstein möglich, und er wird später aufgrund der Lehrerfolge als beamteter Baurat übernommen. April 1941 bis Ende 1943 beurlaubt als Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Deutschen Archäologischen Instituts zur Aufnahme kriegsbedrohter Bauüberlieferungen in Italien aufgrund der 1932 gelungenen Entdeckung noch fortlebender Langobardensiedlungen in Oberitalien. 1944 Berufung als a. o. Professor an die TH Breslau auf den von der NSDAP ideologisch nicht kontrollierten Lehrstuhl für Baustoffkunde auf Grund von Aufsätzen und Schriften, um daneben die Forschungsergebnisse aus Italien zu bearbeiten. Der Luftangriff, der Darmstadt am 11.9.1944 zerstörte, vernichtete auch die dort gelagerten Forschungsteile. Beim russischen Vorstoß auf Breslau 1945 dienstlich angeordnete Überführung der Forschungsreste in den Westen.

Nach dem Krieg 1945 Aufbau einer neuen Existenz als freier Architekt in Jugenheim a. d. Bergstraße. Anfangs einige Umbauten, dann Entwicklung neuer Bauweisen mit Leichtbeton und Stahlbetonmontage. 1.4.1948 bis 30.9.1951 Direktor der Werkkunstschule der Stadt Wiesbaden, die er mit seinen reichen Erfahrungen zeitgemäß neu aufbauen konnte. Das erfolgreiche Konzept entstand in Zusammenarbeit mit anderen Kunstschul-Leitern und wurde an anderen Orten übernommen.

Ab 1952 Wiederherstellung der im Krieg verlorenen Forschungsergebnisse aus Italien, größtenteils mit einem Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf Antrag der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Deutschen Archäologischen Instituts. 1955 Erkrankung und Herzinfarkt infolge Überarbeitung. Danach Aufarbeitung der Forschungsergebnisse für die Veröffentlichung. Daneben liefen einige Pläne und Bauten. 1959 Emeritus der Fakultät für Architektur der TH Darmstadt. Am 4.8.1962 Tod in Basel.

Das Buch war bis auf wenige Seiten und Zeichnungen fertig, und der jüngste Sohn, C. J. Soeder, der ihn auf der letzten Reise begleitete, hat die letzten Arbeiten durchgeführt und das Buch herausgegeben. Es erschien mit dem Titel »Urformen der abendländischen Baukunst« 1964 bei DuMont.

Der künstlerische Nachlaß befindet sich im Bauhaus Archiv in Berlin, soweit er über den Krieg erhalten blieb. Einzelne Stücke befinden sich bei den Kindern.

A.S.

(Andreas Soeder ist ein Sohn des Architekten Professor Dr. Hans Soeder)

ERINNERUNGEN AN FAST 60 JAHRE IN DER IHRINGSHÄUSER STRASSE



Sechzig Jahre in der Ihringshäuser Straße? Wer das hört oder liest, wird es kaum für möglich halten, daß es jemand in dieser verkehrsreichen Straße so viele Jahre ausgehalten haben will. Nun, hierzu muß gesagt werden, daß »unsere Ihringshäuser« einmal eine ganz ruhige, dichtbewachsene Eichenallee gewesen ist. Sie diente Kindern und Erwachsenen als ideale Rodelbahn, und manche erinnern sich noch an rasante Schlittenfahrten bis zur Weserspitze. Die Allee war 1791 im Auftrag von Landgraf Wilhelm IX. gepflanzt worden und hat 130 Jahre gestanden. Dann wurden die Bäume gefällt.

1926 hatte die Genossenschaft an dieser Straße die Häuser Nr. 50 bis 56 erbaut, eingepaßt in die dort von der Stadt so vorgesehene Bebauungsvorschrift. Im Sommer 1934 zogen wir ins Haus Nr. 52. Hier ließ es sich gut wohnen. Jeder Mieter hatte hinterm

Haus seinen Garten, wo wir Kinder herrlich spielen konnten. Auf der Straße kaum Autos, die Straßenbahn fuhr von der Weserspitze kommend am Krankenhaus vorbei bis zur Endstation »Eisenschmiedek« in der Ihringshäuser Straße.



Viele schöne Erinnerungen sind bis heute geblieben. Damals wohnten die Nachbarn, deren Namen mir heute noch vertraut sind, über viele Jahre in ihren Wohnungen. Gegenwärtig ist mir noch das Milchgeschäft der Schwestern Else und Emmi Schmidt hinter den Arkaden des Hauses Nr. 54. An heißen Sommertagen luden Tische und Stühle vor dem Laden zum Verweilen ein.



Leider wurden die Häuser am 3. und 22. Oktober 1943 durch Bomben zerstört, und es blieb das übrig, was auf den Fotos an die schrecklichen Angriffe vor über fünfzig Jahren erinnert.

Es dauerte sieben Jahre, bis wir, die Bewohner der Häuser Nr. 50 und 52, wieder einziehen konnten. Einige Ehemalige blieben fern, dafür kamen neue Mieter. Die Wohnungen waren jetzt kleiner aufgebaut, so daß die doppelte Anzahl an Familien Platz fand. Auch mit ihnen stellte sich wie in früheren Zeiten eine gute Hausgemeinschaft her, die zu pflegen wir immer bemüht waren.



An den starken Autoverkehr in den letzten Jahren mit Lärm und Abgasen von 20 000 Autos täglich hat man sich gewöhnen müssen. Durch Bepflanzung mit Sträuchern und Bäumen im Vorgarten ist es einigermaßen erträglich geworden. Ein Glück, daß wir unsere Gärten hinter dem Haus zur Kowitzstraße hin haben! Eine Oase trotz unmittelbarer Straßennähe!



Zu den Genossenschaftshäusern Fasanenhof gehören auch die in der Kowitzstraße, einer ruhigen Straße, früher auch Spielstraße genannt, ohne Durchgangsverkehr, zumindest in dem Teil, wo die Erbbau-Häuser stehen.

Generationen sind der Erbbaugenossenschaft treu geblieben. Von früheren Mitgliedern und Mietern aus meiner Kindheit sind noch heute die Erben sowohl in der Kowitzstraße als auch in der Ihringshäuser Straße zu Hause.

R. P.



GÄRTEN UND BÄUME

Zu fast allen Wohnungen der Genossenschaft gehören Gartenanteile, die von jedem Mieter laut Nutzungsvertrag »zu pflegen und in ansehnlichem Zustand zu halten« sind. Sie prägen das Bild unserer Siedlung in gleicher Weise wie die Architektur der Häuser, und sie sind eine wesentliche Grundlage für die Lebensqualität in der Genossenschaft. Gerade auch am Fasanenhof und hinter den Häuserzeilen der Ihringshäuser Straße gewähren sie Entspannung, Ruhe und Erholungsräume. Natürlich sind sie Lust, aber auch Last ihrer Bewohner, und wer durch die Straßen wandert und hier und da über die Zäune und durch die Hecken schaut, kann die unterschiedlichsten Kleinwelten und ihre Lebensanschauungen studieren. Da sieht man hier einen peinlich genau gepflegten englischen Rasen und gleich in der Nachbarschaft eine ausgesprochene Streuobstwiese. Der eine gestaltet seinen Garten als gärtnerisches Kunstwerk mit wunderschönen Blumenrabatten, der andere als reinen Obst- und Gemüselieferanten, und mancher Fläche sieht man auch an, daß zur Pflege und Nutzung Zeit und Kräfte fehlen oder auch vielleicht die Bewohner meinen, die unberührte Natur sei so am schönsten.

Eines zeigen die Gärten aber auch gemeinsam: Sie sind in die Jahre gekommen, erkennbar an den vielen hoch über die Dächer hinauswachsenden Bäumen

und an den üppigen Hecken. Da war das Bild um 1925 doch noch ein ganz anderes, und mancher mag vom heutigen Einwachsen geträumt haben. Aus den Akten der Genossenschaft geht hervor, daß man damals um ein gutes Gesamtbild der Siedlung durch Baumpflanzungen bemüht war. Da heißt es am 13. 8. 1927: »Das gesamte Erbbaugelände ist mit Obstbäumen nach dem Bepflanzungsplan der Bauberatung zu bepflanzen.« Für die Straßenzüge sah man ebenfalls feste Baumreihen vor. So heißt es 1926: »...haben wir die Bepflanzung der Siedlungsstraßen in den Riedwiesen nunmehr sofort in die Wege geleitet. Der Vorstand hat sich bei der Auswahl der verschiedenen Baumarten in den einzelnen Straßen von dem Gedanken leiten lassen, die Siedlung im Ganzen und die Häuser im Einzelnen durch die Eigenart der ausgewählten Sorten noch mehr als bisher zu heben.« Am Hohenrod, an der Kleebreite und am Geröderweg sollten hochstämmige Schattenmorellen stehen. Doch ist man davon bald wieder abgekommen und hat der Birke den Vorzug gegeben: »Das Bauamt ist mit der von uns vorgeschlagenen Verwendung von Pappeln und Birken einverstanden, glaubt aber, daß eine einheitlichere Wirkung erzielt wird, wenn auch die Süd-Nord-Straßen mit Birken bepflanzt werden«, da die »vorgesehenen Kirchenalleen in der Obstbaumbepflanzung der Gärten untergehen werden und die von uns angestrebte

scharfe Markierung der Straßenzüge nicht zur Wirkung kommen wird.« So in einem Schreiben vom November 1927.

Aber auch folgender Satz sollte ins Gedächtnis gerufen werden: »Die Beträge, die für den einzelnen Wohnungsinhaber durch die Anschaffung (der Bäume) in Frage kommen, werden vorläufig aus der Genossenschaftskasse ausgelegt und von den einzelnen Genossen innerhalb eines Jahres in monatlichen Teilbeträgen von 0,50 M zu tilgen sein.«(1925) Damals bot die Genossenschaft auch Sammelbestellungen von Gartenstauden für die Mitglieder an.

Inzwischen haben die Birken und die Stauden längst die Gärten gefüllt und zusammen mit den Hecken die Häuser tief ins Grün eingebettet, sind inzwischen auch längst bereits anderen Bepflanzungen gewichen und haben das angestrebte einheitliche Bild sehr verändert. In den späteren Jahren häufen sich dann die Mahnungen des Vorstandes, die Hecken zu schneiden, die Fußwege von überhängenden Zweigen und auch vom herabgefallenen Obst freizuhalten.

Mag manchem heute die Größe der Gärten wegen der Pflegelast überdimensioniert erscheinen, so ist sie den Gründungsfamilien und ersten Mietern gerade recht gewesen. Bei der Bemessung solcher Gärten ging man damals allgemein von mindestens 250

qm und einem Kleintierstall aus. Das, wußte man damals, konnte nebenberuflich und ohne fremde Hilfe intensiv bewirtschaftet werden und deckte den Obst- und Gemüsebedarf einer fünf- bis sechsköpfigen Familie! Darum diente ein großer Teil der Gärten damals der Ernährungsverbesserung der Familie. Heute sind sie eher kleine Freizeitanlagen und Hobbyfelder, und ihre Bepflanzung und Anordnung erfolgt nach entsprechenden Bedürfnissen. Heute wohnen weniger Menschen in den einzelnen Wohnungen, und der Garten kann kaum noch als wichtige Quelle des Nahrungsbedarfs angesehen werden.

So spiegeln die veränderten Grünräume um die Häuser die veränderten Zeiten und gestalten heute in anderer Weise, aber ähnlich entscheidend wie früher, das Gesamtbild beider Siedlungen. Selbst die sonst allgegenwärtigen Autos, denen mit der Errichtung von Garagen und Abstellplätzen vor Jahren der zeitbedingte Tribut auf Kosten der Gartenfläche gezollt werden mußte, müssen sich mit engen Straßen bescheiden und haben nicht wie anderenorts das Grünland unter ihre Asphaltdecke gebracht.

So verwirklichen Riedwiesen und Fasanenhof auch heute noch das Ziel, das die Gartenstadtbewegung um 1900 so formuliert hatte:

Stadtnahes Wohnen im Grünen

H.R.

MOTORISIERTE MENSCHEN IN NATURNÄHER SIEDLUNG

Seit eh und je sind die Genossenschaftssiedlungen gut an die Stadt angebunden. Stadtnahes Wohnen im Grünen hieß immer, das Stadtzentrum mit seinen Versorgungseinrichtungen und Kulturstätten leicht erreichen zu können. In der Anfangszeit wurde auch der Fußweg durchaus noch als eine solche Möglichkeit angesehen. Ein Konzert in der Stadthalle galt damals auch zu Fuß als noch leicht erreichbar.

Aber besonders die Straßenbahnanbindung wurde auch immer als ein zwar teures, aber doch hoch zu schätzendes Privileg angesehen und gab den beiden Siedlungsgebieten ihre Stadtteil-Wohnqualität. Für die Riedwiesenbewohner kam noch die Möglichkeit der Eisenbahnverbindung vom Bahnhof Kirchditmold aus hinzu. Ihn gibt es heute nicht mehr.

In den zwanziger Jahren war es die Linie 4, die von der Prinzenquelle in die Stadt führte und am Theater vorbei bis an die Ihringshäuser Straße und ins Fuldatal fuhr. So hat diese Linie, mehr zufällig als gewollt, unsere beiden Siedlungsteile miteinander verbunden. Ob sie damit zu einer stärkeren Verbundenheit der Genossen beigetragen hat, mag dennoch bezweifelt werden.

Daß die Wohnqualität von solchen öffentlichen Verkehrsmitteln mitbestimmt wird, ist eine allgemeine

Erfahrung gerade auch unserer Zeit. Im Bewußtsein der Genossen war diese Qualität jedenfalls in den achtziger Jahren, als die Stadt die Straßenbahnlinie, damals noch im siebeneinhalb Minutentakt, nicht nur reduzieren, sondern abbauen wollte. In den Riedwiesen entstand eine Bürgerinitiative innerhalb des Nachbarschaftskreises, die auch aus dem damals gewachsenen ökologischen Verantwortungsbewußtsein aufstand gegen die Kapitulation vor dem Individualverkehr und den Autointeressenten und die der Zukunft einer verantwortbaren Erhaltung der Mobilität und damit der Wohnqualität in der Stadt eine Chance geben wollte. Diese Initiative, in die Dr. Wißmann, Am Diedichsborn, den Sachverstand hineintrug, erreichte eine Mobilisierung der Kirchditmolder und trug durch ihr sachkundiges Auftreten in der entscheidenden Bürgerversammlung zur Aufrechterhaltung dieser Schienenverbindung bei. Heute denkt man auch in den städtischen Entscheidungsgremien eher an den Schienenverkehrausbau als an einen Abbau. Umdenken hat trotz aller Widerstände doch deutlich eingesetzt. Nicht mehr die Anpassung unserer Wohnwelt an wachsende Verkehrsbedürfnisse, sondern Verkehrsberuhigung und Fußgängerzonen sind heute die Stichworte geworden.

Das Auto und seine explosionsartige Vermehrung in den letzten beiden Jahrzehnten hat auch unsere klei-

ne Genossenschaft in den Sog seiner Auswirkungen gezogen und das Leben in ihr verändert. In den zwanziger Jahren legte man noch weite Wege, unter Umständen sogar bis in die Stadt, zu Fuß zurück und genoß, trotz dieser Mühe, daß man wohl stadtnah wohnen, aber ohne die Enge und Unruhe der Großstadt leben konnte, sowohl in den Riedwiesen als auch an der Ihringshäuser Straße. Wie anders sieht das heute gerade dort aus!

Natürlich war man damals weniger beweglich, und mancher mag meinen, auch weniger frei, sein Leben zu gestalten, aber wir kennen ja inzwischen die Erfahrung, daß wir heute weniger Zeit haben als unsere Eltern, daß uns das Wochenprogramm der so beweglichen Familie jagt, frühere Generationen dagegen stillere und ruhigere Zeiträume im Wochenablauf hatten, die sie mit Handarbeiten, Besuchen in der Nachbarschaft, mit Spielen im Familienkreis und mit Briefeschreiben füllten. »Seit ich ein Auto fahre, habe ich keine Zeit mehr.« Die Wahrheit dieses zunächst widersprüchlich klingenden Satzes ist ja inzwischen vielfältige Erfahrung. So hat die Entwicklung des Individualverkehrs unser Leben geändert. Damit ist aber auch das Leben in unseren Siedlungen in den fünfundsiebzig Jahren ein ganz anderes geworden.

Ganz einschneidend deutlich und auch bedrückend spüren es die Bewohner unserer Häuser am Fasanenhof, besonders an der Ihringshäuser Straße, und manchem dort mag die eigene Motorisierung wie eine Rettungsmöglichkeit erscheinen, um an freien Tagen in ruhigere Bereiche zu entfliehen. Auch der Siedlungscharakter hat sich dort zwangsläufig geändert. Die Häuser blicken dort nicht mehr hinaus auf die im Kreuzungsbereich platzartige Erweiterung, um am öffentlichen Leben teilhaben zu können, sondern wirken heute, mit Lärmschutzfenstern bewehrt, gegen die Straße eher abweisend, und ihre Blickrichtung möchte auf die Rückseite zu den Gärten hin gehen, zu den ruhigeren Zonen. Die Verbreiterung der alten Allee zur vierspurigen Verkehrsstraße hat nicht nur das Platzareal aufgehoben, sondern auch die Siedlung getrennt. Die Häuser der Koltitzstraße liegen dagegen fast wie in eine Oase zurückgezogen, aber auch hier hat der sogenannte ruhende Verkehr seine Flächen besetzt und Blick- und Bewegungsmöglichkeiten der Menschen eingeengt. Die Straße wird heute nicht mehr als erweiterter Lebens- und Begegnungsraum verstanden. Diese ihre alte Funktion ist heute wie vergessen.

So wie hier das Thema aufgegriffen ist, haben die Menschen die Entwicklung noch vor dreißig Jahren

wohl nicht gesehen. Da war, das eigene Auto zu fahren, ein Befreiungsschritt zu neuen Möglichkeiten, und diese Kostbarkeit in glänzendem Lack vor der eigenen Haustür stehen zu haben, war ein beglückendes Gefühl voller Stolz auf das Erreichte. Solche Erlebnisweise prägt wohl auch heute noch die meisten von uns trotz des aufgekommenen Umweltschutzbewußtseins und der leidvollen Erfahrungen mit dem Massenverkehr.

Vor rund dreißig Jahren begann die wachsende Zahl der Autos unsere Siedlungen spürbar zu verändern. Nicht nur, daß die Lärmbelästigung und ein zu schnelles Fahren gelegentlich in Mitgliederversammlungen zur Sprache kam, sondern auch Aussehen und Struktur der Siedlung wurden nun deutlich berührt. Es ist interessant, in den Akten zu lesen, wie Veränderungsbedarf noch ganz aus dem Denken einer Anpassung an den technischen Fortschritt und seine Forderungen kam. Gewiß gab es auch einige Mitbürger, die schon damals die Ruhe der Siedlung erhalten wissen wollten, aber auf das eigene Auto haben auch sie noch nicht verzichtet.

Zum Konflikt kam es Anfang der sechziger Jahre. Die als Anpassung an die Verkehrsentwicklung gebaute Garagenanlage Riedwiesen/Geröderweg war längst überbucht. In unserer Siedlung waren ja keine Garagen und Abstellplätze vorgesehen gewesen, und größere Plätze oder breite Straßen gab es nicht. Die Zahl der Autos aber begann ganz rasch zu wachsen, und die Karossen sollten außerdem möglichst vor der Haustür stehen. So verstellten bald die Wagen die viel zu engen Straßen und jeden Winkel unserer leicht erweiterten Straßeneinmündungen. Der Druck auf die Genossenschaft, Garagen auf die Grundstücke zu setzen, wuchs, und er wurde nachhaltig auch von der Stadt damals ausgeübt, weil deren Müllwagen und auch die Feuerwehr kaum noch ein Durchkommen sahen. Im Geschäftsbericht des Vorstandes vor der Mitgliederversammlung 1963 kann man lesen: »In große Unruhe wurden die Bewohner der Riedwiesen und besonders der Straße Am Hange versetzt, als die Pläne der Stadt bekannt wurden, im Zeichen des gesteigerten Kraftverkehrs die Straßen der Siedlung erheblich zu verbreitern. Damit wäre es wohl um die Ruhe und ländliche Abgeschiedenheit unserer Siedlung geschehen. ... Nach vielen Verhandlungen, Protesten und hitzigen Debatten mit den maßgebenden Stellen wurde der Plan fallen gelassen, nachdem sich die Genossenschaft verpflichtet hatte, den sogenannten ruhenden Verkehr, d.h. die Tag und Nacht auf den Straßen parkenden Wagen unserer Mitglieder, durch den Bau von Garagen von den

Straßen zu entfernen. Es werden deshalb zunächst im Zuge des Diedichsbornes zwölf Garagen errichtet.«

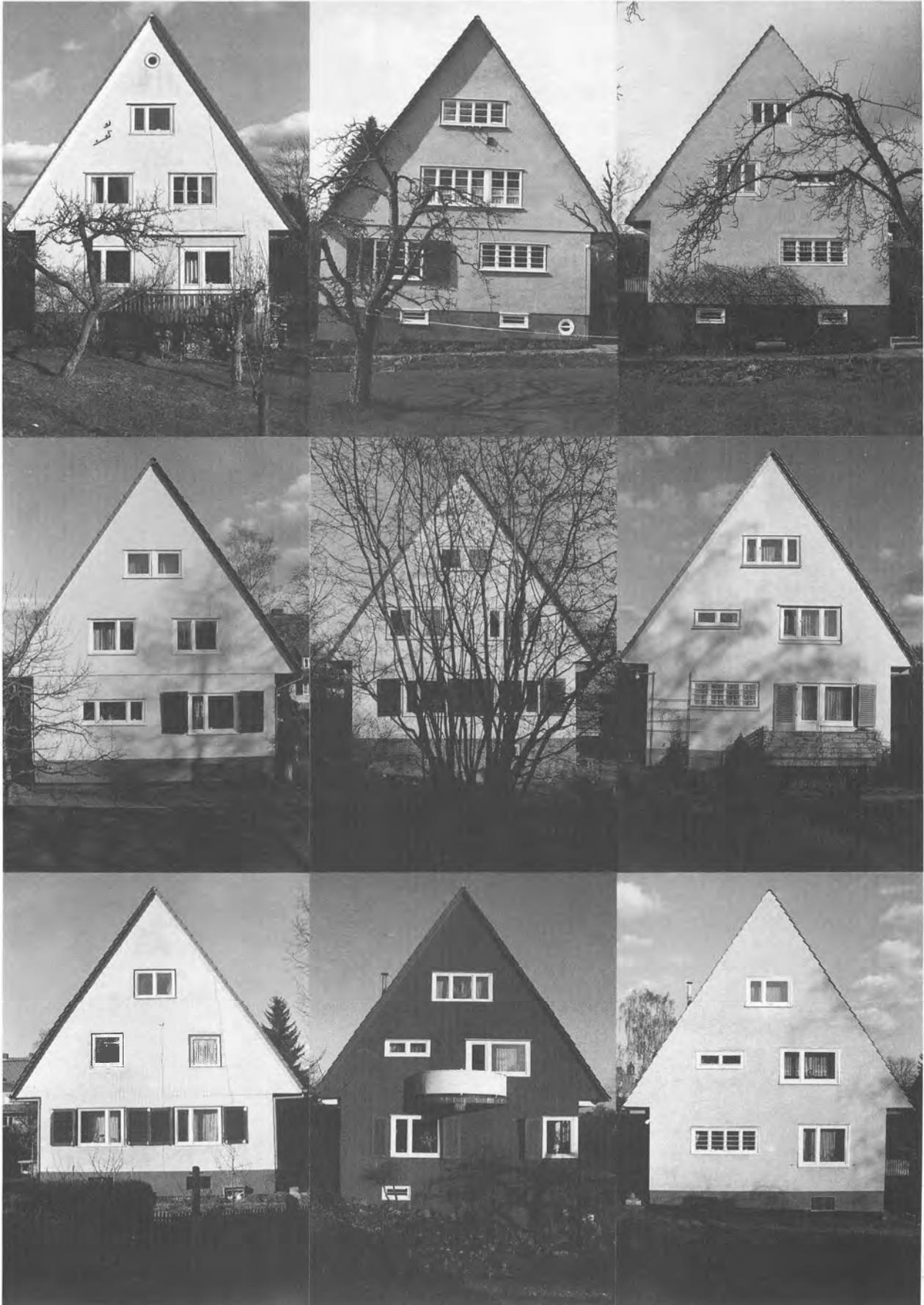
Auch 1964 heißt es im Geschäftsbericht: »Um den Anforderungen der Stadt weiterhin Genüge zu tun, ist eine Anzahl von Stellplätzen in Aussicht genommen, auf denen später Garagen aufgestellt werden können.«

Aber trotz solcher Zugeständnisse an die Verkehrsentwicklung konnte man doch nie Schritt halten mit der Zunahme der privaten Fahrzeuge. 1972 bis 1980 kamen insgesamt zwanzig weitere Garagen hinzu.

Dennoch bestimmen heute die auf den Gehwegen abgestellten Autos das Bild unserer Siedlungen zusätzlich.

So kann man sicher auch für die Riedwiesensiedlung sagen, daß unsere Sträßchen der Autodurchfahrt überlassen sind, die so schmalen Gehwege als Parkraum in Besitz genommen werden und wir nur noch eingeschränkt den öffentlichen Raum der Siedlung als Begegnungs- und Erlebnisraum verstehen. Aber dank unserer großen Gartengrundstücke ist uns dieser Verlust wohl noch nicht voll ins Bewußtsein getreten.

W.K.





LEBEN IN DER GENOSSENSCHAFT

Sicher fallen jedem zuerst die spitzen, großen Dächer der Häuser auf und ihre für heutige Siedlungen großräumigen Gärten. Aber was die Genossenschaft beider Siedlungsbereiche ausmacht, sind doch die Menschen, die darin leben und die deutlich auch ein Zusammenleben gestalten. Davon können die folgenden Beiträge zeugen.

Gewiß ist es die Siedlungsstruktur, die wir den Erbauern zu danken haben, durch die es den Bewohnern möglich ist, über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus noch Familien und einzelne Menschen in übernächsten Grundstücken zu kennen. Man grüßt sich und weiß voneinander und begegnet sich als jemand, der dazugehört.

Wenn die jährliche Mitgliederversammlung sich im engen Gasthaussaal zusammenfindet, so lockt ja nicht unbedingt der meist kurze offizielle Teil. Man geht dorthin, weil man sich wieder einmal trifft und sieht, auch um das eine oder andere Problemchen miteinander anprechen zu können. Mit gemeinsamen Häusern hat man gemeinsame und ähnliche Sorgen und Freuden.

Beobachtet man die Hereintretenden, so kann man feststellen, daß sie nicht nur herzlich begrüßt werden von diesem und jenem, sondern sich auch vertraut

unter die Anwesenden mischen und hier und da hinüber zu anderen Tischen grüßen. Nicht, daß wir alle freundschaftlich miteinander verbunden wären, aber wie gute Nachbarn sehen wir uns, auch wenn wir den Namen nicht von jedem wissen. Mit den so ähnlichen Wohnverhältnissen haben wir auch sehr verwandte Interessen gegenüber der Genossenschaftsleitung, aber letztlich auch mit ihr, ist sie doch zusammengesetzt aus unsereinem.

Es ist sicher nicht selbstverständlich und darf darum als ein Zeichen von Genossenschaft angesprochen werden, daß sich noch immer Persönlichkeiten gefunden haben, die ihre Arbeitskraft, ihre Geduld und Aufmerksamkeit der Tätigkeit in Vorstand und Aufsichtsrat ehrenamtlich gewidmet haben, so daß gerade auch dadurch der Genossenschaftsgedanke weiterlebt. Dafür sei diesen Genossen ganz herzlich gedankt!

Bei aller Gemeinsamkeit sind die Bewohner der Siedlungen doch sehr unterschiedlich in Lebensstil und Berufswelt. Es sind eben nicht nur Lehrer, wie das Gerücht immer wieder vom »Tintenviertel« behauptet. Die soziale Zusammensetzung ist erfreulich vielfältig, und das bedeutet oft auch gegenseitige Hilfsmöglichkeiten. Aus Dankbarkeit dafür sind auch zwei der folgenden Beiträge zu dieser Schrift entstanden.

Wie wäre es ohne solche weiträumige Nachbarschaftsbeziehung untereinander sonst möglich, daß sich bei einem runden Geburtstag auch uneingeladen die verschiedenen Nachbarn zum Gratulieren in der Wohnstube einstellen, mit einem Blümchen aus dem eigenen Garten, oder daß eine Altpapiersammlung, aus einem Nachbarschaftskreis entstanden, alle Genossen der Riedwiesen in freundliche Bewegung setzt, daß aus eben solcher Nachbarschaft die Initiative zur Erhaltung der Straßenbahn aufbricht und die Pläne der Stadt zur Stilllegung seinerzeit glücklich verhindern konnte, daß Straßenfeste die Menschen gelegentlich vereinen, Hausmusikabende oder Weihnachtsbacken und -singen aus verschiedenen Straßen

Bewohner zusammenkommen lassen und daß manchmal sogar noch in der Siedlung Aufgewachsene sich mit ihren Kindern von fern her wieder treffen und sich der Kindergemeinsamkeiten erinnern?

Das alles ist schon etwas Besonderes, und so sollen die folgenden Beiträge an Menschen erinnern, die das genossenschaftliche Leben mitgeprägt haben und noch prägen, auch an Ereignisse und Aktionen, die für das hier skizzierte Leben bezeichnend sind. Sie mögen als locker gefügte Beispiele für viele andere hier stehen, die keinen Autor gefunden haben, aber sicher nicht weniger wichtig und charakteristisch sind.
W.K.

Erinnerungen an die Frühzeit

Ich werde gefragt: »Was weißt du noch?« Und schmunzelnd erstehen spontan die Bilder.

Heute bin ich der älteste der lebenden Einwohner der Riedwiesen aus der Anfangszeit und habe das Haus Riedwiesen 25 nie verlassen: Hans Hartmann. Mein Vater Bernhard war städtischer Beamter im Rathaus und in der Genossenschaft Mitglied Nr. 1. Als meine Familie in das erste fertige Haus einzog, war ich acht Jahre alt.

Ich sehe meine Mutter, wie sie von Professor Soeder zur »Baubesichtigung« durch die Räume geführt wurde. Sie öffnete von innen die Tür zum Garten und fuhr erschrocken zurück: »Was soll denn hier werden?« Die Hauswand fiel unter ihr senkrecht und tief zum Gartenboden ab. Professor Soeders Antwort: »Ach – du lieber Gott – hier haben sie ja den Balkon vergessen!« Er wurde nachträglich aus Sandsteinquadern und Bauschutt zusammengebaut und als massiver Block vor das Haus gesetzt, dann überzogen mit einer Betonplatte als oberem Abschluß. Darum wurde es nie mehr möglich, wie bei anderen Häusern und in der Planung vorgesehen, einen Hohlraum unter dem Balkon für Gartengeräte zum Abstellen zu benutzen.

Wo heute das »Mosersche« Haus steht und sich der kleine runde Platz mit den einmündenden Straßen befindet, war damals ein Riedtümpel. Zum Bau und Einzug ins Haus waren Eisenbahnschwellen zu einem

Damm verlegt. Über den, ein langgezogenes Stück, mußten die Möbeltäger balancieren. Ich erspare hier lieber die für uns Kinder interessanten Flüche bei den Transporten unserer Tische und Schränke, aber am allerdeftigsten bei der Tücke des Klavieres.

Sofort hinter dem Baugelände Richtung Vorfeld Wilhelmshöhe begann die weite Fläche des Riedgrases, das grün und saftig aus dem nassen Untergrund sprießte. Als wir Jungen vom ersten Bauabschnitt eingezogen waren, machte es uns einen Riesenspaß, durch das für uns etwa kniehohe Riedgras zu rennen, derart, daß wir die Fußhacken rückwärts an unseren Po hochschnellen ließen, so daß im Laufen die Dreckbrühe von den Sohlen aufwärts spritzte. Unser damals tägliches Kleidungsstück waren die sogenannten Windjacken. Bei wem auf diesem guten Stück der Schlamm am höchsten »aufgelandet« war, das war der Sieger, der hatte gewonnen.

Natürlich hieß das Elterngebot: »Bleibt weg vom Baugelände!« Aber der Fortgang des zweiten Bauabschnittes war viel zu interessant. Wir drei, Siegfried Kietz, Manfred Heide und ich, teils auch andere Klassenkameraden aus der Kirchditmolder Schule, verfolgten die Entwicklung. Wir bemerkten es fasziniert, wenn die Außenwände des nächstfolgenden Hauses hochgezogen waren, mitten im Freiland. Straßen gab es noch nicht. Ein neuer Rohbau stand noch ohne Dach. Es war noch keine Drainage gelegt, und wir sahen, wie das Wasser in den Kellerräumen stand.

Das reizte zu einem herrlichen heimlichen Wochenendvergnügen. Wir organisierten Baubohlenstücke und abgebrochene Dachlatten, kletterten die Rohbautreppe abwärts und erlebten den Spaß, Kahn zu fahren. Wir stakten uns in dem etwa vierzig bis fünfzig Zentimeter hohen Grundwasser durch die gemauerten Türöffnungen in die verschiedenen Kellerräume.

Wir Bürschchen konnten es auch nicht lassen, ein Neubaugerüst zu besteigen. Wir kletterten unbeobachtet hinauf, wenn auch nicht bis ganz oben. Ich spüre noch den Schrecken, als ich fühlte, daß eine Bohle unter meinen Füßen kippte und ich abrutschte und das Gleichgewicht verlor. Ich stürzte ab bis zu einem heftigen Ruck und Reiß. Dann zappelte ich schwebend und ruderte mit Armen und Beinen in der Luft. Ein Haken rettete mich, der an einem Balken befestigt war. Er hatte sich von unten in die Windjacke geschoben und mich im Genick aufgefangen. Ich fühlte mich aufgehängt wie auf einem Kleiderbügel. Die anderen türmten Kisten und Eimer und was sie sonst fanden aufeinander, bis meine Füße Stand finden konnten und meine Befreiung gelang.

Niemand hat zu Hause gepetzt. Aber der Reiß, der Reiß! Und als meine Mutter die Wahrheit erfuhr, nahm sie mich zunächst wortlos in die Arme.

Von der menschlichen Seite unserer Nachbarn habe ich am stärksten »den von gegenüber« in deutlicher Erinnerung, ein alter Herr aus Norddeutschland, »von der Waterkant«. Herr Neemann fiel aus dem Rahmen. Mir imponierte schon die äußere Gestalt. Er trug auf dem Kopf ein rundes Käppchen aus Samt, das mit Blumen bestickt war. Er stand häufig in seinem Garten mit einer langen Pfeife, die fast bis zum Boden reichte. Der Porzellankopf war bunt bemalt. Wenn eine ahnungslose Weiblichkeit am Straßenzaun vorüberging, war er blitzschnell am Tor, machte eine tiefe Verbeugung und sagte: »Guten Tag, meine Dame, möchten Sie bitte mal meinen Garten besichtigen?« und mit weit ausholendem Schwenk seines Armes riß er die Gartentür auf. Bei den Überraschungen, die ein verlegenes Gesicht machten, hatte er meistens Erfolg und konnte glücklich seine geliebten Gewächse vorführen.

Ha.

Kindheitserlebnisse

Ob ich mich heute, 1994, noch an die Kindheit in den Riedwiesen erinnere? Ganz gewiß! Wer könnte das vergessen! Aber manche dieser Erinnerungen bleiben unscharf, sind ausgefasert an den Rändern. Zeiten, Jahre mögen ein wenig durcheinandergelassen, sich ineinander verschieben. Schließlich war ich ein Kind von fünf Jahren, als meine Eltern und Großeltern in die Riedwiesen zogen, und Kinder leben ganz in Gegenwart: 1928, 1930, 1932 haben in der Erinnerung gleiches Gewicht.

Unser Einzug in das Haus Am Hutekamp 7 erfolgte am 20. Dezember 1928, an einem eisig kalten Tag, so kalt, daß die Möbelwagen der Firma »Hartleb« beim Beladen auf der Wolfhager Straße in Rothenditmold festfrozen und die Pferde alle Mühe hatten, in Kirchditmold die Zentgrafenstraße hinauf- und hinter der Kirche wieder auf glatter Straße hinunterzukommen.

Die Riedwiesen also, das »Negerdörfchen«, wie es in Kirchditmold liebevoll herablassend hieß. Schließlich war da »unten«, im Tal, ein feuchtes, von Bächen durchzogenes Gelände, und wer wohnt dort schon?

Und die Häuser gar, Varianten immer gleicher Grundmodelle, bunt angestrichen, mit Gärten davor, und in den Gärten immer eine Birke an der Gartentür. Das alles war so ganz anders als die Häuser um die Kirche, an der Stahlbergstraße, auf dem »Berg«. Von da ließ es sich gut herabschauen auf die Riedwiesen.

Mein Vater war Lehrer an der Jungenschule in Rothenditmold, mein Großvater pensionierter Konrektor der Mädchenschule dort und noch immer als Organist und Chorleiter tätig. Vater fuhr mit dem Rad zur Schule, Großvater aber liebte es, zu Fuß zu gehen. »Dabei trifft man Leute«, und »In frischer Luft läßt sich die Geige am besten stimmen«. Das war seine Redensart. Und wenn ich mit ihm in die Stadt wollte, war stets der eine Gang zu Fuß, der andere mit der Straßenbahn, die oben auf dem Berg an der Stahlbergstraße hielt, wie heute.

Der »Hutekamp«: Die Straße hatte ihren Namen nach dem weiten Feld der Domäne Wilhelmshöhe, damals noch unbebaut, aber von der Schafherde

beweidet. Hütefeld, Hutekamp. Für die Kinder waren die Schafe jedesmal ein Abenteuer, auch die Hunde drumherum.

Als wir einzogen, war der obere Hutekamp noch unbefestigt. Erst mit der Zeit und mit Weile, wie alles damals, wurde eine Straße daraus. Für die Erdbewegungen gab es Kipploren auf wackeligen Schienen. Für die Kinder ein kostenloser Abenteuerspielplatz, wenn die Straßenbauer gegangen waren. Aufregend war es, die Bremse zu lösen und mit einer Lore die leicht geneigten Gleise hinunterzufahren, kurz vor ihrem Ende mit einem Knüppel zu bremsen und abzuspringen. Einmal stand ich vorne auf der Lore, bekam den Absprung nicht, das Bremsen gelang denen nicht, die hinten auf der Lore standen, das Ende der Schienen kam, die Lore kippte um, und ich geriet unter das Fahrgestell, wenn auch nur mit einem Bein. Ich schrie. Mutter kam aufgeregt und zog mich heraus. Nur ein paar Abschürfungen, Glück gehabt! Aber fast setzte es Prügel.

Es war eine glückliche Jugendzeit dort, in den Gärten, auf den Straßen und am »Wässerchen«, das munter vom Berg hinunter zum Hutekamp sprang und dann weiter durch die Gärten floß. Auch in unserem Garten gab es zwei Bäche, der eine zu einem größeren Teich gestaut, der andere zu einem kleinen runden Becken: Spielplätze beide und ein Eldorado für Wasserpflanzen, Frösche, Feuersalamander, Molche, Stichlinge, Goldfische, Wasserflöhe, Blindschleichen, Eidechsen und – zuweilen – auch Ringelnattern. Wühlmäuse gab es auch, zum Leidwesen des Vaters, der aus dem Garten ein Schmuckstück gemacht hatte: Beerenobst und Gemüse, Rosenbeete, Dahlien, Rasen, ein »Mäuerchen« mit Steingartengewächsen, ein erhöhter Sitzplatz unter einem Kirschbaum, der später köstliche Früchte trug. Daß wir Kinder, die aus der Nachbarschaft und ich, im Garten spielten, über Beete sprangen, mit Bällen die kostbaren Rosen bedrohten, war dem Vater ein Dorn im Auge und gab zu mancherlei Konflikten Anlaß. Nur widerstrebend gestand er mir einen Sandkasten zu, einen kleinen. Viel größer, viel schöner war der am Nachbarhaus, bei Neubauers.

Das »Wässerchen«: Es fließt noch heute, matt und ordentlich eingefaßt. Damals war es wasserreich und eher wild, so daß der Bau von Staudämmen aus Steinen und hohen Gräsern sich lohnte, weil es dann, wenn der Damm wieder eingerissen wurde, Wasserschwall und Überschwemmungen gab, in den Gärten unten. Kinderparadies auch all die Stunden am Bach. Und wie standen die Uferböschungen damals noch

voll mit Brunnenkresse, die es, fein geschnitten, auf Butterbrot gab oder als Salat. Das Bächlein war all die Kindheitsjahre hindurch ein erweiterter Spielgarten. So auch die dichten Hecken am oberen »Hange«.

Autos gab es damals so gut wie nicht, und das Ballspielen, Rollern und Radfahren – freihändig, versteht sich – war auf den Straßen ungefährlich. Eine wahre Tobe-Landschaft tat sich da auf, zum Ärger mancher Bewohner, die ihre Ruhe haben wollten.

Die Nachbarn: Am Hutekamp 5 wohnte der früh pensionierte, recht eigenwillige Amtsgerichtsrat Wolf, mit Frau, schon erwachsenen Söhnen und einem Hund. Auch sein Garten, von unserem mit einem Maschendrahtzaun und Ligusterhecke abgegrenzt, war ein Schmuckstück, kunstvoll bepflanzt, mit manch seltenen Blumen und vielen Sträuchern, einem großen runden Teich, Goldfischen und Schilf. An der Südwand des Hauses stand im Sommer ein Terrarium mit Ringelnattern. Wenn wir Kinder Frösche für das Terrarium gefangen hatten, durften wir zusehen, wie die Nattern sie fraßen, von den Hinterschchenkeln her in sich hineinwürgten. Manchmal, wenn es wenig Frösche gab und damit Nahrung knapp war, bekam ich für einen kleinen Frosch zwei Pfennige, für einen größeren fünf: mein erstes selbständig verdientes Geld. Daher weiß ich das noch so genau. Das war zugleich ein Lehrstück von Fressen und Gefressenwerden: Naturkunde. Gesellschaftliche Perspektiven taten sich erst später auf, nach Kenntnis von Bertolt Brecht, der um jene Zeit die »Dreigroschenoper« schrieb und jenen Zustand menschlicher Verhältnisse offenlegte, bei dem ein jeder des anderen Wolf war. Aber der hier gemeinte Wolf hatte mit dem ersteren nichts zu tun. Im Gegenteil: Ich war von seinen Büchern, Kakteen, wuchernden Zimmerpflanzen fasziniert, war oft zu Gast bei ihm, auch bei seiner späteren Frau und ihrer Schwester, Lehrerinnen beide, ehemals Kolleginnen meines Großvaters August Müller an der Rothenditmolder Mädchenschule. Das gab mir einen Bonus. Von ihnen habe ich Weben und mancherlei Handarbeit gelernt. Damals waren sie sehr umgänglich. Später bauten Wolfs Am Hange ein Eigenhaus auf einem riesigen Gartengrundstück, das zu pflegen fast einer Lebensaufgabe gleichkam. Dennoch sahen, hörten und kommentierten Frau Wolf und Frau Boesser – sehr besorgt – alles, was in den Riedwiesen vor sich ging, besonders aber das Spiel der Kinder.

Nach Westen schloß sich das Haus Am Hutekamp 9 und 11 an. Das Nachbargrundstück war, und das spricht Bände, von unserem Garten nur durch eine



lockere Hainbuchenhecke getrennt, mit reichlich Durchschlupf für ein reges Her und Hin der Kinder. Pfarrer D. Ernst Neubauer wohnte dort, mit Frau und vier Kindern: Helmut, Mareile, Irmela und Reinhard. Bei Neubauers war ich wie zu Hause, Reinhard und Irmela auch in meinem Elternhaus. Die etwas ältere Mareile war schon fast unerreichbar, und erst recht Helmut, der Älteste. Ein, zwei Jahre nach »oben« waren damals schon Welten der Reife. Mit Mareile auf der Schaukel gab es Bilder eines glückhaften Kinderdaseins, und noch mehr galt das für die Freundschaft mit Irmela. Wir spielten zusammen, kamen 1930 zusammen in die Kirchditmolder Schule, in die Klasse von Klara Hüpeden, und saßen zusammen auf einer Bank. Dann zog die Familie Neubauer nach Hofgeismar. Irmelas Vater leitete dort das Predigerseminar am Gesundbrunnen, bis er – später – als Kirchenrat nach Kassel und in die Riedwiesen zurückkehrte und am Geröderweg ein neues Domizil fand. Für mich bedeutete der Fortzug der Nachbarn nach Hofgeismar den ersten wirklichen Trennungsschmerz, ähnlich stark empfunden wie den Tod meiner geliebten Großmutter. Übrigens gab es bei Neubauers noch zwei hilfreiche Frauen im Haus, die »Minna«, eine schon ältere Hausdame, und die »Gugga« (Guste), noch jünger, sehr resolut und zum Parieren herausfordernd. Aber was für herrliche Breigerichte brachten die beiden auf den Tisch: Brei mit Zucker und Zimt, mit Rosinen, Nüssen und Sultani-

nen. Und Frau Neubauer: Eine Frankfurterin mit dem Herz auf dem rechten Fleck, mit entwaffnender Direktheit, sachlich, humorvoll und herzlich. So habe ich mir später immer Goethes Mutter Aja vorgestellt.

Nach dem Wegzug von Neubauers wurde das Haus von den Großeltern der Nachbarskinder bewohnt, Geheimrat Dr. Friedrich Neubauer, einem Gelehrten, früher Schulleiter in Frankfurt und Verfasser angesehener historischer Bücher. Ein stiller, zurückgezogener, wortkarger Mann mit einer lieben, gütigen Frau. Auch sein jüngerer Sohn, »Onkel Friedel«, wohnte dort, oben in der Mansarde. Er hatte eine unvergleichliche Sammlung historischer Zinnsoldaten und konnte ganze Schlachten aus dem Siebenjährigen Krieg nachstellen. Reinhard Neubauer und ich waren später manchmal dort zu Gast, leise, wie auf Zehenspitzen, um den freundlichen, aber immer etwas distanzierenden Geheimrat nicht zu stören.

Am Hutekamp 11 wohnten Oberstudiendirektor Hermann Küster und seine Frau. Herr Küster, sehr engagiert im VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), leitete das Realgymnasium 2 an der Ysenburgstraße. Ich habe ihn als stets freundlichen, aber sehr zurückhaltenden und eher wortkargen Mann in Erinnerung. Gern arbeitete er im Garten des bachdurchflossenen Eckgrundstücks zu den Feldern hin, mit dem einzigartigen Blick auf Wilhelmshöhe und

Herkules, auf Pappelallee, Waldschule und Habichtswald. Herr Küster ging gern am Feld den Juliusstein hoch zur Straßenbahn. Dort begegneten ihm weniger Leute als am »Wässerchen«, und das hätte zu Gesprächen Anlaß gegeben, denen er lieber aus dem Wege ging. Frau Küster erhielt später Klavierunterricht von meinem Großvater, der auch mir die Anfänge der Musik beibrachte.

Nach Osten hin, Am Hutekamp 3, wohnte der alte Oberschulrat Bär, ein liebenswerter, freundlicher, beschaulicher Mann mit einer goldumrandeten Brille, die seine Augen funkeln ließ. Seine Frau war Engländerin. Ihr rollendes R war für uns Kinder eine kleine Sensation, die erste staunend wahrgenommene Begegnung mit dem Ausland, mit dem Achtung gebietenden England noch dazu.

Im gleichen Haus, Am Hutekamp I, wohnte anfangs Oberstudienrat Zühlke, ein angesehener Mathematiker, Verfasser von Lehrbüchern zur Mathematik. Seine schon erwachsene Tochter sehe ich noch heute als Speerwerferin im blauen Trainingsanzug vor mir. Sie trainierte auf der großen Wiese neben dem Feld: Imponierend für uns Kinder.

Später wurde auch das Grundstück Am Hutekamp 6 bebaut: Der Historiker Steinhausen siedelte dort, ein würdiger, freundlicher alter Herr mit großem schwarzen Hut und etwas zusammengekniffenen Augen, mit dem zu reden Freude, aber auch ein wenig Herzklopfen bereitete. Seine Bücher über das deutsche Mittelalter hatten Rang und Geltung. Von großer Herzlichkeit und immer ein wenig besorgt war Frau Steinhausen.

Nur ganz allmählich weitete sich mein Kinderblick für die Bewohner der anderen Straßen der unmittelbaren Nachbarschaft: Geröderweg, Am Diedichsborn, Am Juliusstein. Da gab es den Spielkameraden Adolf Kaufmann, Sohn eines Rothenditmolder Werkmeisters. Da gab es den Gewerbeoberlehrer Löns, dessen künstlerische Mähne, fast, aber nur fast vergleichbar mit der von Herrn Schmitz-Hertzberg, für Kinder etwas Achtunggebietendes hatte. Mit den beiden Jungen von Löns habe ich viel gespielt. Dann gab es da den rothaarigen Wildfang Harro Buddeberg, Abenteuerspielkamerad gar manches Mal. Später verzogen seine Eltern nach Aurich.

Ganz wichtig, zum Bild der Riedwiesen unvergeßlich hinzugehörend, waren die Bewohner des Einzelhauses Ecke Diedichsborn/Geröderweg: Oberst von Schmid und seine überaus liebenswerte Frau. Oberst

a.D. von Schmid wirkte ein wenig skurril. Er ging fast immer, auch bei Winterkälte, ohne Kopfbedeckung. Sein Kopf war mit einem Stoppelhaarschnitt von extremer Kürze bedeckt. Leicht vornübergebeugt ging der Oberst, mit leicht wippendem Schritt, die Beine mit Gamaschen umwickelt. Wickelstrümpfe nannten wir das, obwohl von Strumpf hier keine Rede war. Ich kenne ihn nur in fast militärisch geschnittenen Kniebundhosen und, bei Regen oder Wind, in eine dreiviertellige Pellerine aus Lodenstoff gehüllt. Er liebte seinen Garten, war immer im Freien und – seine Eigenart – mit Schaufel und Besen den Pferden des Milchmanns Frost und des Bäckers Schlott auf der Spur, um jeden Pferdeapfel als willkommenen Dünger für seinen Garten zu bergen. Der dankte es mit üppiger Vegetation. Daß Oberst von Schmid auch in der Nähe der Schafherde zu sehen war, versteht sich von selbst, auch hier mit Schaufel, Besen und Eimer. Frau von Schmid habe ich als weißhaarige Dame in Erinnerung, mit eigenartiger Frisur und Netz im Haar, immer gut gelaunt, sehr temperamentvoll in der Sprechweise, sehr lieb und gleichsam alterslos, weil immer auf beglückende Weise jung geblieben.

Unserem Garten gegenüber, Am Diedichsborn, wohnte im Doppelhaus, nach Westen zu, anfangs ebenfalls ein pensionierter Militär, der Oberst von der Goltz. Er zog bald fort. Ich erinnere mich nur seines Bürstenhaarschnitts und seiner etwas schnarrenden Stimme, auch seines dunklen Mantels, der mit einem kostbaren Pelzkragen versehen war. Später wohnte der Autokaufmann Struck dort, der für Mercedes-Benz tätig war. Mit den Kindern habe ich gespielt, und Frau Struck war eine Frau von großer Herzlichkeit und viel Verständnis für uns Kinder.

An der Ecke Diedichsborn/Juliusstein, im Einzelhaus, wohnte der Gymnasialprofessor Dr. Karl Gass mit Frau, Tochter und schon fast erwachsenem Sohn, vor allem aber mit dem schwarzen Langhaardackel Zack. Oft tönte es weit über das Feld: »Zack, gehst du hierher!!!«, wenn das Ehepaar Gass über den Wiesenweg entlang dem Domänenfeld spazieren ging, Zack weit voraus, zweihundert Meter hinter ihm Herr Gass und abermals weit hinter ihm Frau Gass. Professor Gass unterrichtete am Wilhelmsgymnasium Physik, Mathematik und Deutsch. In allen drei Fächern habe ich ihn später erlebt: ein Pädagoge mit Herz und Leidenschaft, voller Verständnis für seine Schüler, ein Lehrer jener kostbaren, weil seltenen Art, die in den Schülern Neugierde zu erwecken versteht, die Lust am eigenen Lernen. Und darüber hinaus gab er mir, in manchem Gespräch, Anregungen für das Leben. Wir sprachen über Goethe, Zelter, Wagner,

Verdi, über Musik und deutsche Literatur. Ich verdanke ihm wichtige Anstöße, denen ich auf meinem beruflichen Weg gefolgt bin.

Überhaupt: Es war eine Zeit der Begegnungen, der Gespräche. Die Menschen nahmen sich Zeit, hasteten nicht aneinander vorbei, verschlossen sich nicht in Autos. Ich glaube, in den oberen Riedwiesen hatten nur Forkels eines, die gegenüber von Gassens wohnten. Vielleicht war es ein »Wanderer«-Automobil, von der Auto-Union, die ich später, um des Rennfahrers Bernd Rosemeier willen, besonders liebte. Zum Verband der Auto-Union gehörte auch DKW. Und einen DKW hatte der Arzt Dr. Karl Mense. Von ihm in die Stadt mitgenommen zu werden, kam einem Ereignis gleich. Mit seinen Söhnen Jürgen und Gerhard verband mich von 1934 an enge Schulkameradschaft und Freundschaft. Mit Jürgen Mense fuhr ich zusammen zur Schule, wir kannten die Straßenbahnführer, die Nummern der Bahnen. Im Wilhelmsgymnasium saßen wir zusammen auf einer Bank, machten gemeinsam Unfug, lernten. An den Nachmittagen gab es oft gemeinsames Spiel, Basteln, Experimentieren, Rollern und Radfahren durch die Straßen und um die Felder, auch durch den nahen Wald. Zu Menses zu gelangen, Am Juliusstein 20, bedeutete auch, an der Wohnung von Frau Strohmeyer vorbeizukommen. Sie hatte einen schwarzweißen Foxterrier. Er war bellfreudig wie ich, mit allen Folgen. »Hunne zerrjen« nannten wir das.

Milch, Brot, Gemüse wurde von Kirchditmold aus mit dem Pferdewagen angeliefert. Zuweilen kam ein Scherenschleifer oder ein Lumpensammler, mit kleinem Wagen auch sie. Oder gar die fahrbare Motorsäge: stets eine Sensation für die Kinder. Nur die Post stellte Pakete mit dem Auto zu: mit einem Hanomag-Dreiradtransporter zunächst, später mit einem »richtigen« Vierradauto. Das war die Zeit, in der auch Bäcker und Milchmann – jetzt Kerst –, auf Dreiradtransporter »umsattelten«, schon gegen Ende der dreißiger Jahre. Zum Bild der Riedwiesen gehörte auch der Briefträger Löffler aus der Wurmbergstraße: ein bedächtiger, immer freundlicher Mann, der stets gute Worte für die Kinder hatte und gern mit den Erwachsenen sprach, ein Bote im klassischen Sinn, vor allem in den Jahren des Kriegs, wenn er sich besorgt um das Wohlergehen der Frontsoldaten in den vertrauten Familien erkundigte, wohl auch manchem eine Trauerbotschaft übermitteln mußte. Dieser Postbote blieb für mich Inbegriff einer vergangenen Zeit, in der füreinander Zeit haben, Gespräch und Anteilnahme zur Kultur des Miteinanderlebens beigetragen haben.

Es gab auch Furcht in der Kindheit. Gefürchtet habe ich mich in den ersten Riedwiesenjahren, wenn ich zum Kaufmann Schäfer Am Hohenrod gehen mußte. Gefürchtet, weil es da durch »Feindgebiete« ging. Die »mittleren« und die »unteren« Riedwiesen, örtlich gemeint und nicht dem Range nach, hatten ihre je eigene Kinderschar mit eigenen Gesetzen und Rangeleien. Wir von »da oben« wurden manches Mal mit Mißtrauen, ja feindselig gesehen. Angst hatte ich vor Robi Schmitz-Hertzberg oder vor Gerhard Hebel, vor »dem Roseno«. Wenn es die Ungunst der Verhältnisse wollte, habe ich da, ganz zu Anfang der Riedwiesenjahre, auch mal eine Abreibung bekommen, wurde gar an der Kreuzung Hohenrod/Diedichsborn mit frischen Pferdeäpfeln beworfen. Die Jahre gingen, die Rangeleien hörten auf, wandelten sich in freundliche Duldung, gar in freundschaftliche Begegnung. Bei Gerhard Hebel etwa, der im Wilhelmsgymnasium die Klassen über mir besuchte und zu Schuljahresende seine Schulbücher billig abzugeben bereit war. Mir war das sehr willkommen.

Aber ein Bollwerk guten Willens gab es auf diesem frühen kindlichen »Passionsweg«: das Haus Kleebreite 24. Dort wohnte Studienrat Dr. Richard Leicher mit Frau und den Kindern Eberhard, Susanne, Christian und später noch Arnold. Mit Eberhard besuchte ich die Schulklassen in Kirchditmold und am Wilhelmsgymnasium. Jugendfreundschaft verband uns, gemeinsames Spiel, Geburtstagsfeiern, manchmal auch Hausaufgaben. Und die Tatsache, daß der kinderfreundliche Privatmann Leicher unser gemeinsamer, strenger und sehr gründlicher Lehrer in Englisch, Französisch und Sport wurde: Von den Schülern ob seiner Genauigkeit manchmal geschmäht, aber ein vorzüglicher Pädagoge, dem wir bleibend gefestigtes Grundlagenwissen verdankten. Außerdem erfreute er die Geburtstagsgäste Eberhards mit fantasievollen, faszinierenden chinesischen Schattenspielen. Seine Frau Elsbeth, die sehr herzlich zu uns Kindern war, kam aus berühmtem Hause: Sie war eine Tochter des angesehenen Komponisten Waldemar von Baußnern, der in den Zwanziger Jahren eine bedeutende Rolle spielte. Die Eltern Leicher, beide der Jugendbewegung verbunden, er mit Cordanzug und offenem »Schillerkragen« oder mit einer kunstvoll geschlungenen Schleife statt eines Schlipes, sangen oft gemeinsam, so auch bei der feierlichen Einweihung der neu gefaßten »Prinzenquelle« an der oberen Pappelallee. Dort habe ich zum erstenmal Lieder und Chorsätze von Waldemar von Baußnern gehört.

Die Erinnerungen an die Frühzeit der Riedwiesen können nicht abgeschlossen werden, ohne der Abenteuerspielplätze »Neubauten« zu gedenken. So, als gegenüber von Degenhards Haus am Geröderweg das dann von der Familie Becker bewohnte Haus gebaut wurde, oder das von Steinhausens und Alheits Am Hutekamp oder das Mehrfamilienhaus in der Riedwiesenstraße. Baugruben, feuchter Aushub, Sand, glitschige Bohlen, Backsteinstapel, der Geruch von frischem Mörtel, Kalk, Zement; das Hochwachsen der Wände dann; die Arbeiten der Zimmerleute; die Dachkonstruktionen; die Koksöfen zum Austrocknen der tür- und fensterlosen Räume; die schmalen Steigleitern mit engen Sprossen; das Auf und Ab der Maurer mit Schulterbrettern voller kunstvoll gestapelter Backsteine oder mit Wannen voller Mörtel. Die Augen waren weit aufgerissen vor Neugierde. Das wurde nachgespielt, so gut es ging. Am schönsten aber war die Zeit, wenn die Hausbauer Feierabend hatten und es noch hell war. Dann war für uns Kinder das Feld frei für Erkundungen: Auf wippenden Bohlen hinein ins Haus, auf Leitern bis aufs Dach und in die Keller. »Unbefugten ist das Betreten strengstens verboten«, und »Eltern haften für ihre Kinder«. Gerade deshalb war es ein Abenteuer, so etwas wie die erste Fahrt auf hoher See. Passiert ist nichts, und kaputtgemacht haben wir auch nichts, wohl schon einmal einen Backstein geklaut oder wenigstens einen halben, schon zerbrochenen.

Ein Schreckerlebnis gab es für mich, als die Riedwiesenstraße außerhalb der Siedlung zur Wahlershäuserstraße verlängert wurde, Mitte der dreißiger Jahre wohl. Vorher war da nur ein Weg durch Wiesen und Felder, an einem Bach entlang, bis hin zu dem Drahtzaun der Gärtnerei: unser Schulweg, wenn wir nicht Am Hange entlang gingen, wo noch eine Kalkbrennerei betrieben wurde, die zu untersuchen so verboten wie spannend war. Als die Riedwiesenstraße gebaut wurde, kam einmal ein mit Baumaterial schwer beladener Wagen, der von einem glühkopfgezündeten Rohöl-Bulldog gezogen wurde. Solche Lanz-Bulldogs waren damals auch in der Landwirtschaft als Traktoren gebräuchlich. Ihr Blubbern war ebenso respektbehebend wie die blauen Abgaswolken aus dem nach oben gerichteten Auspuff, der wie ein umgekehrter Trichter aussah. Hier nun blieb die Fuhre im Schlamm stecken, die Räder des Bulldogs drehten durch, spritzten Schlamm nach allen Seiten, und aus dem Auspuff flogen beim Anfahren die Funken. Ich bekam furchtbare Angst,

der Bulldog würde explodieren. Bis in meine Träume hat mich dieser Eindruck verfolgt, noch Jahre danach.

Zuletzt eine Erinnerung an die Anfangsjahre in den Riedwiesen, es mag im Sommer 1929 gewesen sein. Da wurde von der Siedlung ein wunderschönes Kinderfest veranstaltet, unten an der Riedwiesenstraße, wo der Geröderweg einmündet: eine bachdurchflossene Wiese damals, der Bach von Kopfweiden gesäumt, Kletterbäume für uns Kinder. Jetzt waren da Bänke aufgestellt. Die Riedwiesenkinder sollten sich kennenlernen, miteinander spielen, in Wettstreit treten. Es gab Eierlaufen und Sackhüpfen, Geschicklichkeitsspiele, Ballspiel, Singen, Reigentanz, Abschlagen und, als große Attraktion für die Kinder, eine Kletterstange mit einem bändergeschmückten Kranz, an dem auch Würstchen hingen. Wer es schaffte, bis hinauf zu gelangen, konnte sich mit den Zähnen eine Wurst abbeißen. Wenn's mit der Hand geschah, wurde auch ein Auge zgedrückt. Ich kletterte bis – fast nach oben. Ein Würstchen habe ich nicht geschafft. Bin halt ein Würstchen. Ich habe Tränen vergossen, weil ich doch auch so gern eine Wurst ergattert hätte. Bittere Enttäuschung. Aber der Ausklang war dann wunderbar: Bei einbrechender Dunkelheit bekamen alle Kinder einen Lampion. Mit brennenden Kerzen im Lampion zogen wir mit unseren Eltern durch die Riedwiesen. Wie stolz habe ich den großen runden Lampion getragen, den Geröderweg hoch, den Diedichsborn hinunter bis zum Hohenrod und »Bi Probstens ruff«, wie der Weg Herrenwiesen vorbei am Hause des Kammermusikers Probst hieß. Er war Geiger im Orchester des preußischen Staatstheaters Kassel und wohnte hier – ein Mann, der viele Geigenschüler hatte. Kammermusiker am Staatstheater waren auch der erste Solopauker Leist und der erste Kontrabassist Richard Grzesik, die beide im »Verwaltungszentrum« der Riedwiesen wohnten, am Geröderweg 30, fast schon Nachbarn, und nach dem Krieg meine Kollegen am Theater.

Riedwiesen 1928 bis 1942: Es war – in der Erinnerung, trotz widerständiger Zeitläufe, eine kostbare Zeit, für Kinder fast ein Paradies. Fast: Denn eines Tages war die Familie Katzenstein nicht mehr da. »Ausgewandert« hieß es. Im Einzelhaus Ecke Kleebreite/Diedichsborn haben sie gewohnt. Jüdische Mitbürger, plötzlich ausgegrenzt. Paradies war es wohl doch nicht. Aber eine Heimat, die sich unauslöschlich und prägend in die Erinnerung eingeschrieben hat.

H.J.S.

An der Ecke ist was los. Treffen der zwischen 1935 und 1960 in den Riedwiesen auf- gewachsenen Kinder

Es regnet! Aber endlich, endlich nach vielen Jahren ist es so weit. September 1990: Ein Riesen-Sonnenschirm auf unserer alten »Ecke« ist Sammelpunkt für all die in die Welt versprengten Riedwiesenkinder von damals. Uta, Detlef und andere haben dieses bisher einmalige große Treffen gut organisiert. An dieser Stelle darum noch einmal ein Dankeschön an Euch!

Nicht alle konnten und wollten kommen. Für manch einen auch eine zwiespältige Veranstaltung, wenn man glaubt, Kindheit und Jugend hinter sich gelassen zu haben. »Guckt mal, da kommt das Brüderchen!« ruft jemand unter dem Schirm. Der so Benannte, inzwischen in Amt und Würden und zudem Familienvater, nähert sich gelassen der Versammlung. Er kennt das ja, hat's lange genug ertragen müssen, diesen Spitznamen, und er weiß ja, wie es gemeint ist.

Gille ist längst da! Sie war immer die erste an der Ecke gewesen. Jetzt lebt sie in Bremen, aber es zieht sie immer wieder in die Riedwiesen, zu den alten Freunden.

Eltern, inzwischen schon Großeltern, haben Kuchen gebacken und kommen zur Begrüßung, zu Essen und Trinken unterm großen Schirm. Vorsichtige Annäherung, wenn man sich so lange nicht gesehen hat. Gott sei Dank, wir haben uns verändert, und es ist spannend zu gucken, wo noch Vertrautes zu finden ist. Und dann immer wieder dieses »Weißt du noch?« und »Was macht der und der?« Lachen, Freude, der Tag, die »Ecke« gehören uns!

Was würden wohl die »Wölfe« zu diesem Auftrieb



sagen? Der eine oder andere Blick wandert doch einmal den Geröderweg hinauf zum Hange, zu dem bewußten Haus. Pure Einbildung, daß sich da leicht die Gardine bewegt. Ach, es war so schaurig schön, wenn wir wegrennen mußten, weil die Polizei anrückte, um uns und unseren Eltern zum hundertsten Male klarzumachen, daß wir nicht auf der Straße spielen durften.

Wo kommt denn jetzt der Ball her? Völkerball? In unserem Alter? Ein Spiel kommt tatsächlich in Gang. Gut, daß richtige Kinder mitmachen! Als nun auch noch Herr Görg erscheint, um uns zuzuschauen, ist das Bild komplett. Einige der inzwischen längst neu hinzugezogenen Riedwiesenkinder gucken verwundert vom Rande des Geschehens auf die wildgewordene Meute Erwachsener auf der nunmehr »ihren Ecke«. Vielleicht werden sie es in dreißig Jahren auch so machen?

Abends treffen wir uns am Kalten Buffet in der »Prinzenquelle« und erzählen uns aus unserem Leben. Manch einen lernt man jetzt erst so richtig kennen. Ein kleiner Trupp findet sich zu später Stunde noch in Podewils wunderbarem Partykeller ein, denn es gibt immer noch etwas zu besprechen. Am nächsten Tag, nun bei strahlender Sonne, hat Uta in ihren Garten eingeladen, um die Buffetreste noch unters Volk zu bringen – und weil wir uns noch nicht trennen können.

Ein paar Unentwegte sollen doch tatsächlich noch zum Baden an den Bühl gefahren sein!

S.L.-E



Umweltaktion mit Karren und Rädern

Der Nachbarschaftskreis Riedwiesen hatte sich die Aufgabe gestellt, ökologische, politische und soziale Fragen zu durchdenken und durch persönlichen Einsatz an ihrer Lösung mitzuwirken. Die Initiative zu diesem Kreis war von Dr. Ernst Heimbucher ausgegangen. Die atomare Gefahr, die politisch und ökologisch bedrohliche Aufrüstung, die Energieverschwendung und Bedrohung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens durch unsere industrielle Lebensweise waren die Themen, die die Menschen in diesem großen Kreis umtrieben und zu denen sie überlegten, wie sie sich verhalten, was sie selbst tun könnten.



Ein Schritt in diese Richtung war die Altpapiersammlung, die Kurt Görg, Am Juliusstein, 1979 startete, ein Versuch, Umweltschutz und Nachbarschaftshilfe vor der eigenen Tür zu praktizieren. Um Benzin zu sparen, sollten zum Sammeln nach Möglichkeit Fahrräder mit Anhängern und Handkarren benutzt werden. Als Helfer bei der Aktion standen Herrn Görg Schüler und Schülerinnen im Alter von etwa acht Jahren an aufwärts zur Seite. Mit ihnen bastelte er Fahrradanhänger aus ausgedienten Kinderwagen, Obstkörben, Wäschekörben und dergleichen. Gemeinsam wurde das Jahressammelprogramm mit den Daten der Sammeltage ausgetragen und in die Briefkästen

gesteckt für etwa fünfhundert Haushalte. Es wurden die Straßen untereinander aufgeteilt und die Adressen vorgemerkt, wo Hilfe nötig war, um das Papier aus Wohnung oder Keller zu holen. Am Sammeltag schwärmten die Kinder dann mit ihren »Transportern« aus, um die vor die Türen gelegten Bündel einzusammeln.

Eines der Kinder hat in der Zeitschrift »Kinder-Akademie«, Heft 1, Sept. 1982, der Evangelischen Akademie Hofgeismar davon berichtet. Friederike Hoffmann schrieb damals: »Um 10 Uhr war der Fahr-

radanhänger endlich montiert. Ich klapperte mit meinem Rad einige Nebenstraßen ab und lud die Papierbündel in meinen Anhänger. An Herrn Görgs Garage stapelten wir alles in sein Auto. Der fuhr es zum Edeka. Im Container hockten ein paar Kinder, die in alten Zeitungen nach Witzen kramten. Sie hatten aber nicht viel Zeit, denn dauernd kamen Kinder mit vollgepackten Fahrradanhängern und warfen ihre Ladungen hoch. Die oben mußten das Papier verstauen. Ich war beim vorigen Mal auch mal oben und habe mir ein Papphaus gebaut. Wenn man bedenkt, daß der Erlös aus dieser Aktion für einen nützlichen Zweck ist, z.B. für »Brot für die Welt«, und weil es

außerdem noch Spaß macht, finde ich die Sache toll.«

Eines Tages wurde auch Herrn Görgs Auto durch die »Bundesbahn« ersetzt, so nannten die Kinder einen Gepäckkarren, der tatsächlich von der Bundesbahn besorgt worden war und mit dem man auch den letzten Benzinverbrauch aufgeben konnte.



Die Sammelergebnisse waren beträchtlich, die Container meist übertoll. Erlöse, die man damals für Altpapier noch bekam, gingen an die SOS-Kinderdörfer, an die Hungerhilfe Afrika, an den Kindergarten Casa Belen in Peru und in eine Favela Brasiliens, an ein Entwicklungsprojekt in Sri Lanka und andere unterstützungsbedürftige gemeinnützige Stellen.

Die Hessische Allgemeine brachte am 16. Januar 1980 einen Bildbericht. Darin heißt es: »Es gibt sie noch: Intakte Lebensgemeinschaften, in denen das Wort Nachbarschaftshilfe groß geschrieben wird, Hausgemeinschaften, in denen es mehr gebende als nehmende Hände gibt...«

Dr. Ernst Heimbucher formulierte es so: »Ein Beispiel für viele: die Altpapiersammlung, 1979 begonnen, als Riedwiesen-Liturgie im festen Turnus jahrelang durchgeführt. Sie verwandelte Seifenkisten nach dem Vorbild chinesischer Rikschas in zweirädrige Container, die mit einem von Kurt Görg konstruierten Spezialgelenk an das jeweilige Fahrrad gekoppelt wurden;



sie verwandelten eine von Fall zu Fall neu angeheuerte Gruppe halbwüchsiger Riedwiesensprößlinge in hilfsbereite Erbbau-Junggenossen und eifrige Last-Taxi-Radler; sie verwandelte die vor dem Edeka-Laden bereitgestellten großen Container in einen Wurfkunst- und Kletterzirkus mit obligater Trampeltanzfläche; sie verwandelte die ganze Riedwiesengemeinschaft, alt und jung, in eine große fröhliche Familie.«

Mit dem Beginn der kommunalen Versorgung durch das Stadtreinigungsamt endete die private Riedwiesen-Altpapieraktion. Die letzte Sammlung fand am 21. September 1985 statt.

J.G.

Handwerker müßte man sein



Herr Lorenz ist uns, sei'n wir ehrlich,
auf viele Weise unentbehrlich.
So sieht man ihn an manchen Tagen
mit dem bekannten Leiterwagen,
hoch vollgepackt mit Handwerkssachen,
geschäftig seine Runde machen.

Kaum gibt es was, das dieser Mann
nicht wieder reparieren kann:
Ob Zäune, Fenster, Möbel, Schlösser,
im Umkreis kann es keiner besser.

Auch in fatalen Lebenslagen,
da heißt es knapp: »Herrn Lorenz fragen!«
Schlägt zu die Tür, der Schlüssel fort,
Herr Lorenz eilt an diesen Ort.
Kaum ist die Stimmung wieder heiter,
so zieht Herr Lorenz wieder weiter.

Hier ist ein Rasen noch zu mähen,
dort muß er nach dem Rechten sehn,
weil wieder mal zu aller Schaden
ein Unmensch Müll hat abgeladen.
Er schlägt Alarm – und im Büro
ist man für diesen Hinweis froh.

Man sieht, es geht nicht ohne diesen!
Das ist, Herr Lorenz, wohl erwiesen.

»Handwerker müßte man sein!« sagte eines Tages
Herr P. mit einem Stoßseufzer zu Herrn Tischler, als
dieser ihm die Rechnung für ein Wasserbecken im
Garten überreichte. »Ja,« war die prompte Antwort,
»das sage ich meinen Kindern ja auch immer, die
aber wollen ja unbedingt studieren!«

Reich ist er bestimmt nicht geworden, unser Herr
Tischler, Ofensetzer von Beruf und einst unentbehr-
lich mit vielen Arbeiten für die Riedwiesen. Von sei-
nen sechs Kindern haben dann auch wirklich drei stu-
diert, und als der alte Herr schließlich nicht mehr in
seinem Beruf arbeiten konnte, hat er während des
Studiums einer seiner Töchter die einschlägige Lite-
ratur dazu gelesen.

Er war nicht nur geschickt in seinem Beruf, sondern
auch gescheit und schlagfertig dazu. Manche Anek-
dote ist noch in Erinnerung. Eines Tages entdeckt
Frau S. Herrn Tischler auf einem Dach am Hute-
kamp. Erstaunt ruft sie: »Was machen Sie denn da
oben?« »Ich bau mir eine Rampe und schieße alle
bösen Frauen auf den Mond!«

Da gab es zum Beispiel Frau Z., die immer etwas
auszusetzen und zu meckern hatte. Als Herr Tisch-
ler sie einmal, erschöpft und entnervt, darob unflätig
und lautstark beschimpfte, reagierte sie unerwartet

milde , und fortan entstand so etwas wie gegenseitiges Einverständnis.

Meist war dieses Einverständnis zwischen dem lebenswerten Menschen und tüchtigen Handwerker und den Riedwiesenbewohnern einfach da. So weit es zu vertreten war, ging er auf Wünsche ein. In der Nachkriegszeit war das nicht immer möglich. Damals wurden alte, noch verwendbare Kacheln für den Neubau eines beschädigten Ofens wiederverwendet. Soweit Sonderwünsche bestanden, mußten die Mieter selbst zahlen oder zumindest zuzahlen.

1944, während des Krieges, war Herr Tischler zum ersten Mal in den Riedwiesen tätig. Er war als Soldat

zur Firma Ziegenbalg abkommandiert für Katastropheneinsätze. Damals riefen ihn von Schmid wegen eines überhitzten Ofens, und hier traf er auf »Käthchen«, seine spätere Frau, die bei Frau von Schmid im Haushalt beschäftigt war. Dieser nun entstehenden Verbindung hatten wir es zu verdanken, daß dieser wackere Mann in unserer Siedlung heimisch wurde. Seitdem gehörte er zu den wichtigsten Handwerkern, die für die Erbbau unentbehrlich wurden. Die Bewohner der Häuser haben ihm viele solide gemauerte Kachelöfen, aber auch Plattenleger- und Maurerarbeiten zu verdanken. Einer seiner Söhne führt heute seine Arbeit weiter.

D.L.



Märchen-Zaunert

Es muß in den Sommerferien 1929 gewesen sein. Wir, das waren meine Eltern, vier Brüder und ich, wohnten gerade ein halbes Jahr in den Riedwiesen, und für uns Kinder gab es viel zu entdecken und kennenzulernen. Die neue Umgebung war reizvoll und spannend.

Aber ein Hausaufsatz, schon vor den großen Ferien aufgegeben, lag mir auf der Seele und trübte ein wenig die Ferienfreude. Dabei hatte ich zunächst das Thema so gut gefunden: »Welche Rolle spielt der Ring im

Märchen?« Ich wandte mich an meinen Vater, und der wußte Rat. »Da wohnt doch am Diedichsborn dieser Märchenforscher Zaunert, da bist du doch gleich an der richtigen Adresse!« Ich nahm also allen Mut zusammen und ging zu Zaunerts, nicht ohne Herzklopfen, und trug mein Anliegen vor.

Jetzt denke ich, daß mein Vater mich schon angekündigt hatte. Als ich merkte, daß Herr Zaunert selbst Freude hatte an diesem sein Gebiet betreffenden Auf-

satzthema, war meine Angst verfliegen. Ich sollte am übernächsten Tag wiederkommen, sagte er. Das tat ich. Und wie überrascht ich war, als er mir mehrere Märchenbücher übergab mit eingelegten Zetteln an den entsprechenden Stellen, das brauche ich nicht zu beschreiben. Auf einem Blatt hatte er auch schon mehrere Möglichkeiten für eine Gliederung notiert.

So ausgerüstet ging ich dann mit Elan ans Werk. Es ist ein guter Aufsatz geworden. Aber ich kann mich nicht erinnern, ihn Herrn Zaunert gezeigt zu haben, leider. Doch mein Interesse an Märchen hält an bis heute. Damals konnte ich nicht verstehen, wie man sich als erwachsener Mensch beruflich mit Märchensammeln befassen konnte. Das Haus Zaunert jedoch behielt lange für mich eine märchenumwobene Atmosphäre.
S.B.

Dr. Paul Zaunert hat 1940 den Literaturpreis der Stadt Kassel erhalten. In der »Kasseler Post« vom 18. Juli 1940 hieß es: »Die Stadt Kassel ehrte damit die großen Verdienste eines Mannes, der in natürlicher Bescheidenheit hinter seinem Werk steht und in Zurückgezogenheit ganz seiner Arbeit lebt. Der Literaturpreis, der zum ersten Mal und in Höhe von 1 000 RM vergeben wurde, konnte durch eine besondere Zuwendung des Herrn Oscar R. Henschel verdoppelt werden.« Zaunert war 1879 in Bielefeld geboren und starb 1959 in Kassel. Die Sammlung »Märchen der Weltliteratur« machte ihn vor dem Krieg bekannt. Nach dem Krieg erschien »Das Deutsche Märchenbuch« 1950 und im Auftrag von Nordrhein-Westfalen 1954 die Sammlung ostdeutscher Sagen »Alt wie der Wald«. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stand immer die Biographie der Brüder Grimm.
W.K

Genossen untereinander Aus den Akten

Daß genossenschaftliches Leben keineswegs ohne Spannungen ist, mag folgendes Beispiel zeigen:

Der Vorstand sah sich vor vielen Jahren gegenüber einem Mitglied zu einem Schreiben veranlaßt, das so beginnt: »Sehr geehrter Herr (...)! Von unserem Mitarbeiter ist beanstandet, daß Sie ihm den Gruß verweigern.« Der Grund wird im Brief dann so erwähnt: »Unser Mitarbeiter glaubt, daß Sie ihn wegen der Grenzziehung, die ihr Mißfallen erregt haben soll, an der er aber gar nicht beteiligt war, gram sind. ... Wir wollen Ihnen nicht vorenthalten, daß es uns nur nach dringenden Bitten gelungen ist, den beleidigten Herrn zu veranlassen, die von ihm auf Grund Ihres Verhaltens niedergelegten Geschäfte wieder aufzunehmen.« Das Schreiben schließt mit der Erinnerung an die Pflicht, »beitragen zu müssen zur Erhaltung eines guten genossenschaftlichen Geistes, von dem ja die Entwicklung unserer Genossenschaft abhängt.«
Ist dem etwas hinzuzufügen?

Ein anderer schwerer Verdruß mag manchen an den eigenen erinnern. Ein Mitglied beklagte sich beim Vorstand: »Nur um des lieben Friedens willen bin ich gezwungen, mich damit einverstanden zu erklären, daß der Flügel, nicht etwa ein Klavier, dicht an meiner

hellhörigen Trennwand stundenlang gespielt wird. ...Ich bin Staatsbeamter...und werde durch ein überlautes Klavierspielen an einer anerkannt hellhörigen Trennwand in meinem Besitz ganz erheblich gestört. Gerade von der N.S.D.A.P., meiner Partei, wird betont, daß jeder Volksgenosse auf seine Nachbarschaft Rücksicht zu nehmen hat; sehr niedlich ist dabei, daß Fräulein (...) als Parteigenossin mich schon erheblich belästigt hat. ... Ich brauche wohl nicht noch einmal betonen, daß die liberalistischen Zeiten, wo jeder in seiner Wohnung tun und lassen konnte, was er wollte, heute vorbei sind. ... Hinzu kommt, daß nach den Satzungen ein einwandfreies, gesundes Wohnen garantiert sein soll. Ich brauche wohl nicht darzulegen, wie widerspruchsvoll Bauart und die 'Bearbeitung' eines Flügels zueinander stehen, denn in dem ganzen teuren Haus steht uns nicht ein einziger Raum zur Verfügung, in dem wir uns vor dem Flügel retten könnten.«

Wie gut müssen sich die Hausbewohner der Genossenschaft miteinander verstanden haben, wenn einmal Frau M. dem Vorstand gegenüber schriftlich glaubte bestätigen zu müssen: »Ich kann bezeugen, daß Frau W. keinerlei Ausdrücke gegen die Hausbewohner gebraucht hat.«
W.K

Bombennächte in der Ihringshäuser Straße

Bis zum 3. Oktober 1943 hatten wir am Fasanenhof noch nichts von feindlichen Angriffen zu spüren bekommen. Doch an diesem Abend, es war ein Sonntag, etwa gegen 22 Uhr, heulten die Sirenen, und wir Hausbewohner eilten in den Luftschutzkeller. Auch die zwei Familien aus Haus Nr. 50 kamen durch den eigens für den Luftschutz entstandenen Mauerdurchbruch. Herr Lotze, einer unserer Mitbewohner, ging an die Kellertür zum Garten hin und beobachtete die Scheinwerfer der schweren Flak auf der Hasenhecke und meinte, als er zurückkam: »Sie haben einen im Visier. Ich glaube, heute wird es ernst.« Und das wurde es im wahrsten Sinne des Wortes, denn nicht lange danach fielen zwei schwere Sprengbomben ins Gartengelände und zwar eine auf die Bleiche des Hauses Nr. 54, heute Parkplatz, und die andere in unseren Garten nahe der Kowitzstraße.

Wir hatten schon viel von Angriffen auf größere Städte gehört, aber diesmal wurden wir mit dem schrecklichen Geschehen direkt konfrontiert. Gottlob hatten wir Glück im Unglück: Unser Haus blieb stehen und wir waren unverletzt. Die Zerstörungen am Haus Nr. 54/56 waren bedeutend schlimmer, so daß die Bewohner nicht mehr in ihren Wohnungen bleiben konnten.

Bei uns begann am anderen Tag das Aufräumen! Die Fenster wurden behelfsmäßig abgedichtet, und zwei beherzte junge Männer aus dem Haus versuchten, so

gut es ging, die Schäden auf dem Dach halbwegs zu beseitigen.

Die Ruhe bis zum nächsten Luftangriff dauerte nur neunzehn Tage. An jenem 22. Oktober 1943 fiel Kassel in Schutt und Asche. Wir haben ab 20 Uhr im Luftschutzkeller gesessen und später nur gehofft, daß wir noch einmal lebend herauskommen. Wenn in der Nachbarschaft Bomben fielen, bewegte sich der »Stützbalken«, es brannte kein Licht mehr, aber der Feuerschein vom gegenüberliegenden Haus erhellte unseren Keller. Die Detonationen rissen nicht ab. Dann der Schreckensruf, daß auch unser Haus brennt! Dank tüchtiger Helfer aus der Nachbarschaft und mit Hilfe von Bekannten konnte noch einiges gerettet werden. Aus den Parterrewohnungen wurden die Sachen durchs Fenster gereicht. Wir hielten uns bis zum Morgengrauen im Luftschutzraum des Hauses Kowitzstraße 19 auf. Erst dann erfuhren wir von der Schwere des Bombardements, der Zerstörung unserer Stadt und daß so entsetzlich viele Menschen ums Leben gekommen waren.

Am Nachmittag des 23. Oktober trennte sich die Hausgemeinschaft schweren Herzens, um bei Verwandten in den umliegenden Kreisen eine Bleibe zu finden. Erst nach sieben Jahren, im Herbst 1950, konnte das Haus Nr. 50/52 in der Ihringshäuser Straße wieder bezogen werden.

R.P.

Fliegerangriffe und das Kriegsende in den Riedwiesen

Wer heute durch unsere idyllische Riedwiesensiedlung geht, kann sich kaum vorstellen, wie es dort vor nahezu fünfzig Jahren ausgesehen hat. Bis zum Oktober 1943 fielen zwar die Bomben nur auf andere Stadtbezirke. Jedoch wurden beim schweren Fliegerangriff am 22. Oktober 1943 die oberen Eckhäuser Herrenwiesen/Am Hange von einer Luftmine getroffen, und in der Siedlung gab es einige Brände. Diese Brände konnten dank guter nachbarschaftlicher Hilfe weitgehend erfolgreich bekämpft werden. Schlimmer wurde es dagegen in den letzten Kriegsmonaten. Im

Dezember 1944 traf eine Sprengbombe das Haus Kleebreite 14. Die Bewohner, die alten Damen Hauff, konnten sich durch einen Mauerdurchbruch in das Haus Nr. 16 retten. Drei Sprengbomben fielen in die Gärten nördlich und westlich des Hauses Riedwiesen 45 und hinterließen dort tiefe Trichter. Kurz nach dem Ende des Angriffs gruben Bewohner und Nachbarn ein Bachbett durch die Trichterränder, damit nicht der Riedwiesenbach in die Keller der Häuser 45 und 43 eindringen konnte. Die Trichter waren viele Monate nach dem Kriege eine notwendige Müllkip-

pe, da ja die Müllabfuhr nicht arbeitete.

Den schwersten Angriff erlebte die Siedlung am 8. März 1945. Schon kurz nach dem Sirenengeheul stand ein »Christbaum« über der Siedlung, so daß viele Bewohner den Lindenberg-Bunker nicht mehr erreichen konnten. Eine Luftmine fiel auf die Eckhäuser Riedwiesen/Hohen Rod, und es brannten viele Häuser; vor allem im östlichen Teil der Siedlung. Einige Bewohner kamen ums Leben. Herr Bruckmann versuchte, aus seinem brennenden Haus Riedwiesen 30 die Möbel und den Hausrat zu retten. Dabei wurde er von einem brennenden Balken erschlagen. Frau Reimer, später Kleebreite, war im Keller eines Hauses Am Hohen Rod mit anderen Bewohnern verschüttet. Ein heißer Ofen lag auf ihrem Nacken, so daß sie es vor Schmerzen kaum aushalten konnte. Eine Löschmannschaft von Nachbarn konnte sich mit Eimerkette über die brennenden Trümmer zu den Verschütteten durchkämpfen und diese befreien. Hierbei leistete Bauunternehmer Bossemeyer besonders hervorragende Hilfe. Er wohnte damals im Eckhaus Am Hange 29 und war mit dem Ausbau des Lindenberg-Bunkers beauftragt. Der Eingang zum

Bunker befand sich gegenüber dem Haus Am Hange 33. Ein zweiter Eingang ist heute noch oben auf dem Berg zu sehen, neben den großen Linden.

Im Winter 1944/45 fuhren einige Kinder in der oberen Kleebreite zwischen Hange und Diedichsborn Schlitten. Schnee gab es damals genug und in der Siedlung keine Autos. Plötzlich erschien eine Frau aus dem Diedichsborn mit einem großen Ascheneimer und zerstörte die schöne Rodelbahn. »Dies ist der Weg zum Bunker!« sagte sie. Recht hatte sie leider.

In den nächsten Monaten gab es zwar weder Strom noch Wasser noch Gas, aber in Trümmern bzw. im Wald ließ sich Holz »organisieren«. Man traf sich beim Kaufmann in der Warteschlange oder beim Wasserholen am Diedichsborn und an der Prinzenquelle. Über Trinkwasserqualität wurde damals nicht nachgedacht. Einige Monate nach Kriegsende bekamen alle Männer zwischen vierzehn und siebzig Jahren den Auftrag, Trümmerschutt aus den Straßen der Siedlung zu entfernen. Damals gehörte ich zu den jüngsten Helfern und denke an diese Gemeinschaftsarbeit gerne zurück.
H. H.

Die »Stunde Null« in den Riedwiesen

Karfreitag, 30. März

Vormittags gibt's Fliegeralarm, auf den nie eine Entwarnung gefolgt ist. Von der Söhre her dröhnt Motorenlärm herüber. Offenbar das Geräusch amerikanischer Panzer im Vormarsch auf Kassel. Wir wissen nicht, ob wir nach der Besetzung in unseren Wohnungen bleiben können, sofern sie denn nicht überhaupt zerstört sind. Für den Notfall vergraben wir deshalb Kartoffeln und Eingemachtes im Garten.

Im Laufe des Tages begeben sich die meisten Riedwieser in den Bunker, Haupteingang Am Hange gegenüber dem Hause Nr. 33. Zwischen meist unverschalten Muschelkalkwänden und auf nassem Fußboden sitzen wir mit all den mitgebrachten Dingen: Eßwaren, Decken und Wertsachen. Gerüchte werden weitergereicht wie zum Beispiel »Jetzt sind die Amerikaner an der Knallhütte«.

Samstag, 31. März

Zwei deutsche Soldaten mit Panzerfäusten gehen am

Bunkereingang vorbei, Richtung Stadt. Sie haben wohl einen verlorenen Posten rechtzeitig geräumt. Im Bunker verstummt das Redegewirr bei der Meldung: »Die Ortsgruppe ist weg.« Gemeint ist die Ortsgruppenführung der NSDAP in Kirchditmold. Daraufhin die erregte Stimme einer Frau: »Das ist nicht wahr! Wer behauptet das?« Kurze Stille. Dann kommt aus einer Ecke: »Och, se ham wohl die Frau V... vergessen?« Frau V. war als aktive Nationalsozialistin bekannt. Spontanes Gelächter, erlösend und wohl ein wenig schadenfroh.

Kampflärm aus südlicher Richtung, weit entfernt. Wo kann man etwas zu essen bekommen für die nächsten Wochen und Monate? Schnell spricht es sich herum: »Am Gleisdreieck gibt's Äpfel!« Mit Handwagen ziehen wir hin und holen aus einem Eisenbahnwaggon die Äpfel. Eine Frau sagt: »Und gestern haben sie am Bahnhof Wilhelmshöhe Italiener dafür erschossen.« Andere kommen aus Harleshausen zurück mit Butter; müssen aber ihre Beute abgeben

an Fremdarbeiter, die damit gedroht haben, sonst unsere Häuser in Brand zu stecken. Eine Staatsgewalt gibt es bei uns nicht mehr.

Ostersonntag, 1. April

Der Kampfärm ist näher gerückt. Trotzdem sind wir am Vormittag hinter dem Schloßhotel, um aus Magazinen der Wehrmacht Kommißbrote zu holen. Ein nicht ungefährliches Unternehmen, denn man hört Einschläge der amerikanischen Artillerie im Park. Am Nachmittag ist Wilhelmshöhe in der Hand der Amerikaner. Lautsprecher dröhnen zu uns herüber, die zur Kapitulation auffordern.

Ostermontag, 2. April

Wann kommen die Amis zu uns? Wird es noch

Kämpfe mit Zerstörungen geben? Banges Warten im Bunker.

Am frühen Nachmittag ist es soweit: »Sie sind da!« »Herr Askevold!« Wegen seiner guten Englischkenntnisse und seiner antifaschistischen Einstellung ist dieser Herr am besten geeignet, mit den Amerikanern zu sprechen. Er versichert ihnen, daß sich keine deutschen Soldaten im Bunker befinden. Daraufhin können alle Insassen zu ihren Wohnungen gehen.

Im Geröderweg, Ecke Diedichsborn, sehe ich die ersten amerikanischen Soldaten, zwischen ihnen zwei oder drei Uniformierte als Gefangene. Ein Aufklärungsflugzeug kreist über den Riedwiesen.

F.H.

Der Sauerkrautverein

Es begann 1944 mit einem Krauthobel. Dieser gehörte dem vielseitigen Alt-Kirchditmolder Haushaltswarengeschäft Trinkaus. Man konnte den Hobel ausleihen gegen ein geringes Entgelt, mußte aber jedenfalls den Weg aus den Riedwiesen ins »Dorf« Kirchditmold und zurück auf sich nehmen und den nicht ganz leichten Hobel tragen.

Ein Kreis von Nachbarinnen traf sich regelmäßig am Dienstagabend, seit durch die Zerstörung Kassels der gemeinsame Weg zur Übungsstunde der »Singgemeinde« ausfiel. In Waldau hatten wir bei freundlichen Bauern das Kraut geholt, was damals nur durch persönliche Beziehungen möglich war, und hatten beschlossen, daß es von allen am gleichen Tage, Haus für Haus, eingehobelt werden soll. Als dies bei Beckers, Riedwiesen 46, und bei Hoffmanns, Geröderweg 16, bereits geschehen war, kam der Hobel zu Neubauers, Geröderweg 22. Aber Frau Neubauer, damals schon ehrenamtliche Leiterin der Kirchlichen Frauenarbeit in Kassel, hatte an diesem Tag eine wichtige Besprechung in ihrem Wohnzimmer. Was tun? Das Faß stand in der Küche bereit, also schritten die Nachbarinnen zur Tat und hobelten nach Kräften. Auch Nachbar Dr. Becker kam zur Unterstützung herbei. Um ihn zu recht kräftigem Stampfen des Krauts anzufeuern, nannte man ihm Leute, die er sich in dem Faß sitzend vorstellen sollte, zum Beispiel den Reichspropagandaminister Goebbels. Sofort stampf-

te Herr Becker in seiner Wut recht viel Saft aus dem Kraut, wie es richtig ist. Nach beendeter Besprechung fand Frau Neubauer ihr Faß gefüllt. Voll Dankbarkeit sagte sie: »Ich muß doch diesen ganzen Sauerkrautverein mal einladen«, und der Name war da.

Zu unserem Kreis gehörten von Anfang an noch Frau Askevold, Geröderweg 21, und Frau Schmidt, Geröderweg 23. Man stopfte die Wäsche und die Strümpfe der Familie. Die Strümpfe bestanden fast nur aus »Stopfex« und zwar in den abenteuerlichsten Farben, je nach dem Garn, das sich noch in den Haushalten fand oder irgendwie aufrübbeln ließ.

Nachdem 1944 endlich der Bunker im Lindenberg fertig war, traf man sich fast allnächtlich dort. Wenn schon alle Schutzsuchenden im Stollen waren, hörte man noch draußen Gerumpel: Erich Hoffmann, Riedwiesen 39, brachte im schweren Handwagen seine kranke Mutter. Die steile Kleebreite hinauf half regelmäßig Frau Wagner, Riedwiesen 40, mit starken Kräften schieben. Sie war überhaupt ein Vorbild an Hilfsbereitschaft und sorgte mit ihrem Humor für manch befreiendes Lachen. Man lernte sich kennen und schätzen. So beschloß der Sauerkrautverein, SKV abgekürzt, auch sie und Frau Kirchner, Am Hange 31, in unseren Kreis einzuladen. Das war eine große Bereicherung. Als letzte kamen noch die Studienrätin Dr. Roloff und die aus Ostpreußen gekommene Frau

Trautmann, beide zuerst Riedwiesen 30, dann Kleebreite 14, dazu.

Weil inzwischen die NS-Herrschaft vorbei war und wir Deutschen wieder Zugang zur außerdeutschen Geisteswelt hatten, wurde viel englische und französische Literatur gelesen und besprochen. Der SKV war aber durchaus kein elitärer Literaturkreis, sondern das, was man früher schlicht als »Kränzchen« bezeichnet hätte. Man besprach auch seine häuslichen Sorgen, überlegte, wie man zusätzlich zu den kargen Zuteilungen etwas für die Familie beschaffen konnte, und half sich gegenseitig. Von einer kleinen Portion Schmalz, die an Frau Neubauer gekommen war, bekam jeder einen Eßlöffel voll. Da schwammen dann auf den bescheidenen Eintöpfen der Familien am nächsten Tag einige Fettaugen! In Frankenberg, wo meine Schwester wohnte, gab es ohne Marken

ein Molkeprodukt, Albu genannt, zu kaufen. Da fuhr öfter jemand hin und holte eimerweise das kostbare Eßgut, das dann treu im SKV geteilt wurde. Die je vier Stunden Bahnfahrt hin und zurück wurden halt in Kauf genommen.

Gern gewöhnte man sich dann an die langsam besser werdenden Zeiten. An den SKV-Abenden gab es nun echten Tee zu trinken, zunächst noch von Freunden oder Verwandten aus England und USA geschickt, später auch in unseren Geschäften Schmoll und Grashoff käuflich.

Etwa dreißig Jahre hat dieses ungewöhnliche »Kränzchen« bestanden. Die noch lebenden Teilnehmerinnen denken gern an diese Zeit in den schönen Riedwiesen zurück.

I.H.

Ein Gymnasium in den Riedwiesen



Seit den dreißiger Jahren haben die Riedwiesen den Beinamen »Tintenviertel« oder »Tintenhausen«, weil dort viele Lehrer wohnen. Eine der markantesten Persönlichkeiten war Paul Wagner, Riedwiesen 40, seit 1926 Lehrer am Friedrichsgymnasium. Ihm verdanken die Riedwiesen eine besondere Episode.

Das Gymnasium war 1943 in der Innenstadt zerstört und die Schüler bis Kriegsende auswärts unterrichtet worden. Im November 1945 wurde die Genehmigung zur Wiedereröffnung der Schule erteilt und Paul Wagner zum Schulleiter berufen. Zur Ausstattung der Schule mit Unterrichtsräumen und Lehr-



mitteln sahen sich Staat und Stadt aber nicht in der Lage. In dieser Situation entschloß sich der Schulleiter, sein Privathaus in den Riedwiesen zur Verfügung zu stellen. Buchstäblich jeder Quadratmeter des Siedlungshauses wurde doppelt genutzt: als Wohnraum für die Familie und für Unterrichtszwecke.

Die persönlichen Opfer der Familie Wagner waren groß. Vom Ausmaß der Improvisation in diesen Kriegstagen kann man sich heute kaum noch ein Bild machen. Unterrichtsmaterialien wurden von den Familien der Lehrer in abendlichen Arbeitsstunden mit der Schreibmaschine oder, wie im Falle des Griechischen, durch handschriftliches Kopieren erstellt und anderntags von den Schülern genutzt. Diese saßen auf dem Biedermeiersofa der Wagners und den zugehörigen Sesseln, aber auch auf den Längsseiten von Bettgestellen. Ein Vorhang trennte im Wohnzimmer die Schulstube von einem kleineren Raum für die Familie ab.

Eine ministerielle Auflösungsanordnung für diesen »Privatbetrieb« im Juni 1946 wurde durch Zusammenwirken von Regierungsdirektor Hermann Schafft und dem Schulleiter abgewendet. Zwar wurden bald Unterrichtsräume in anderen Schulen gewonnen, aber Schulleitung, Sekretariat und drei Klassen waren über gut drei Jahre im Riedwiesenhaus untergebracht.

Kaum wird sich der Leser das ungewöhnliche Schulleben vorstellen können: Schüler sollten möglichst die kleine Toilette im Keller benutzen, während das Bad im ersten Stock für Familie Wagner und die Lehrkräfte vorgesehen war. Wenn Mechtild Wagner, damals Musikstudentin, im ersten Stock auf porzellanem Thron Cello übte, konnte man durch die Luftheizung während des Unterrichts jeden Ton in den anderen Räumen hören. Das Cellospiel wurde unterbrochen, wenn der »Thron« anderweitig benötigt wurde. Der große Flügel im Wohnzimmer stand selbstverständlich für den Musikunterricht der FG-Schüler zur Verfügung. In der Waschküche befand sich eine Chemikaliensammlung, und im benachbarten Kellerraum wurde unterrichtet, zum Teil mit physikalischen und chemischen Versuchen. Im ersten Stock waren das Schulleiterzimmer, damit auch das Sekretariat und zugleich Lehrerzimmer, und ein weiterer Klassenraum.

Ein solcher Schulbetrieb in der Notzeit konnte nur mit einer außergewöhnlichen Persönlichkeit am Leben gehalten werden: Frau Margarete Wagner:

Viele ältere Riedwiesenbewohner erinnern sich gern an die stets hilfsbereite Familienmutter. Sie kannte fast alle Bewohner der Siedlung und war eine wertvolle Beraterin und Helferin. Bald erkannten Schüler,

Lehrer und zum Teil auch Eltern die großartigen Fähigkeiten der Haus- und Schulmutter. Ihr Rat wurde oft gesucht und gefunden. Dazu einige Erinnerungen:

Frau Wagner versorgte regelmäßig die Kohleöfen des Hauses. Wenn ein Schüler vergessen hatte, während des Unterrichtes den Ofen im Kellerraum zu kontrollieren, wurde in der folgenden Pause von Frau Wagner der Ofen ausgeräumt und neu angezündet. Auch der Gong zu Beginn und Ende einer Pause wurde von Frau Wagner bedient und war in der Siedlung zu hören.

Daß in den Jahren bis 1948 gehungert wurde und Kinder darunter besonders leiden mußten, ist bekannt. Für die Riedwiesenschüler wurde im Katharinenhaus Schulspeisung gekocht, die täglich in Kübel gefüllt und von Schülern zu Wagners gebracht wurde. Meistens übernahm Frau Wagner die Austeilung des Essens. Manche Schüler vergaßen, ihr Eßgeschirr mitzubringen. Dann bekamen sie die Porzellanteller des Hauses. Doch zerbrochenes Geschirr konnte damals kaum ersetzt werden!

Eine kleine Anekdote mag Frau Wagners schulmütterliches Wirken verdeutlichen: In einer Pause kam ein Schüler mit brennender Zigarette in die Küche. »Aber Kawik«, rief Frau Wagner, »Sie wissen doch,

daß Rauchen in der Schule verboten ist!« In diesem Augenblick erschien Herr Wagner in der Küchentür. Da reichte der Schüler die Zigarette hinter seinem Rücken an Frau Wagner weiter, und diese führte sie als die ihre zum Mund.

Mehrere Abiturprüfungen fanden in dem Riedwiesenhause statt. Dabei wurden selbstverständlich die Prüfungskommissionen durch Frau Wagner versorgt.

1946 oder 1947 erhielten die Riedwiesen wieder Gasanschluß. Dabei wurde offensichtlich übersehen, daß das gegenüberliegende Haus Kleebreite 14 eine nicht abgeschaltete Gasleitung hatte. Als einige Schüler das Gas rochen, meldeten sie dies nicht weiter, sondern einer von ihnen hielt ein brennendes Streichholz an die Leitung. Die Jungen kamen mit dem Schrecken davon. Aber der notwendige Feuerwehreinsatz brachte dem Schulleiter zusätzliche Unannehmlichkeiten.

Zu Ostern 1949 trat Oberstudiendirektor Wagner in den Ruhestand. Der neue Schulleiter bezog zunächst Räume in der Heinrich-Schütz-Schule und später in der Humboldtstraße. So kamen auch die Schüler wieder in normale Klassenräume. Die Möbel der Familie Wagner mußten nun gründlich aufpoliert werden.

H.H.

VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Im Vorstand haben mitgearbeitet:

Becker 1919-1920
Lange 1921-1923

Probst 1924-1929

Heide 1930-1951

Penndorf 1919-1921
Diez 1919-1924
Berger 1919-1921
Rothe 1919
Küllmer 1919-1921
Eysel 1919-1920
Wulff 1920-1925
Kühn, B. 1920-1924
Becker 1921-1922
Zarges 1922-1923
Scheller 1922-1924
Drubel 1923-1924
Heide 1924-1927
Rammelt 1925
Kuntze 1925
Bielert 1925-1927
Römer 1925-1926
Haupt 1926
Leist 1927-1951
Textor 1927
Ehringhaus 1928
Büchschütz 1928-1930
Melchers 1928-1933
Januschek 1929-1930
Maurer 1931-1933
Fromann 1931-1933
Roseno 1934-1945

Leist 1952-1957

Kleinsteuber 1958-1968

Geßner 1969-1973

Asthalter 1974-1981

Leiding 1982-1987

Rudolph 1987-1989

Leiding 1989-1992

Erbroth seit 1993

Kleinsteuber 1934-1957
Dilcher 1934-1941
Schmitz-Hertzberg
1949-1962
Reuter, M. 1949-1956
Seidler 1952-1964
Schmidt, G. 1957-1982
Reuter, O. 1959-1982
Stäudlen 1962-1967
Blum, H. 1964-1969
Asthalter 1968-1973
Hotzfeld 1969-1971
Krappe 1970-1980
Ennulat 1974-1983
Steffens 1980-1985
Leiding 1981
Staub, I. 1982-1991
Krause seit 1983
Weigel 1983-1993
Roesler 1985-1989
Klaunzer 1990-1993
Erbroth 1991-1993
Firmbach seit 1993
Raffel seit 1993
Erny seit 1993

Im Aufsichtsrat haben mitgearbeitet:

Hein 1919-1922	Müller,K. 1919 Buder 1919-1923 Jeppe 1919-1924 Gerth 1919-1920 Bornmann 1919-1922 Dönges 1919-1922 Wulf 1919 Kühn,H. 1919-1922 Nicolai 1920 Sichel 1920-1925 Keßler 1921-1922 Kreyme 1921 Habermehl 1922-1924	Schulz 1935-1949 Zühlke 1935-1937 Hucke 1936-1941 von Pappenheim 1937-1938 Kühn,W. 1938-1941 Schmitz-Hertzberg 1939-1941 Kuntze 1947-1949 Schulz 1950-1963
Bornmann 1923-1924	Hense 1923-1925 Müller,H. 1923-1924 Merten 1923-1924 Geidis 1923-1924 Stöppler 1924	v. Pappenheim 1939-1946 Forkel 1947-1949 Rampe 1947-1955 Auffarth, A. 1947-1949 Möller 1950-1955 Bechmann 1950-1960 Geßner 1950-1968 Engelhardt 1950-1959 Karrasch 1955-1956 Reinmold 1955-1958 Rudolph 1957-1963 Altenhain 1959-1960 Auffarth, F. 1959-1979 Hünnerscheid 1960-1961 Stäudlen 1960-1961 Podewils 1961-1986 Asthalter 1962-1968 Blum,H. 1963-1964 Schönstadt 1964-1969 Bitterhof 1969-1972 Hartig,A. 1969-1978 Krappe 1969-1970 Leicher 1970-1989 Roesler 1973-1985 Hartig,W. 1978-1987 Steffens 1979-1980 Leiding 1980-1981, seit 1993 Schmidt,G. 1982-1987 Firmbach 1986-1993 Keil 1986-1993 Schmidt,W. seit 1987 Mackenroth 1987-1993 Wißmann 1989-1992
Ehringhaus 1925	Wollenhaupt 1925-1927 Blum,W. 1925 Haupt 1925 König 1925 Schedler 1925 Drubel 1925	Rudolph 1964-1987
Blum 1926-1927	Kuntze 1926-1946 Möller,W. 1926 Heinemann 1926-1927 Grein 1926-1927,1930 Baumbach 1926 Ehringhaus 1927	
Hebel 1927-1929	Heide 1927-1928 Gaß 1927-1928 Gähler 1927-1929 Küster 1928-1936 Schreiber 1928-1933	
Endemann 1930-1938	Textor 1930-1932 Palandt 1930-1933 Damm 1931-1933 Striebig 1931-1934 Mombert 1931-1933 Geil 1933 Obermann 1934-1941 Römer 1934 Homberger 1934-1946 Keller 1934-1949 Henkel 1934-1935	Hartig,W. 1988-1989 Leicher 1990-1993 Keil seit 1993 Brier seit 1993 Dippel seit 1993 Kraus,E. seit 1993

ANHANG

Satzungen

der

Erbbau-Genossenschaft Cassel

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bezeichnung, Zweck und Sitz der Genossenschaft:

§ 1.

Die Genossenschaft führt die Bezeichnung „Erbbau-Genossenschaft Cassel, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ und bezweckt, ihren minderbemittelten Mitgliedern gesunde und billige Wohnungen zu beschaffen dadurch, daß sie auf dem ihr im Erbbau recht zu überlassenden bebauungsfähigen Gelände Ein- und Zweifamilienhäuser errichten läßt. Die Bebauungspläne werden derartig aufgestellt, daß jeder zu vermietenden Wohnung eine angemessene Fläche Gartenland und Stallung für Kleinvieh beigegeben werden kann.

Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Cassel.

Auszug aus der ersten Satzung, beschlossen in der Gründungsversammlung am 21. März 1919

Erbbau - Genossenschaft Kassel eG in Kassel

Gemeinnützige Baugenossenschaft

§ 1

Firma und Sitz

Die Genossenschaft führt die Firma

Erbbau-Genossenschaft Kassel e G

Sie hat ihren Sitz in Kassel.

§ 2

Gegenstand

(1) Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck) der Mitglieder der Genossenschaft.

(2) Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten und erwerben. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mitglieder Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen bereitstellen.

(3) Die Genossenschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Rahmen dieser Satzung.

(4) Die Genossenschaft war am 31.12.1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Sie darf nur die Tätigkeiten einer von der Körperschaftsteuer befreiten Genossenschaft im Sinne des § 5 Abs.1 Nr.10 KStG betreiben.

(5) Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist nur für die Verpachtung von unbebauten Grundstücken zulässig.

....
....

Beschlossen in der Ordentlichen Mitgliederversammlung am 20. Juni 1990.

Auszug aus der heutigen Satzung von 1990

Cassel, den 11. März 1848

1

Am 11. März 1848 ist eine Versammlung der Mitglieder des Vereins zur Gründung einer Handelsschule in Cassel stattgefunden. Die Versammlung wurde von Herrn Dr. v. ... geleitet.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

1. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden.
2. Die Kosten werden durch ... gedeckt.
3. Die Schule soll am ... Tag eröffnet werden.
4. Die Schule soll von ... geleitet werden.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

3

1. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden.
2. Die Kosten werden durch ... gedeckt.
3. Die Schule soll am ... Tag eröffnet werden.
4. Die Schule soll von ... geleitet werden.
5. Die Schule soll von ... geleitet werden.
6. Die Schule soll von ... geleitet werden.
7. Die Schule soll von ... geleitet werden.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

1. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden.
2. Die Kosten werden durch ... gedeckt.
3. Die Schule soll am ... Tag eröffnet werden.
4. Die Schule soll von ... geleitet werden.
5. Die Schule soll von ... geleitet werden.
6. Die Schule soll von ... geleitet werden.
7. Die Schule soll von ... geleitet werden.

Die Versammlung hat beschlossen, eine Handelsschule in Cassel zu gründen. Die Schule soll in der ... Straße erbaut werden. Die Kosten werden durch ... gedeckt.

ZEITTADEL

- 1919 Gründung der Erbbaugenossenschaft Cassel eGmbH am 21. März. Erste Bebauungsplan-Entwürfe für die Riedwiesen von den Architekten E. Rothe und O. Voepel
- 1920 Pachtverträge mit der Stadt über 58.000 m² in den Riedwiesen und 44.000 m² am Fasanenhof. Wegen bestehender Pachtverträge ist zunächst nur eine gärtnerische Nutzung möglich.
- 1924 Der Jahresabschluß für 1923 weist als Vermögen der Genossenschaft nur noch RM 4,17 aus.
- 1925 Erste Erbbauverträge mit der Stadt für die Riedwiesen und den Fasanenhof. Baubeginn für die ersten Bauabschnitte. Am Fasanenhof Architekt Reg. Baumeister a.D. W. K. Sichel, in den Riedwiesen Architekt Professor Dr. Ing. Hans Soeder:
Nach zwei weiteren Bauabschnitten mit den Architekten Franke und Stöhr und Becker sind am Fasanenhof 13 Häuser mit 35 Wohnungen gebaut, in den Riedwiesen beträgt der Wohnungsbestand nach fünf weiteren Bauabschnitten mit dem Architekten Soeder nunmehr 98 Häuser mit 130 Wohnungen.
- 1930 Vorläufiger Abschluß der Baumaßnahmen.
- 1932 Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch den Regierungspräsidenten.
- 1933 – 1936 Umbau von 10 Einfamilien-Häusern zur Schaffung von 10 Kleinwohnungen. Neuer Wohnungsbestand 140 Wohnungen.
- 1940 Fertigstellung eines Vierfamilien-Doppelhauses, Architekt Stöhr, in den Riedwiesen. Der Bestand beträgt damit am Fasanenhof 13 Häuser mit 35 Wohnungen und 1 Laden,
- in den Riedwiesen 100 Häuser mit 148 Wohnungen und 1 Laden, insgesamt 113 Häuser mit 183 Wohnungen und 2 Läden.
- 1943 – 1945 Zerstörung von 60 Prozent des Hausbestandes am Fasanenhof und 20 Prozent in den Riedwiesen durch Luftangriffe. Insgesamt sind 30 Prozent aller Wohnungen vernichtet.
- 1949 Beginn des planmäßigen Wiederauf- bzw. Neubaus der zerstörten Häuser und Wohnungen.
- 1950 – 1971 Fertigstellung von 25 Wohnungen am Fasanenhof im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus sowie 1 Laden, 56 Wohnungen in den Riedwiesen, davon 26 frei finanziert und 30 im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit verlagerte sich nach Beseitigung der Kriegsschäden auf die Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes.
- 1969 Das 50jährige Bestehen der Genossenschaft wurde im Rahmen einer ordentlichen Hauptversammlung festlich gefeiert.
- 1975 Aufgrund einer Gesetzesänderung von 1973 nennt sich die Genossenschaft nach neuer Satzung nunmehr Erbbaugenossenschaft Cassel eG in Kassel.
- 1989 Mit dem 31.12.1989 wurde das Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen aufgehoben.
- 1990 Nach neuer Satzung ist die Genossenschaft nunmehr eine partiell steuerpflichtige Vermietungsgenossenschaft.

D.W.

ÜBERBLICK

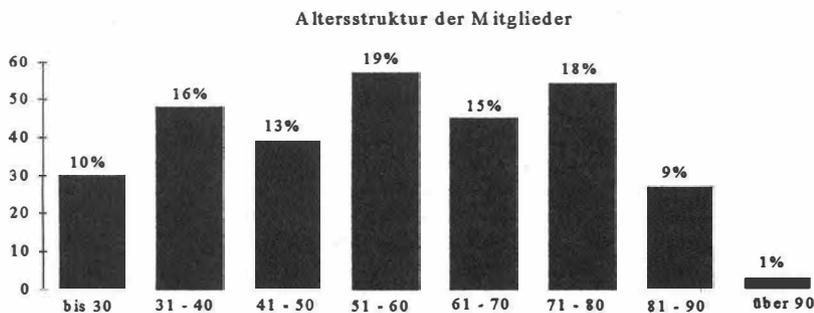
Erbbaugenossenschaft Kassel eG in Kassel
 Gemeinnützige Baugenossenschaft
 Riedwiesen 43, 34130 Kassel

gegründet am 21. März 1919. Genossenschaftsregister Nr. 323 Amtsgericht Kassel

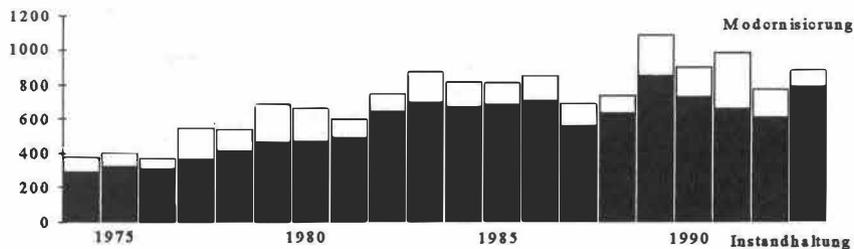
Am 31. Dezember 1993 mit 313 Mitgliedern, Durchschnittsalter 56 Jahre
 Höhe des Geschäftsanteils DM 500,-, Durchschnittskapital je Mitglied DM 1.440,90
 Höhe der Geschäftsguthaben 902 Anteile. Kapital DM 451.000,-
 Bilanzsumme DM 4.777.852,63

Mitgliedschaften : Prüfungsverband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V., Frankfurt a.M.
 Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V., Frankfurt a.M.
 Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V., Köln
 Industrie- und Handelskammer Kassel
 Arbeitsgemeinschaft Nordhessischer Wohnungsunternehmen Kassel

Wohnungen nach Wohnfläche: Gesamtwohnfläche 20.916 qm, Altbau 16.149 qm, Neubau 4.767 qm



Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwand 1974 - 1993 in TDM



BILDNACHWEIS UND AUTORENÜBERSICHT

Für die Überlassung der Bilder danken wir:

U. Dunkhorst S. 75
J. Görg S. 76 u. 77
H. Hartmann S. 28
H. Heide S. 12 rechts
H.J. Karl S. 59 unten
H. Kirsch S. 12 links
M. Krappe S. 30
A. Leicher S. 66
A. Leiding S. 3, 24, 35
W. Lorenz S. 78
R. Mense S. 56
F. Pohl S. 36
H. Raffel S. 65
L. Rommel S. 58 unten
H. v. Roos S. 46
I. Schmitz-Hertzberg S. 71
I. Staub S. 84 u. 85
K. Tischler S. 79
H. Zick S. 58 oben, mitte, 59 oben

Die Autoren der Beiträge sind:

Bitterhof, Sigrid (S.B.)
Görg, Julia (J.G.)
Hartmann, Hans (Ha.)
Hoffmann, Friedrich (H.F.)
Hoffmann, Hermann (H.H.)
Hoffmann, Irmgard (I.H.)
Klonk, Walter (W.K.)
Leiding, Alfred (A.L.)
Leiding, Dietgard (D.L.)
Leiding-Edler, Susanne (S.L.-E.)
Prenntzell, Rosemarie (R.P.)
Schäfer, Dr. Hans Joachim (H.J.S.)
Soeder, Andreas (A.S.)
Raffel, Hartmut (H.R.)
Wollenteit, Dieter (D.W.)

Die Redaktion lag bei

W. Klonk, A. Leiding, R. Prenntzell und H. Raffel
Die redaktionelle Arbeit wurde unterstützt von R. Erbroth, H. Hartmann und W. Krause.

Die Beiträge stellen die persönliche Meinung der Autoren dar.

Herausgeber: Erbbaugenossenschaft Kassel eG. Alle Rechte vorbehalten.
Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel

